

KO1NEU Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 Starke Kommunen brauchen starke GRÜNE

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angetreten den sozial-ökologischen Wandel zu
3 gestalten. Wir möchten die Stärken der unterschiedlichen Regionen fördern und
4 den Klimaschutz als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die vor
5 allem den Menschen nützt, sehen. Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und eine
6 nachhaltige Politik vor Ort sind für uns maßgebend, um unsere Kommunen
7 zukunftsfähig zu machen. Mit unseren Bürgermeister*innen in Dresden, Leipzig und
8 Chemnitz setzen wir dies bereits um. Aber auch darüber hinaus gestalten unsere
9 kommunalen Mandatsträger*innen in den Regionen das Lebensumfeld vieler Menschen.

10 GRÜNE Politik heißt auch, die Vielfalt an Pflanzen und Tieren, vielfältige
11 Landschaft, unversiegelte Böden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige
12 Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen. Unter sozialer
13 Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche
14 Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf benachteiligt und ins
15 gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen eine Kommune für ALLE und
16 stehen für eine moderne, offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die
17 wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich,
18 in allen Politikfeldern ansehen.

19 Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Wir GRÜNE stehen für
20 Klima- und Naturschutz, die Energiewende, gute Bildung von Anfang an und starken
21 sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen. Wir wollen eine nachhaltige
22 Finanzpolitik zum Wohle kommender Generationen, regionale Wertschöpfung und eine
23 moderne Verkehrspolitik, die Regionen anbindet und Großstädte umweltfreundlich
24 in Bewegung hält.

25 Kommunalpolitik ist aber auch immer von landespolitischen Vorgaben abhängig.
26 GRÜNE Politik vor Ort denken wir immer im größeren Zusammenhang und wollen daher
27 auch die Voraussetzungen auf Landesebene schaffen, um unsere sächsischen
28 Kommunen und Landkreise erfolgreich zu gestalten und ihnen dafür das
29 Handwerkszeug bereit stellen.

30 Die Menschen vor dem Klimawandel schützen

31 Klimaschutz und Energiewende vor Ort umsetzen

32 Der Klimawandel betrifft uns in Sachsen massiv. Ob Starkregenereignisse und
33 Überflutungen oder überhitze Städte. Die Menschen in Sachsen leiden schon heute
34 unter den Folgen und diese werden in Zukunft weiter zunehmen. Wir GRÜNEN sind
35 die Vorreiter*innen für aktiven Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik.
36 Sachsen verschläft derzeit den Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt immer
37 noch auf die klimaschädliche Kohle. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe,
38 die vor Ort umgesetzt werden muss. Wir wollen in den Kommunen Sachsens lokale
39 Klimaschutzkonzepte entwickeln.

40 Die Kommunen müssen bei der Planung zur Produktion Erneuerbarer Energien
41 maßgeblich einbezogen und es sollen ihnen die Investitionen dafür erleichtert

42 werden. Denn die Kommunen sind ein entscheidender Motor bei der erfolgreichen
43 Umsetzung einer dezentralen, bürgernahen Energiewende, wie wir GRÜNEN sie vor
44 Ort machen. Wenn die Kommunen den Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrnehmen,
45 bietet die Energiewende auch gerade im ländlichen Raum große Chancen,
46 Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu steigern.

47 Ebenso wichtig wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die
48 Energieeinsparung. Eine bessere Wärmedämmung oder eine moderne Heizungsanlage
49 wie auch der Einsatz von LED-Lampen rechnen sich - ökologisch und finanziell.
50 Öffentliche Gebäude in Sachsen müssen energetisch auf den neusten Stand gebracht
51 und an den Klimawandel angepasst werden. Investitionen in den Kommunen sind
52 wichtig, denn sie schaffen Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort und entlasten
53 langfristig die kommunalen Kassen!

54 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

55 1. Regionale Klimaschutzpläne und Klimaschutzkonzepte aufstellen

56 Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie vor Ort erfolgreichen Klimaschutz
57 betreiben können. Ob Investitionen in die Energiegewinnung oder
58 Energieeinsparung sinnvoller sind, muss in ihrer Entscheidungshoheit bleiben.
59 Grundlage von Klimaschutzplänen ist eine Erhebung aller Energiedaten, sowohl der
60 Erzeugungs-, als auch der Verbrauchsdaten. Erst daraus kann eine erfolgreiche
61 und breit getragene Strategie entwickelt werden. Daraus sollten lokal
62 unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, wie und wo das Klima am
63 effektivsten geschützt werden kann.

64 2. Energieversorgung dezentral gestalten

65 Die Energiewende stellt eine große Chance für die Kommunen dar. Wir unterstützen
66 sie dabei, ihre Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Eine dezentrale
67 Energieversorgung senkt die Strom- und Wärmekosten für Privathaushalte und
68 Unternehmen vor Ort deutlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher auch die
69 Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken. Auch die weitere Gründung von
70 Energie-Genossenschaften im Land ist uns ein besonderes Anliegen. Sie sind ein
71 wichtiger Bestandteil, die nachhaltige Energiewende nicht nur den Großanbietern
72 zu überlassen und bringen das Land und die Menschen voran.

73 3. Klimafreundlich bauen

74 Die Nutzung regenerativer Energieträger soll bei allen Um- und Neubauten von
75 Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das Baurecht birgt hier erhebliche
76 Potenziale zur langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Ein
77 kommunales Dachkataster für Photovoltaik- und Solarwärme-Anlagen sowie
78 Solarsatzungen fördern die Energieerzeugung aus der Sonne. Auch der Austausch
79 der Heizanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger,
80 gekoppelt mit Nahwärmenetzen, muss erheblich beschleunigt werden.

81 4. Klimatische Bedingungen in den Städten erhalten

82 Ob Bäume, Grünfassaden oder begrünte Dächer, sie alle helfen, die Überhitzung
83 der Städte in Grenzen zu halten, indem sie Sonnenlicht absorbieren und den
84 Menschen Schatten spenden. Ebenso müssen bei der Ausweisung von Baugebieten
85 Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen erhalten werden um die
86 Luftqualität in den Städten erträglich zu halten.

87 Eine intakte Umwelt für die Menschen erhalten

88 Umweltschutz und Naturschutz stärken

89 Zur Lebensqualität in Sachsen gehört die nachhaltige Nutzung unserer
90 Lebensgrundlagen. Die Erhaltung naturnaher Landschaften, der Artenschutz,
91 naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, naturbelassene, unbelastete Gewässer,
92 saubere Luft, gesunde Böden und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs
93 sind Garanten für die Lebensqualität vor Ort und somit für ein attraktives
94 Wohnumfeld.

95 In der kommunalen Politik wird über die Flächennutzung entschieden:
96 ressourcenschonendes Bauen, ökologische Baugebiete, Nutzung von Erneuerbaren
97 Energien, Versickerung von Regenwasser, die Renaturierung der Bäche,
98 Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

99 Unsere Ziele sind Dorfkern-Erneuerungen statt tote Ortszentren. Denn diese sind
100 sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Die Ausweisung der Gewerbe- und
101 Baugebiete „auf der grünen Wiese“ in Konkurrenz zwischen Städten und Dörfern ist
102 dagegen kontraproduktiv und kommt nicht nur den Kommunen, sondern auch der Natur
103 teuer zu stehen. Dagegen schont Flächenrecycling durch Nachnutzung von
104 Gewerbebrachen den Freiraum und macht unsere Orte lebenswerter.

105 Viele dieser umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele lassen sich gerade auf der
106 kommunalen Ebene sehr gut erreichen.

107 Unsere Kernprojekte im Umwelt- und Naturschutz:

108 1. Tempo machen bei der Gewässerökologie und dem Hochwasserschutz

109 Bäche und Flüsse sind wichtige, lebendige Bestandteile unserer Umwelt. Vielfach
110 sind sie begradigt oder auf andere Weise nachteilig verändert. Wir wollen unsere
111 Gewässer wieder zu lebenswerten Räumen mit einem artenreichen Spektrum an
112 Pflanzen und Tieren entwickeln und gleichzeitig die Ziele der europäischen
113 Wasserrahmenrichtlinie einhalten.

114 Hochwasser und Starkregen mit bisher ungeahntem Ausmaß können viele Menschen
115 treffen. Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge und eine Gemeinschaftsaufgabe der
116 Kommunen, des Landes und des Bundes. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den
117 Flüssen und Bächen ausreichend Retentionsräume zur Verfügung zu stellen und dem
118 technischen Hochwasserschutz vorzuziehen.

119 2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kommunal halten

120 Das Trinkwasser darf nicht privatisiert werden! Die Wasserversorgung und
121 Abwasserbeseitigung sollen in kommunaler Hand bleiben. Der Schutz des
122 Grundwassers, z. B. vor zu hohen Nitratstickstoff-Werten und Pestiziden, ist die
123 Voraussetzung für die Versorgung unserer Bürger*innen mit dem Lebensmittel
124 Nummer 1 – dem Trinkwasser in bester Qualität. Zum Schutz unseres Grundwassers
125 wollen wir einen verbindlichen Rahmen für die Kooperation der Wasserversorger
126 und der Landwirtschaft setzen. Wir sehen ebenso die Abwasserbeseitigung als
127 wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene. Es ist uns ein
128 großes Anliegen, die Phosphor- und Stickstoffeinleitungen aus unseren
129 Kläranlagen weiter zu senken und die Kosten für die Bürger*innen dabei nicht zu
130 erhöhen.

131 3. Vorfahrt für Natur- und Umweltschutz auf öffentlichen Flächen

132 Öffentliche Flächen bestimmen unser unmittelbares Lebensumfeld. Wir haben es in
133 der Hand, ob hier Insekten, Vögel, Lurche, Reptilien oder Säugetiere ihren
134 Lebensraum finden. Straßenbegleitgrün und kommunale Freiflächen bieten durch
135 Einsaat von insektenfreundlichen Blütmischungen ideale Bedingungen, z. B. für
136 Hummeln und Wild-Bienen. Bei der Pflege kommunaler Freiflächen haben Gifte
137 nichts zu suchen. Pestizide wie Glyphosat gehören nicht auf unsere Äcker, was
138 auf kommunalen Flächen verhindert werden kann.

139 4. Flächenverbrauch reduzieren

140 Tag für Tag geht durch Versiegelung in Sachsen wertvoller Boden verloren. Dies
141 auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen ist uns ein wichtiges Anliegen. Sämtliche
142 Maßnahmen zur Nachnutzung von Brachen müssen ausgenutzt und vom Freistaat
143 unterstützt werden. Naturschutzfachliche Ausgleichsflächen dienen dem Ausgleich
144 von Eingriffen in die Natur. Für unsere kommunalen Naturschutzmaßnahmen brauchen
145 wir deshalb die verlässliche Kenntnis aller Flächen in einem verbindlichen
146 Kataster.

147 5. Baumschutz wieder in den Kommunen verankern

148 Bäume erfüllen, wichtige und unverzichtbare Funktionen, so z. B. zur
149 Verbesserung der Luftqualität, als Schattenspende und Biotop für eine Vielzahl
150 von Tier- und Pflanzenarten. Sie wirken sich positiv auf das Mikroklima aus und
151 sind orts- und stadtbildprägend. Wenn Fällungen unumgänglich sind, müssen die
152 Bäume bilanziell ersetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen wieder
153 Baumschutzsatzungen erlassen können, die diesen Namen verdienen und die
154 Einschränkungen der Landesregierung zurückgenommen werden.

155 6. Ressourcenschonend wirtschaften

156 Wir müssen auf allen Ebenen zu einem ressourcenschonenderen Wirtschaften
157 zurückkehren und die Entstehung von Abfällen so weit wie möglich vermeiden.

158 Dabei bekommen Mehrwegsysteme in den Kommunen eine entscheidende Bedeutung:

159 alle nicht vermeidbaren Abfälle sind nach dem neuesten Stand der Technik zu
160 verwerten. Wir unterstützen den Ansatz gut geführter Wertstoffhöfe als
161 entsprechende Sammelstellen vor Ort und deren Ausbau.

162 Selbstbestimmte Mobilität bewegt Menschen

163 Mobilität und Infrastruktur in Einklang mit Klima und Mensch gestalten

164 Steigende Benzinpreise, die Verantwortung für den Klimaschutz und der
165 demografische Wandel stellen die Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Es
166 gilt, Mobilität sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum umweltgerecht
167 und bezahlbar für alle Menschen zu organisieren. Die Integration der
168 unterschiedlichen Verkehrsträger und die Reduzierung des motorisierten
169 Individualverkehrs stehen dabei im Fokus unserer Bemühungen. Neben dem
170 Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir intelligente
171 Verkehrsdienstleistungen etablieren, wie z. B. Fahrradstationen,
172 Anrufsammeltaxis, Carsharing sowie die Schaffung sogenannter "Shared Spaces", in
173 denen alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig sind. Dort, wo es in den Kommunen
174 entsprechende Ratsbeschlüsse zur Einführung von Tempo-30-Strecken auch auf

175 innerörtlichen Landes- und Bundesstraßen gibt, um Lärm und Emissionen zu
176 reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, unterstützen wir dies. Die
177 Nachfrage nach solchen Modellen ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen.

178 Der Erhalt des vorhandenen und oftmals maroden Landesstraßennetzes muss Vorrang
179 vor Neubaumaßnahmen genießen. Neue Großprojekte im Straßenneubau sind ökonomisch
180 und ökologisch unsinnig und werden auch vom Großteil der Bevölkerung nicht mehr
181 mitgetragen. Wir fordern Investitionen in ein gut ausgebautes und bezahlbares
182 öffentliches Verkehrsangebot. Ein wichtiges Anliegen ist zudem der Schutz vor
183 Verkehrslärm. Wir verschließen uns daher nicht vollständig vor neuen
184 Ortsumfahrungen, wenn kleinere Orte extrem stark von Durchgangsverkehr geplagt
185 sind. In den letzten Jahrzehnten hat der zunehmende Kraftfahrzeug- und
186 Flugverkehr zu einer kaum noch zu ertragenden Lärmbelastung für viele Menschen
187 in Sachsen geführt.

188 Menschen können aber nicht nur durch ÖPNV, Radwege und Straßen miteinander in
189 Verbindung gesetzt werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu
190 den wichtigen Zukunftsthemen unserer Kommunen. Gerade im ländlichen Raum sind
191 schnelle Internetverbindungen ein harter Standortfaktor. Gesellschaftliche
192 Teilhabe, Telearbeit und die Ansiedlung von Unternehmen kann somit in den
193 Kommunen ermöglicht werden.

194 Unsere Kernprojekte für die Kommunen im Bereich Mobilität:

195 1. Mobilitäts-Angebote dem Bedarf anpassen

196 Mobilität ist ein hohes Gut, auf das alle Bürger*innen unabhängig von Wohnort
197 und Alter ein Anrecht haben und bezahlbar sein muss. Hier darf sich das Land
198 nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen allein lassen.

199 Bürger*innen ohne eigenes Auto dürfen nicht von der Außenwelt abgehängt sein. Es
200 müssen neue Bus- und Bahnhaltestellen geschaffen, statt geschlossen werden.
201 Neue, flexible Systeme, wie z. B. Anrufsammeltaxis, Car-Sharing-Angebote und
202 Bürgerbusse können ebenso dazu beitragen, die Versorgung - insbesondere im
203 ländlichen Raum - zu verbessern. Barrierefreiheit muss in allen öffentlichen
204 Verkehrsmitteln gegeben sein. Auch über eine intelligente Verkehrsvermeidung
205 durch Hol- und Bring-Services zu Einkaufsmöglichkeiten sowie Behördengängen
206 lässt sich Verkehr wirksam verringern.

207 2. Mobilitäts- und Radwegekonzepte erstellen

208 In einem Mobilitätskonzept werden die Teilbereiche Fußgänger- und Radverkehr
209 sowie ÖPNV- und Kfz-Verkehr in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt.

210 Radwegekonzepte bieten die Chance der systematischen Erfassung des Bestandes,
211 einer Gefahrstellen-Analyse und der Entwicklung eines lückenlosen Netzes.

212 3. Lärmschutzpläne entwickeln

213 Lärm stellt eine der größten gesundheitlichen Belastungen in den
214 Industrieländern dar. Lärmschutz hat sich deshalb zu einer wichtigen Aufgabe der
215 Kommunen entwickelt. Er muss daher als Querschnittsaufgabe betrachtet werden.
216 Wir GRÜNEN wollen Lärmschutz daher nicht nur bei der Verkehrsplanung, sondern
217 auch bei der Bauleitplanung und bei Baugenehmigungsverfahren einfordern und
218 kommunal durchsetzen.

219 Gesundes Essen für die Menschen

220 Lebensmittel regional erzeugen, fair gehandelte Produkte bevorzugen!

221 Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und die Vermarktung von Lebensmitteln
222 aus der Region fördern und lehnen die Produktion von Lebensmitteln in
223 Agrarfabriken und vor allem durch Massentierhaltung ab. Das ist nicht nur
224 ökologisch sinnvoll, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung ländlicher
225 Räume durch regionale Wertschöpfung. Kurze Lieferwege, transparente
226 Handelsstrukturen und maximale Frische sind für Verbraucher*innen, Händler*innen
227 und unsere Umwelt gleichermaßen gut. Gerade vor dem Hintergrund der permanenten
228 Lebensmittelskandale zeigen die Ansätze zur regionalen Vermarktung ihre
229 herausragende Bedeutung. Hier wird aus der Region für die Region produziert und
230 das mit hohen Qualitätsstandards. Das Konzept der regionalen Vermarktung zahlt
231 sich für beide Seiten aus, denn die Nähe zu Erzeuger*innen bringt den
232 Verbraucher*innen Sicherheit über die Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel.
233 Gleichzeitig erhalten zum einen die Erzeuger*innen faire Preise sowie mehr
234 Stabilität und zum anderen ist die Unabhängigkeit und Zukunftsperspektive für
235 Betriebe gesichert. Auch in den Städten wollen viele Menschen ihre Lebensmittel
236 wieder selbst anbauen und beteiligen sich an Projekten wie der „Essbaren Stadt“.
237 Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt seit Jahren kontinuierlich.

238 Ebenso wächst das Bewusstsein für die Bedeutung einer artgerechten Tierhaltung
239 und für Produkte aus fairem Handel. Eine übergroße Mehrheit der
240 Verbraucher*innen lehnt zudem gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

241 Wir setzen uns für eine strukturelle Stärkung der Verbraucherberatung ein.
242 Öffentliche Ausschreibungen für (Schul-)Mensen und Kantinen-Essen wollen wir so
243 gestalten, dass gentechnikfreie, saisonale und regional erzeugte Lebensmittel
244 vorrangig verwendet werden müssen. Alles, was nicht regional erzeugt werden
245 kann, sollte aus fairem Handel stammen.

246 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

247 1. Regionalvermarktungsinitiativen fördern

248 Wir setzen uns für die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten ein. Die
249 kommunalen Verwaltungen können regionale Vermarktungsinitiativen durch die
250 Bündelung und das Bereitstellen von Plattformen zur Darstellung (z.B. auf der
251 Homepage der Kommune) und die Durchführung regionaler Märkte unterstützen. Bei
252 der Beschaffung der Nahrungsmittel für interne und externe Veranstaltungen und
253 Empfänger sollen regionale und fair gehandelte Produkte verwendet und beworben
254 werden.

255 2. Ökologische und soziale Beschaffung als Standard einführen

256 Das betrifft in den kommunalen Verwaltungen und Eigenbetrieben Produkte wie
257 Arbeits- und Berufskleidung, Pflaster- und Natursteine, Büromöbel, Holz und
258 Baumaterialien ebenso wie florale Dekorationsartikel, Papier- und
259 Büromaterialien, Informations- und Kommunikationstechnologie, u.v.m.

260 3. Stadtgärten unterstützen

261 In vielen Städten mangelt es an Grünflächen und der finanzielle und personelle
262 Aufwand für die Pflege von Grünflächen nimmt ständig zu. Gleichzeitig möchten
263 viele Menschen sich im Freien betätigen und ihre Lebensmittel wieder selbst

264 erzeugen. Stadt- und Kleingärten sowie Urban Gardening-Projekte bieten hierfür
265 eine Chance und müssen finanziell unterstützt werden. Glyphosate, Herbizide,
266 Neonicotinoide und vieles andere mehr sollen weder auf kommunalen Flächen noch
267 in Kleingärten verwendet werden.

268 4. Mehr Fair-Trade-Städte in Sachsen

269 Fairer Handel ist ein wichtiges Instrument, um mehr Gerechtigkeit und
270 Transparenz im internationalen Handel zu schaffen. Vor Ort bieten sich viele
271 Gelegenheiten auf Fair-Trade-Produkte zu setzen, sei es im Rathaus, in
272 öffentlichen Kantinen, Cafés, Sportvereinen oder im Lebensmittel-Einzelhandel.
273 In Deutschland sind inzwischen mehr als 500 Städte Mitglied im Fair-Trade-Town-
274 Netzwerk. Auch einige sächsische Städte wie Leipzig, Dresden, Freiberg und
275 Markkleeberg sind schon Fair-Trade-Stadt und wir GRÜNEN wollen, dass diesen
276 Titel noch mehr Kommunen erhalten.

277 Bildung ist Menschenrecht

278 Gerechte Bildung und Chancengleichheit!

279 Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer
280 Gesellschaft, deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Gute
281 Bildung eröffnet Menschen in jedem Lebensalter eine Vielfalt von Möglichkeiten
282 und Perspektiven. Wir GRÜNEN wollen allen Bürger*innen den Zugang zu bester
283 Bildung ermöglichen. Wir wollen Ganztagschulen ausbauen, damit die
284 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht vor der Schultür endet. Mehr Raum und
285 Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer
286 Entwicklung. Dafür bedarf es aber auch der entsprechenden Räume. Hier darf sich
287 das Land nicht aus der Verantwortung ziehen und muss die Kommunen beim
288 Schulhaus- und Kindertagesstättenbau weiter unterstützen.

289 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

290 1. Auf den Anfang kommt es an

291 Kita- und Hortplätze sollen besser finanziert werden, um den Betreuungsschlüssel
292 senken zu können. Dadurch können Erzieher*innen weniger Kinder betreuen und
293 ihnen mehr Bildung ermöglichen.

294 Wir wissen, dass die ersten Jahre für die Entwicklung von Kindern entscheidend
295 sind. Aus diesem Grund muss bereits in den Kindertagesstätten die Lust am Lernen
296 und die Neugier der Kinder geweckt werden. Wir möchten Kindertagesstätten in die
297 Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden zu können.
298 Spielerisch sollen Kinder dort motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten
299 erlernen.

300 2. Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen

301 Für die Qualität einer Schule ist eine gute Aufenthaltsqualität von Bedeutung.
302 Wir brauchen Schulen, die Lust aufs Lernen machen! Neben einem angenehmen
303 Raumklima sind hierfür eine ausreichende Anzahl an PC-, Aufenthalts- und
304 Fachräumen sowie eine Mensa unverzichtbarer Bestandteil. Schulen können und
305 sollen einen relevanten Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten,
306 insbesondere da sich diese Investitionen langfristig auszahlen.

307 3. Breites Bildungsangebot vor Ort sichern

308 Wir GRÜNEN fordern eine Schulentwicklungsplanung, die nahe am Wohnort alle
309 schulischen Bildungsabschlüsse anbietet. Wohnortnahe Bildungseinrichtungen
310 machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze.
311 Dabei setzen wir uns für den Erhalt auch kleiner Grundschulen, Schaffung neuer
312 und Vergrößerung bestehender Berufsakademien als „Duale Hochschulen“ im
313 ländlichen Raum, als auch Hochschulen und Volkshochschulen in Klein- und
314 Mittelstädten ein.

315 4. Hand in Hand arbeiten

316 Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen
317 besser zusammenarbeiten. Durch eine gemeinsame kommunale Schulentwicklungs- und
318 Jugendhilfeplanung soll die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und
319 Jugendhilfe verbessert werden. Schulsozialarbeit verbessert die Chancen
320 einzelner Schüler*innen. Wir wollen sie daher an jeder Schule etablieren.

321 5. Gesundes und leckeres Essen kostengünstig anbieten

322 Eine gesunde Ernährung ist Voraussetzung für einen gelungenen Kita- und
323 Schulalltag. Den Kindern soll eine hochwertige, gentechnikfreie, warme Mahlzeit
324 aus möglichst regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln angeboten werden.
325 Die Kosten für das Essen müssen in den Kommunen so gestaltet werden, dass
326 niemand wegen seines finanziellen Status von dieser Verpflegung ausgeschlossen
327 wird.

328 6. Dem Analphabetentum den Kampf ansagen

329 6. Alphabetisierung stärken

330 Der Anteil der Menschen, die weder lesen noch schreiben können oder sich damit
331 sehr schwertun, ist erschreckend hoch. Dabei bedeutet dies oftmals einen
332 Ausschluss vom öffentlichen Leben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an allen
333 Volkshochschulen niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, damit jede Frau
334 und jeder Mann eine Chance bekommt, mindestens Grundschulniveau zu erreichen.
335 Dass dies auch viele Migrant*innen einschließt, ist für uns eine
336 Selbstverständlichkeit.

337 Das Geld muss dem Menschen zu Gute kommen

338 Nachhaltige kommunale Finanzpolitik

339 Solide Finanzen sind wichtig, um auch noch den nachfolgenden Generationen
340 Möglichkeiten zu schaffen, die Zukunft zu gestalten ohne von Schuldenbergen
341 erdrückt zu werden.

342 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

343 1. Gerechter Kommunalen Finanzausgleich

344 Städte, Gemeinden und Landkreise müssen gerecht und fair über den kommunalen
345 Finanzausgleich bedarfsgerecht finanziert werden. Das Land Sachsen darf sich
346 nicht weiterhin auf Kosten der Kommunen sanieren.

347 2. Gender-Budgeting

348 Geschlechtergerechtigkeit wollen wir herstellen, indem wir die Ausgaben im Sinne
349 des Gender-Budgeting danach überprüfen, welchem Geschlecht sie vor allem zu Gute
350 kommen.

351 3. Transparenz und Bürgerbeteiligung

352 Die wirtschaftlichen Beteiligungen unserer Kommunen wollen wir transparenter
353 machen und die Beteiligung der Bürger*innen bei der Erstellung des Haushalts
354 über Bürgeranträge und -haushalte in kleinen Ortschaften flächendeckend
355 ermöglichen.

356 Alle Menschen sollen mitmachen können

357 Bürger*innen-Beteiligung, Transparenz und Engagement stärken!

358 Ohne engagierte Menschen, ohne Initiativen vor Ort und ohne ein demokratisches
359 Miteinander wären unsere Kommunen nicht das, was sie sind: lebendig und
360 lebenswert. Wir GRÜNEN sind selbst aus Bürger*innen-Initiativen entstanden, für
361 uns hat der Austausch mit Initiativen eine hohe Bedeutung. Demokratie lebt vom
362 aktiven Einmischen – auch und gerade in den Kommunen. Kommunalpolitik muss
363 deshalb transparenter und beteiligungsorientierter werden. Jede und jeder muss
364 die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von
365 Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Behinderung oder Herkunft. Dazu gehört,
366 dass sich kommunale Vertreter*innen gezielt gegen jede Form von Ausgrenzung
367 wenden. Nazis haben in unseren Kommunen keinen Raum.

368 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

369 1. Bürger*innen-Information: transparent und verständlich

370 Beteiligung setzt einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist eine
371 umfangreiche Informationsgrundlage die wesentliche Voraussetzung. Dafür muss
372 Kommunalpolitik allerdings nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein.
373 Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen
374 offengelegt werden. Nur so sind die Leistungen der Verwaltung für alle
375 Bürger*innen nachvollziehbar und die Akzeptanz für Verwaltungshandeln wird
376 gesteigert. Sitzungen der Räte und Ausschüsse auf allen kommunalen Ebenen sollen
377 nur in besonderen Ausnahmefällen nichtöffentlich tagen und auch via Live-Stream
378 im Internet übertragen werden können. Vorlagen und Beschlüsse kommunaler Gremien
379 müssen in verständlicher Art und Weise – nicht nur für Ratsmitglieder –
380 dokumentiert werden und für alle zugänglich sein. Ratsinformationssysteme müssen
381 zu verständlichen Bürger*innen-Informationssystemen weiterentwickelt werden.

382 2. Beteiligung stärken

383 Politik muss sich stärker für informelle Beteiligungsformen wie
384 Mediationsverfahren, Bürger*innen-Kongresse, Dialogforen, dialogorientierte
385 Einwohner*innen-Versammlungen, Schlichtungs- oder Fachgespräche öffnen.
386 Beteiligungsverfahren müssen aber auch gut konzipiert und ernsthaft durchgeführt
387 werden. Daher setzen wir uns in den kommunalen Räten dafür ein, dass
388 Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung verabschiedet werden. Bürger*innen
389 wollen sich aber nicht nur beteiligen, sie wollen auch mitentscheiden. Daher
390 sind wir GRÜNEN gerade auf kommunaler Ebene offen für mehr direkte Demokratie:
391 Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf das Instrument
392 des Bürgerbegehrens zurückgreifen. Damit geben gewählte Kommunalpolitiker*innen
393 keine Verantwortung ab, vielmehr wird damit die politische Kultur vor Ort
394 bereichert. Menschen diskutieren und entscheiden somit auch zwischen den
395 Wahlen, wohin es mit ihrer Kommune geht. Auf Landesebene setzen wir uns seit
396 Langem für eine Absenkung der Quoten von Bürgerentscheiden und -begehren.

397 3. Beteiligung von Anfang an

398 Kinder und Jugendliche müssen mit unseren Entscheidungen von heute in Zukunft
399 leben, daher fordern wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an
400 kommunalen Entscheidungen. Hier eignen sich verschiedene Formen der Kinder- und
401 Jugendbeteiligung wie Jugendparlamente, Kinder- und Jugendversammlungen oder ein
402 fester Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss, bei dem ihre Belange
403 vorgetragen werden können. Diese Beteiligung muss von allen ernst genommen
404 werden: Beschlüsse der Jugendparlamente müssen Konsequenzen in den kommunalen
405 Räten haben. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche in ihren Gremien über ein
406 eigenes Budget verfügen können. Bei Entscheidungen der Schulentwicklung wollen
407 wir gezielt die lokale Schüler*innen-Vertretungen einbeziehen.

408 4. Kampf gegen Rechtsextremismus: Keine Toleranz für Intoleranz

409 Wir GRÜNEN nutzen vor Ort alle Möglichkeiten, um den Kampf gegen
410 Rechtspopulismus und menschenfeindliche Einstellungen fortzuführen und zu
411 gewinnen. Dazu gehört die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um (Neo-)
412 Nazi-Veranstaltungen, -Demonstrationen oder -Konzerte zu verhindern. Wir bieten
413 menschenverachtenden Gedanken keinen Raum. Eine breite Unterstützung der lokalen
414 Bündnisse gegen Rechtsextremismus und ein gezieltes Eintreten und Handeln gegen
415 jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dafür erforderlich.
416 Kommunen dürfen nicht wegschauen, wenn sich vor Ort rechtsextreme Gruppierungen
417 breit machen. Menschenfeindlicher Gesinnung muss immer mit Wachsamkeit und
418 Präventionsarbeit begegnet werden.

419 5. Ehrenamtliches Engagement unterstützen

420 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt,
421 aktiviert und für sie da ist. Wir haben dabei größten Respekt vor all den
422 Menschen, die in den Vereinen, bei der Feuerwehr und Rettungsdiensten, in
423 Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie in kommunalen Gremien ihre Zeit der
424 Gesellschaft widmen. Um dieses wichtige ehrenamtliches Engagement zu
425 unterstützen, muss mehr Augenmerk auf der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit
426 Ausbildung, Beruf und Familie liegen. Kommunale Räte, welche schließlich ebenso
427 im Ehrenamt arbeiten, müssen angemessene Aufwandsentschädigungen erhalten. Dazu
428 müssen den Fraktionen Personalbudgets zur Verfügung gestellt werden, um im
429 ungleichen Kampf mit Verwaltungen ein wenig Chancengleichheit herzustellen.

430 Mensch geht's uns gut!

431 Die Kommune ist für Alle da!

432 Wir GRÜNEN wollen allen Menschen eine angemessene Teilhabe am sozialen und
433 gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist von
434 Armut betroffen oder bedroht, am stärksten Alleinerziehende und Kinder. Wir
435 wollen Armut bekämpfen: Dazu brauchen die Menschen ein existenzsicherndes
436 Einkommen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Alle Menschen bedürfen der
437 gleichen Wertschätzung und Beachtung. Alle müssen in den Kommunen dabei sein und
438 mitmachen können, unabhängig von sozialem Statuts, Einkommen, Geschlecht, Alter,
439 sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Behinderung.

440 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer Verantwortung gerecht teilen.

441 Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind derzeit in unseren
442 Kommunalparlamenten unterrepräsentiert, obwohl die dort getroffenen

443 Entscheidungen auch ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Wir wollen durch
444 Gender-Mainstreaming und gezielte Frauenförderung in den Kommunen dazu
445 beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Es gilt dabei natürlich auch,
446 Frauen zu bewegen, sich verstärkt zur Wahl zu stellen, worin wir sie
447 unterstützen wollen.

448 Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben haben das Recht auf eine
449 familienfreundliche Gestaltung von Sitzungen und Gremien in der Gemeinde.
450 Jugendliche wollen wir in stärkerem Maße als bisher – auch in
451 institutionalisierter Form – in kommunalpolitische Entscheidungen einbinden.
452 Unser Ziel bleibt es, das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen.

453 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

454 1. Geschlechtergerechtigkeit vor Ort umsetzen

455 Wir GRÜNEN setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und
456 Männer ein. Darum wollen wir mehr Frauen in den Räten. Wir GRÜNEN wollen auf
457 unseren Listen 50 % Frauen und 50 % Männer. Nur das ist gerecht und zielführend.

458 Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender-Mainstreaming und Gender-
459 Budgeting können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit
460 herzustellen. Wir GRÜNEN stehen für gezielte Frauenförderung auf der kommunalen
461 Ebene und fordern die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für
462 Frauen in Notsituationen (Frauenhäuser, Frauennotrufe etc.) sowie die verstärkte
463 Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten vor Ort.

464 2. Stadtteile und Dörfer mit und für Menschen entwickeln

465 Wir wollen, das Menschen in den Gemeinden oder ortsnah alles haben, was sie zum
466 Leben und zum gesellschaftlichen Miteinander brauchen: bezahlbaren und
467 barrierefreien Wohnraum, Versorgungsmöglichkeiten, Treffpunkte, soziale und
468 kulturelle Angebote, Gesundheits- und pflegerische Versorgung,
469 Mobilitätsangebote usw. Besonders gilt dies für Menschen mit Behinderungen oder
470 Unterstützungsbedarf. Wir wollen Räume und Plätze schaffen bzw. ausbauen, an
471 denen Generationen sich begegnen können. Mehrgenerationen-Häuser müssen in ihrer
472 Existenz gesichert bzw. neu aufgebaut werden. Vielfältige Wohnformen für
473 Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf, wie z.B. Mehrgenerationen-Wohnen und
474 Alten-Wohngemeinschaften sollten überall selbstverständlich sein.

475 3. Kommunale Vorbildfunktionen nutzen

476 Der kommunale öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für
477 die Privatwirtschaft ausüben. Neben Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit
478 von Familie und Beruf, der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und der
479 Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen, zählt die
480 Tarifbindung von kommunalen Gesellschaften. Die Gründung von
481 Personalservicegesellschaften zur Umgehung von Tarifverträgen lehnen wir ab.

482 Kommunen und kommunale Gesellschaften sollen bei allen öffentlichen Vergaben die
483 ILO-Kernarbeitsnormen und das Landestariftreuegesetz berücksichtigen.

484 4. Räume für Jugendliche schaffen

485 Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Möglichst selbst
486 verwaltete Jugendzentren gehören in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an

487 den Rand gedrängt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von
488 dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken.

489 5. Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln

490 Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche sind arm oder
491 armutsgefährdet. Wir wollen, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten
492 regelmäßig Armuts- und Reichtumsberichte mit dem Ziel erstellt werden, lokale
493 Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln. Kern jeder Armutsbekämpfung ist die
494 Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens. Finanzielle Sicherheit ist ein
495 Menschenrecht. Die betreuenden Behörden müssen zu einem wertschätzenden Umgang
496 und fördernder Unterstützung der Leistungsberechtigten verpflichtet werden.
497 Mögliche Unterstützungsleistungen müssen den Personen aktiv angeboten werden,
498 die durch Anträge im bestehenden Angebotsdschungel überfordert sind. Wir setzen
499 uns dafür ein, dass die Kommunen in den Jobcentern auf eine großzügige und nicht
500 auf kleinliche Sanktionsregelung hinwirken. Menschen, die als
501 Langzeitarbeitslose am Rande der Gesellschaft stehen, sollten nicht zusätzlich
502 einem unangemessenen Sanktionsdruck ausgesetzt werden. Neben der materiellen
503 Unterstützung erfordert Armutsbekämpfung auch den optimalen Einsatz von
504 Sozialarbeit, Beratungsleistungen und Förderprogrammen. Leicht zugängliche
505 medizinische Versorgung in einer einladenden Umgebung sowie passende Bildungs-
506 und Präventionsangebote bilden die notwendige Grundlage, damit Armut sich nicht
507 verfestigt und Menschen ihre Stärken erkennen und nutzen können. Wir setzen uns
508 für die Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese
509 sollen so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Stigmatisierung der
510 Nutzer*innen führen und eine vergünstigte Nutzung des ÖPNVs sowie öffentlicher
511 und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich
512 ermöglichen. Kommunen können viel dazu beitragen, dass Armut zwangsläufig
513 bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

514 6. Inklusion von Anfang an

515 Menschen mit Behinderungen gehören dazu, mitten drin in der Gemeinde, in der
516 Stadt und im Dorf. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für die Erstellung von
517 kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.
518 Wir wollen mehr Beiräte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in den
519 Kommunen, damit die Expert*innen in eigenen Angelegenheiten eine starke
520 Interessenvertretung zur Gestaltung von Teilhabe, Selbstbestimmung und
521 Barrierefreiheit direkt vor Ort haben.

522 Mensch, mach mal lauter!

523 Mensch, sei aktiv!

524 Vielfältige Angebote in Kultur und Sport für alle

525 Kultur darf kein Luxus sein! Wir streben stattdessen eine gleichberechtigte
526 Teilhabe aller Menschen an einem breit gefächerten kulturellen Angebot an.
527 Kulturförderung ist auch eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer
528 Städte und Gemeinden. Die kulturelle Infrastruktur mit Theatern, Festivals,
529 Museen, Musikschulen, Kunstschulen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und
530 anderen kulturellen Initiativen dürfen bei Finanznot der Kommunen nicht auf dem
531 Prüfstand stehen.

532 Sportvereine sind ebenso wie der nicht organisierte Breitensport
533 gesellschaftlich unverzichtbar und bedürfen daher einer verlässlichen kommunalen
534 Förderung. Hinzu kommt eine geringer werdende Bindung der Menschen an Vereine.
535 Dem gesellschaftlichen Wandel müssen wir mit frei zugänglichen Sport-, Spiel-
536 und Bewegungsräumen für Jung und Alt Rechnung tragen. Eine
537 Sportstättenkonzeption, an der alle relevanten Akteur*innen beteiligt werden,
538 kann bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme helfen.

539 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

540 1. Kulturelles Engagement stärken und Freiräume für Kreative eröffnen

541 So wichtig es ist, die bestehenden Kultureinrichtungen zu erhalten und
542 Mitarbeiter*innen fair zu bezahlen, so wichtig ist es für die Weiterentwicklung
543 unserer kulturellen Infrastruktur, Freiräume für neue künstlerische Wege,
544 Organisations- und Teilhabereformen zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die
545 Projektförderung, die Beratung und Unterstützung für kulturell Engagierte und
546 neue kulturelle Initiativen ausbauen. Kreative und Kulturschaffende soll der
547 Aufbau von eigenen Strukturen, Arbeits- und Präsentationsräumen ermöglicht
548 werden.

549 2. Kulturelle Bildung stärken - Zusammenarbeit mit Schulen

550 Wir wollen kulturelle Bildung für alle, insbesondere für Kinder und junge
551 Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen, ermöglichen. Denn dies ist
552 eine der Schlüsselkompetenzen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können.
553 Deshalb wollen wir beispielsweise Museumspädagogik und Leseförderung, Musik- und
554 Kunstschulen stärken und die Zusammenarbeit von Trägern und Initiativen mit den
555 Schulen verbessern.

556 3. Interkulturelle Arbeit und Ausrichtung von Einrichtungen

557 Kultur kann einen wichtigen Beitrag zur Integration und interkulturellen
558 Verständigung leisten. Wir wollen Kunst- und Kulturprojekte, die von und für
559 Migrant*innen gestaltet werden sowie Weiterbildungsangebote für Kulturschaffende
560 zur Stärkung interkultureller Kompetenzen stärker fördern.

561 Hier bin ich Mensch – hier darf ich`s sein

562 Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune stärken

563 Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Hier
564 stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf sich
565 nicht ausschließlich auf das Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse
566 reduzieren, sondern muss in allen Bereichen mitbedacht werden. Dabei gilt es,
567 nicht über, sondern mit Migrant*innen und Geflüchteten zu sprechen. Ein
568 wichtiger Baustein dafür ist, Migrant*innen-Beiräte in ihrer Arbeit aktiv zu
569 unterstützen.

570 Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte. Diese
571 sollen im Dialog mit den Beiräten für Migration und Integration, den
572 Migrant*innen-Vereinen, den Wohlfahrtsorganisationen und den Träger*innen
573 interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden. Wir setzen uns für das
574 kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Staatsbürger*innen ein.

575 Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Weltoffenheit,
576 Vielfalt und Toleranz, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitbürger*innen
577 in unserem Gemeinwesen keine Chance haben. Die lokalen Initiativen und Bündnisse
578 gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir GRÜNEN
579 fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus und
580 rechtsextreme Tendenzen.

581 Wir wenden uns gleichzeitig gegen integrationswidrige und extremistische
582 Verhaltensweisen wie Islamismus, Frauenfeindlichkeit oder Gewalt als Mittel der
583 Konfliktlösung.

584

585 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

586 1. Arbeit der Migranten-Beiräte unterstützen

587 Durch aktive Mitarbeit in den Migranten-Beiräten können wir uns für die
588 gesellschaftliche Integration von Migrant*innen einsetzen und kommunale
589 interkulturelle Projekte anstoßen.

590 2. Für Ausländerbehörden mit Willkommenskultur

591 Die Ausländerbehörden sind wichtige Anlaufstellen für Migrant*innen und
592 Geflüchtete in den Kommunen. Wir wollen eine neue Willkommenskultur in den
593 Ausländerbehörden etablieren, die Migrant*innen und Flüchtlinge nicht als
594 Bittsteller, sondern als Neu-Mitglieder unserer Gesellschaft begreift. Spezielle
595 Schulungen können Verwaltungsmitarbeiter*innen die erforderlichen Kompetenzen
596 für eine migrationsspezifische Beratung vermitteln. Dabei spielen Elemente aus
597 interkulturellen Trainings eine wichtige Rolle. Mitarbeiter*innen in den
598 kommunalen Behörden müssen auf Dolmetscher*innen zurückgreifen können.

599 3. Flüchtlinge willkommen heißen

600 Eine positive Willkommenskultur zeigt sich auch an der Art der Unterbringung.
601 Darauf haben wir vor Ort Einfluss, können Kommunen bei der Suche nach geeigneten
602 Immobilien unterstützen und deren Gestaltung positiv beeinflussen. Mit aktiver
603 Unterstützung der Nachbarn wird das Einleben erleichtert sowie sprachliche und
604 andere Schwierigkeiten am schnellsten überwunden. Oft ist es gerade die Hilfe
605 von ehemaligen Geflüchteten und Einwanderern, die hier beste Hilfe leisten. Dies
606 ist durch Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Durch Unterstützung bei der
607 Jobsuche wird Geflüchteten geholfen, eine selbstbestimmte Existenz aufzubauen.

608 4. Diversity-Gedanken stärken

609 Kommunale Verwaltungen und Unternehmen sind ein großer Arbeitgeber in Sachsen
610 und sollten mit gutem Beispiel voran gehen. Diversity-Management macht dabei die
611 positiven Aspekte, die sich durch die konstruktive Nutzung sozialer Vielfalt auf
612 dem Arbeitsmarkt ergeben, in den Betrieben und Verwaltungen zum Thema und
613 versucht sie für den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen. Ziel ist nicht nur
614 die individuelle Verschiedenheit im Sinne einer positiven Wertschätzung
615 besonders hervorzuheben, sondern auch eine produktive Gesamtatmosphäre im
616 Unternehmen zu erreichen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu
617 verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern.

618 Mensch, das macht mich nicht krank

619 Gesundheit nachhaltig fördern

620 In der medizinischen Versorgung brauchen wir einen Kulturwandel, in dem der
621 Mensch als Sozialwesen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht. GRÜNE
622 Gesundheitspolitik zielt auf eine ganzheitliche Betrachtung der Lebensqualität
623 der Menschen - orientiert am Ansatz der präventiven Gesunderhaltung und der
624 Förderung eines gesunden Lebensstils. Einer voranschreitenden Ökonomisierung des
625 Gesundheitswesens müssen wir ein ganzheitliches und nachhaltiges
626 Gesundheitskonzept von der Prävention über Bildung in Kindergärten, gesunde
627 Ernährung, psychosoziale Betreuung bis zur Pflege und Sterbebegleitung anbieten.
628 Das Patient*innen-Interesse muss im Mittelpunkt der Versorgung stehen und die
629 Strukturen am Ziel eines maximalen Nutzens für Patient*innen ausgerichtet
630 werden.

631 Aus dieser Zielvorgabe entwickeln sich die weiteren Maßnahmen zum qualitativ
632 effizienten Umgang mit Ressourcen. Jede/r Bürger*in hat einen Anspruch und das
633 Recht auf gesunde Entwicklung (auch im Alter), Gesundheitsförderung durch
634 Stärkung vorhandener Ressourcen, eine gesunde Umwelt und einen gesunden
635 Arbeitsplatz.

636 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

637 1. Prävention

638 Auf kommunaler Ebene muss Prävention und das Bewusstsein für die eigene
639 (psychische) Gesundheit einen höheren und verbindlicheren Stellenwert bekommen.
640 Kinder müssen schon frühzeitig in der Familie, in Kitas und Schulen eine
641 Gesundheitsschulung vermittelt bekommen.

642 2. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

643 Angesichts der Versorgungslücken in ländlichen und strukturschwachen Regionen
644 sind neue nachhaltige Strukturen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln,
645 die eine wohnortnahe Versorgung nach hausärztlichen und fachärztlichen
646 Gesichtspunkten sichern. Eine sozialraumorientierte Versorgung kann durch neu zu
647 schaffende Versorgungspraxen, wie medizinische Versorgungszentren, die von
648 verschiedenen Ärzten sowie Psychotherapeuten genutzt werden können, sowie der
649 Übernahme einiger ärztlichen Tätigkeiten durch andere Heilmittelbringer und
650 Versorgungsassistent*innen in der Hausarztpraxis erreicht werden. Dadurch ist
651 den Bürgern auch ein Mindestmaß an Arztwahl möglich. Unterstützend kann die
652 Telemedizin, vor allem in ländlichen Regionen, eingesetzt werden.

653 3. Krankenhausversorgung in der Fläche

654 Für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss den Krankenhäusern die
655 Möglichkeit geboten werden, mehr Patient*innen und Krankheiten, auch ambulant
656 oder teilstationär, zu behandeln. Diese Öffnung der Krankenhäuser für die
657 ambulante Versorgung soll keine Schwächung des ambulanten Sektors (vor allem im
658 Bereich der Fachärzte) zum Ziel haben, sondern das Potential stationersetzender
659 Leistungserbringung im Gesundheitswesen ausschöpfen. Die Krankenhausverteilung
660 in der Fläche muss die Grundversorgung und die zeitliche Erreichbarkeit vom
661 Wohnort aus gewährleisten.

662 4. Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung

663 Die seit Jahren kritisierte Unterversorgung in der psychiatrischen Versorgung
664 der Bevölkerung ist durch eine Neuberechnung der Bedarfsplanung zu beheben.

665 Der Ausbau von Plätzen für betreutes Wohnen ist dem weiteren Ausbau von
666 Heimplätzen vorzuziehen. Inklusion und ein Leben in normalen Arbeitsbezügen und
667 Nachbarschaften muss in größerem Umfang außerhalb von Sondereinrichtungen
668 ermöglicht werden. Ambulante Behandlung muss vor stationärer Behandlung stehen.
669 Der Ausbau wohnortnaher Krisendienste, an die sich Betroffene und deren
670 Angehörige wenden können, ist zwingend erforderlich. Zwischen Fachkliniken und
671 der Gemeindepsychiatrie sind Verbundkooperationen zu fördern.

672 Menschen den Weg in die Zukunft ebnen

673 Digitalisierung für Alle

674 Immer noch ist Deutschland und auch Sachsen in Bereich der Digitalisierung
675 Entwicklungsland. Egal ob Breitbandausbau, Handyempfang oder E-Government –
676 Ländern wie Finnland oder Estland hängen wir weit hinter. Selbst einige
677 Entwicklungsländer haben besser Netzabdeckungen als Sachsen. Hier ist noch viel
678 zu tun, um den Menschen eine adäquate Teilhabe an der digitalisierten Welt zu
679 ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Gleichzeitig müssen wir
680 die Herausforderungen und die Vorbehalte der Menschen in einer digitalisierten
681 Welt ernst nehmen und sie in die neue Zeit mitnehmen.

682 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

683 1. Breitbandausbau

684 Eine angemessene Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist überall,
685 insbesondere aber auch in ländlichen Regionen ein wichtiges Thema. Dort wo der
686 Markt versagt, müssen die Kommunen tätig werden und alle Möglichkeiten nutzen
687 können. Landesweite Beratungsangebote und Förderprogramme des Landes und Bundes
688 können genutzt und durch interkommunale Zusammenarbeit eine bessere Versorgung
689 hergestellt werden. Wir GRÜNEN setzen uns in kommunalen Gremien dafür ein, dass
690 die digitale Teilhabe auch in ländlichen Regionen besser wird.

691 2. Freies WLAN

692 Wir GRÜNEN unterstützen Initiativen für freies WLAN in den Kommunen und
693 Landkreisen. Egal ob Freifunk oder von der Kommune bereitgestellte Netze – WLAN
694 ist heutzutage genauso wie Breitband einen Grundvoraussetzung für digitale
695 Teilhabe und den Wirtschaftsstandort Sachsen.

696 3. E-Government

697 Kommunale Behörden sollen und müssen in der Zukunft ankommen. Egal ob Anträge an
698 Behörden, Auskunfts-Ersuchen, Terminvergaben oder Informationsvermittlung – es
699 gibt unzählige Bereiche in denen Behörden mit digitalen Angeboten mehr Service
700 und mehr Bürgernähe für die Menschen erreichen können. Wir GRÜNE fordern die
701 konsequente Umsetzung von E-Government-Angeboten in den Kommunen. Nur so können
702 die Potenziale für Bürokratiekosten-Entlastung und bürgerfreundlichen Zugang zu
703 staatlichen Dienstleistungen gehoben und die Entwicklung innovativer und
704 barrierefreier Anwendungen ermöglicht werden.

705 4. Medienpädagogische Angebote

706 Nicht nur in den Schulen müssen die Voraussetzungen für das Erlernen neuer
707 digitaler Techniken geschaffen werden. Auch die Vermittlung der sachgerechten
708 Benutzung digitaler Anwendungen ist uns GRÜNEN ein Anliegen. Medienpädagogische

709 Angebote in und außerhalb der Schule spielen dabei eine entscheidende Rolle.
710 Darüber hinaus muss auch den Vorbehalten der älteren Generation gegenüber der
711 Digitalisierung mit entsprechenden Bildungsangeboten an den Volkshochschulen
712 begegnet werden.

713 No prosze! Haló!

714 Den europäischen Gedanken vor Ort sichtbar machen

715 Das europäische Projekt hat zu einer Vielzahl von Errungenschaften von
716 unschätzbarem Wert beigetragen, welches unbedingt unserer weiteren tatkräftigen
717 Unterstützung bedarf. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch fortwährende
718 Aufklärung vor Ort, immer wieder auf den Wert und die Bedeutung des
719 zusammenwachsenden Europas hinzuweisen. Denn viele lokale umwelt- und
720 verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, die Ausweisung von
721 europäischen Schutzgebieten, die verbindliche Aufstellung von
722 Luftreinhalteplänen oder die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und
723 Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

724 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

725 1. Für den European Energy Award werben

726 Die Energiewende muss vor Ort stattfinden und kann nur gelingen, wenn sie von
727 allen gemeinschaftlich getragen wird. Dabei sind Bürger*innen genauso gefragt
728 wie die örtlichen Energieversorger. Der European Energy Award wurde auf der
729 Grundlage des Schweizer Programms "Energistadt" entwickelt. Tragende Säulen
730 sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien
731 in der Kommune.

732 2. Kooperationen und Vernetzungen aufbauen

733 Die Bedürfnisse und Anforderungen von Kommunen und Regionen müssen in Europa
734 mehr Gehör erhalten. Deshalb wollen wir GRÜNEN neue Kooperationen und
735 Vernetzungen auf kommunaler und regionaler Ebene schaffen und bestehende
736 stärken. Wegen unserer geografischen Lage müssen diese Kooperationen auch über
737 Landes- und Staatsgrenzen hinweg geschlossen und praktiziert werden.

738 3. Europäische Fördermittel abrufen

739 Ob EFRE, ESF oder WiFi4EU: es gibt bis zu 200 Förderprogramme auf europäischer
740 Ebene die von den Kommunen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass
741 die klammen sächsischen Kommunen möglichst viele Projekte mit europäischen
742 Fördermitteln vor Ort umsetzen. Dafür bedarf es einfacher, unbürokratischer
743 Richtlinien. An die Stelle bizarrer Kontrollbürokratie muss eine zielorientierte
744 Vertrauenskultur treten.

745 Mensch nicht kriminalisieren – Kommunale Sicherheitspolitik

746 Das Sicherheitsempfinden der Menschen nimmt in den letzten Jahren ab, obwohl
747 sich dies aus den nackten Zahlen der Kriminalitätsstatistiken nicht erklären
748 lässt. Dies hat viel mit der derzeitigen Informationslandschaft zu tun, in der
749 negative Ereignisse viel mehr wahrgenommen werden und ein Gefühl der
750 Unsicherheit hinterlässt. Die Antwort darauf kann aber keine weitere Aufrüstung
751 der unteren Polizeibehörden/ Ordnungsämter oder Überwachung des öffentlichen
752 Raums sein.

753 Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

754 1. Polizeibehörden abrüsten

755 Mitarbeiter*innen der Polizeibehörden/ Ordnungsämter sollen den Menschen auf
756 Augenhöhe begegnen. Dafür bedarf es weder Schlagstock, noch Handfesseln, noch
757 Pfefferspray, für deren offensive Anwendung es sowieso keine Rechtsgrundlage
758 gibt. Ein martialisches Auftreten zerstört das Vertrauen der Menschen und
759 schreckt nur noch mehr ab.

760 2. Keine Verbotszonen

761 Wir Grünen werden keine Alkoholverbotzonen, Demonstrationsverbotszonen oder
762 anderweitige Sicherheitsbereiche dulden, welche den Menschen ihre Rechte nehmen,
763 sich im öffentlichen Raum regelkonform zum verhalten. Verdrängung von
764 Menschengruppen um Plätze oder Parks „clean“ zu halten oder anlasslose
765 Personenüberprüfungen durchzuführen sind keine Lösung, sondern verlagern die
766 Probleme nur. Durch Verfehlungen Einzelner das Leben aller Menschen
767 einzuschränken, ist einer liberalen, demokratischen Kommune nicht würdig.

768 3. Videoüberwachung einschränken

769 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sind ein hohes Gut in einem demokratischen
770 Staatswesen. Massenhafte Überwachung des öffentlichen Raums stört das
771 Sicherheitsempfinden vieler Menschen erheblich und ebnet den Weg hin zu einem
772 autoritären Überwachungsstaat. Auch verhindern Überwachungskameras keine
773 Straftat. Wir Grünen wollen die Überwachung des öffentlichen Raums soweit wie
774 möglich zurückfahren. Für die Aufklärung von Verbrechen braucht es genügend
775 Personal in den Polizeibehörden und keine flächendeckende Videoüberwachung.

776 Wir GESTALTEN – für unsere Gemeinde, für unsere Stadt, für unsere Region.

777 Wir GRÜNEN haben Ideen, wir verlassen ausgetretene Pfade, wir suchen neue Wege.
778 Wir bewahren und gestalten Lebensqualität und menschliches Miteinander für
779 nachhaltige und zukunftsfähige Kommunen in Sachsen. Wir machen ökologische,
780 gerechte und soziale Politik – für die Menschen in Sachsen!

KO2NEU Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte Metropolen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 Sachsens Großstädte wachsen, teilweise schneller, als noch vor einigen Jahren
2 angenommen wurde. So hat sich beispielsweise Leipzig mit einem Zuwachs von
3 jährlich über 10.000 Menschen zur am schnellsten wachsenden deutschen Großstadt
4 entwickelt. Auch Dresden verzeichnete in den letzten Jahren einen Zuwachs von
5 jährlich über 5.000 Menschen. Die Geburtenraten sind hoch, der Zuzug stark.
6 Viele Prognosen über Schrumpfungsprozesse in den Großstädten, auf deren
7 Grundlage noch vor Jahren zentrale politische Entscheidungen getroffen wurden,
8 haben sich als falsch erwiesen.

9 Das Wachstum und der Zuzug in die urbanen Ballungsräume birgt vielfältige
10 Chancen. Zusammen mit den großen Städten wird ganz Sachsen vielfältiger,
11 lebendiger und klüger. Was unsere sächsische Großstädte auszeichnet, sind die
12 vergleichsweise niedrigen Mieten und die Freiräume, in denen sich Menschen
13 ausprobieren können, die Kreative anziehen und das Leben deutlich entspannter
14 und interessanter machen als in anderen deutschen Großstädten.

15 Im Moment steht diese Entwicklung auf dem Spiel. Das Wachstum stellt die
16 Großstädte vor große Herausforderungen: Wohnraum, Infrastruktur und soziale
17 Daseinsvorsorge müssen dem Zuwachs folgen, ohne die gesellschaftliche Spaltung
18 voranzutreiben. Gleichzeitig werden im Zuge des Wachstums die Fehlentwicklungen
19 in den Großstädten immer deutlicher. Der Ausverkauf der Städte, die zunehmende
20 soziale Spaltung in der Stadt, die zunehmende Immobilienspekulation und auch die
21 Sommerhitze in den dicht bebauten Quartieren zeigen uns: Wir werden Wege finden
22 müssen, diese Fehlentwicklungen zu überwinden. Bei diesen Herausforderungen
23 lässt der Freistaat die Großstädte weitgehend allein. Das wollen wir
24 ändern. Wachsende Städte brauchen eine breite Akzeptanz für ökologische
25 Mobilität, für eine Stadtentwicklung mit lebendigen und sozial gemischten
26 Quartieren und genügend Freiräumen, für innovative Bildungskonzepte, gute
27 Arbeitsplätze und größere Internationalität, für eine innovative Verwaltung und
28 moderne Konzepte der Daseinsvorsorge. Sie können damit auch wichtige Impulse für
29 ihr Umland geben und so durch eine gute Vernetzung dazu beitragen, Sachsen
30 insgesamt als Region attraktiver zu machen.

31 Wir wollen die Spaltung zwischen der wachsenden Stadt und dem sich leerenden
32 ländlichen Raum nicht verstärken, sondern sie überwinden – nicht nur, indem wir
33 den ländlichen Raum in seiner Anbindung stärken, sondern auch, in dem die
34 Verantwortung der Städte für das umliegende Land stärker wahrgenommen wird. Die
35 kulturellen, wirtschaftlichen und medizinischen Angebote der Stadt müssen noch
36 stärker als heute die ländliche Bevölkerung einbeziehen und zugleich müssen die
37 Potentiale von Klein- und Mittelstädte für Wohnraum und Arbeitsplätze gehoben
38 werden. Wir wollen Großstädte und ländlichen Raum als zusammengehörende
39 Metropolregionen zusammen denken und systematisch stärken.

40 Wir wissen nicht, ob sich das gegenwärtige Wachstum in den Städten angesichts
41 des möglichen demografischen Wandels verstetigen wird. Wir wollen als
42 Stadtgesellschaften vorbereitet sein und unsere Städte, unsere Schulen und Kitas
43 so bauen, dass sie, wenn nötig, schnell aufgestockt und auch schnell anderweitig

44 genutzt werden können. Die Flexibilität der Strukturen soll eine grundlegende
45 Leitplanke unserer Stadtplanung werden.

46 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte das Wachstum nicht nur bewältigen,
47 sondern als Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung in allen Bereichen
48 nutzen. Dazu müssen wir uns nicht am Status Quo, sondern an den positiven
49 Beispielen anderer europäischer Metropolen orientiert. Städte wie Kopenhagen
50 oder Wien, Barcelona oder Groningen zeigen jeweils auf ihre Weise, dass die
51 Zukunft der lebenswerten Stadt in sozialer Vielfalt und Internationalität, in
52 ökologischer Mobilität und in gelebten Freiräumen und starken Kommunen liegt,
53 die für eine umfassende Daseinsvorsorge vom Wohnen bis zur Bildung sorgen.
54 Lebenswerte Metropolen sind machbar. Die Stadt von morgen ist grün.

55 Gutes Wohnen für alle

56 In den sächsischen Großstädten herrscht ein rapide zunehmender Wohnraumangel,
57 insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Die Schaffung bezahlbaren
58 und attraktiven Wohnraums ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen der
59 Gegenwart. Um die damit verbundenen stadtbau- und sozialpolitischen Aufgaben
60 anzugehen, ist es dringend an der Zeit, eine gemeinwohlorientierte Boden- und
61 Wohnungspolitik durchzusetzen.

62 Wir müssen den Ausverkauf unserer Städte an die Meistbietenden stoppen. Die
63 derzeitige massive Immobilienspekulation treibt einen Keil in die Gesellschaft.
64 Sie vertreibt vor allem die Schwächsten der Gesellschaft und hat die
65 Wohnungssuche zu einem survival of the fittest gemacht. Weil in der Folge
66 insbesondere Einkommensschwache aus bestimmten Vierteln verdrängt werden, ballen
67 sich soziale Problemlagen in bestimmten Vierteln. Diese Entwicklung müssen wir
68 stoppen. Wir wollen, dass Wohnungen wieder zuallererst zum Wohnen da sind und
69 dass Mieter*innen anständig und fair behandelt werden.

70 Um das Recht auf Wohnung zu gewährleisten und den sozialen Frieden zu erhalten,
71 brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Wir
72 wollen stattdessen, dass Grundstücke der Kommunen und des Freistaates nur noch
73 nach Erbbaurecht vergeben werden, um Immobilienspekulationen deutlich
74 einzudämmen. Das beendet auch die unsägliche Praxis der öffentlichen Hand, an
75 den jeweils Meistbietenden zu verkaufen, um dann festzustellen, dass keine
76 bezahlbaren Wohnungen auf den verkauften Grundstücken entstehen. Wir setzen uns
77 dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen
78 abzuschaffen.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein gezieltes Vorgehen gegen Fehlverhalten im
80 Wohnungsmarkt: Wir werden die staatlichen Möglichkeiten vollends ausschöpfen im
81 Kampf gegen den spekulativen Leerstand von Wohnungen, exorbitante Mietpreise und
82 gezielte Vertreibung von Altmietern*innen durch die Eigentümer. Dazu braucht es
83 in Sachsen ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beispielsweise
84 durch dessen Umwidmung in Ferienwohnungen.

85 Wir wollen die kommunale Durchsetzung von Milieuschutzsatzungen ermöglichen, in
86 dem wir als Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen für ein Umwandlungsverbot
87 von Eigentumswohnungen und die Nutzung des Vorkaufsrechts schaffen.

88 Die energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, Mieter*innen aus
89 ihren Wohnungen zu vertreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Zukunft nur
90 noch zu einem sehr geringen Teil auf die Miete umgelegt werden kann und

91 gleichzeitig deutlich stärker steuerlich gefördert wird. Wir wollen zudem eine
92 energetische Sanierung, von der Mieter*innen rasch profitieren und die nicht zu
93 sozialer Verdrängung führt. Daher haben für uns Maßnahmen Priorität, die einen
94 hohen ökologischen Nutzen haben und zu keiner Erhöhung der Warmmiete führen.
95 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein Förderprogramm
96 Heizkostenbremse ein, welches Energiesparmaßnahme fördert, die sich schnell
97 bezahlt machen.

98 Wir brauchen unbestreitbar deutlich mehr Sozialwohnungen in Sachsen. Allerdings
99 muss der soziale Wohnungsbau so erfolgen, dass er den Problemen am Wohnungsmarkt
100 wirksam begegnet. Ein Hauptproblem besteht darin, dass Sozialwohnungen viel zu
101 schnell aus der Mietpreisbindung herausfallen: Heute endet im sozialen
102 Wohnungsbau die Belegungsbindung schon nach zehn Jahren: Das ist viel zu kurz:
103 Deshalb wollen wir die Bindungsfristen für Belegungsrechte auf mindestens 25
104 Jahre verlängern und vorrangig nicht profitorientierte, kooperative Träger
105 fördern, die dauerhaft öffentliches Wohneigentum bereitstellen. Zudem müssen
106 entscheidende Fehlkonstruktionen bei der Inanspruchnahme des sozialen
107 Wohnungsbaus beseitigt werden. Dazu gehört, dass das Verbot für preiswerte
108 Mieten in der Förderrichtlinie des Landes gekippt wird und die Einkommensgrenzen
109 für die Inanspruchnahme von Wohnberechtigungsscheinen erhöht werden, um den
110 wohnungspolitischen Realitäten zu begegnen. Um den Bedarf von ca. 5.000
111 Wohnungen zu decken, wollen wir die Förderung auf 200 Mio. EUR/Jahr erhöhen.

112 Zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen wollen wir die Grunderwerbssteuer
113 anheben. Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im
114 Vergleich zu anderen Bundesländern, die bis 6,5% erheben, verliert der Freistaat
115 jedes Jahr hunderte Millionen Euro. Ein höherer Steuersatz kann der
116 Immobilienspekulation entgegenwirken und erhebliche zusätzliche Einnahmen
117 generieren, die gezielt für die Unterstützung einkommensschwacher Familien oder
118 Baugruppen beim Wohnungsbau durch Zuschüsse und Darlehen genutzt werden kann.
119 Auf diese Weise können wir gezielt Menschen unterstützen, die für sich eine
120 langfristige Perspektive in Sachsen aufbauen wollen.

121 Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im Vergleich
122 zu anderen Bundesländern verzichtet der Freistaat damit auf Einnahmen in
123 Millionenhöhe, die gleichzeitig der Immobilienspekulation entgegenwirken
124 könnten. Eine angemessene Anhebung des Steuersatzes kann eine
125 verantwortungsvolle Wohnungspolitik ermöglichen, mit der wir als Land dafür
126 Sorge tragen, dass z.B. einkommensschwache Familien auch in Zukunft genügend
127 bezahlbare Wohnungen finden können

128 Mit einem revolvingierenden Wohnfonds sollen Kommunen beim Sozialen Wohnungsbau,
129 beim Aufbau öffentlichen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts
130 unterstützt werden. Zur Finanzierung wollen wir einen Teil der
131 milliardenschweren Rücklagen des Freistaates nutzen. Die Mittel der Fonds werden
132 damit nicht auf den globalen Finanzmärkten, sondern direkt in Sachsen zum Nutzen
133 der Menschen eingesetzt.

134 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen echten Mietspiegel: Echte Vergleichbarkeit
135 gibt es nur, wenn auch die Bestandsmieten in die Mietspiegel einbezogen werden
136 und damit den Mieter*innen ein realistischer Überblick gegeben wird, welche
137 Mieten tatsächlich fair sind.

138 Wir fordern, dass sich der Freistaat für steuerliche Förderung der
139 Wohnungsgemeinnützigkeit sowie eine Reform der Grundsteuer mit dem Ziel einer
140 Bodenwertbesteuerung einsetzt, um Spekulation einzudämmen.

141 Wohnungslosigkeit entgegenwirken

142 In den wachsenden Städten sind viele Menschen wohnungslos. Für uns ist eine
143 eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Deswegen wollen wir die
144 Wohnungslosenhilfe massiv ausbauen und eine Wohnungslosenstatistik einführen.
145 Mieter*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und
146 frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Im Mietrecht wollen
147 wir GRÜNE die entstandenen Lücken im Kündigungsschutz schließen.

148 Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische
149 Fachberatung, damit die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten wie zum Beispiel
150 der Suchthilfe und der psychiatrischen Beratung funktioniert. Auch das ambulante
151 Betreuungsangebot ist auszubauen. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle
152 Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Alleinerziehende. Der Katalog präventiver
153 Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Neben den
154 Schuldnerberatungsstellen müssen auch die Schnittstellen zwischen den Jobcentern
155 und Fachstellen sowie den Gesundheits- und Sozialdiensten ausgebaut und
156 personell verstärkt werden. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend
157 Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von
158 wohnungslosen Menschen in abgeschlossenen dauerhaften Wohnraum mit
159 wohnbegleitenden Hilfen zu ermöglichen, ohne die Bedingung, vorher
160 „Wohnfähigkeit“ zu erlangen (Housing First).

161 Soziale Vielfalt macht uns stark – vielfältige Quartiere erhalten und schaffen

162 Wir wollen, dass unsere Stadtviertel sozial durchmischt bleiben und vielfältiger
163 werden. Gerade Städte in Ostdeutschland zeigen den besorgniserregenden Trend
164 auf, dass die verschiedenen sozioökonomischen Einkommensgruppen zunehmend unter
165 sich bleiben, dass die Vielfalt in den Vierteln abnimmt und ältere und ärmere
166 Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung vertrieben werden. Wenn eine Gesellschaft
167 zusammenhalten soll, wenn Menschen sich gegenseitig verstehen sollen und in den
168 Dialog miteinander treten sollen, dann müssen sie sich auch begegnen können.
169 Deswegen fördern wir mit den Möglichkeiten von Landes- und Kommunalpolitik die
170 Diversität der Wohnformen im Quartier: Wir wollen, dass in einem Viertel große
171 und kleine Wohnungen, teurere und billigere Wohnungen nebeneinander bestehen
172 können, insbesondere auch, indem wir Sozialwohnungsprojekte ausgeglichen auf die
173 verschiedenen Viertel der Stadt verteilen und den Milieuschutz in Sachsens
174 Städten konsequent durchsetzen.

175 Neben der Erweiterung bestehender Quartiere werden ganze Viertel neu entstehen.
176 Wir wollen diese neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Einwohner*innen bauen
177 mit transparenten Planungs- und Abwägungsverfahren und unter breiter Beteiligung
178 der Öffentlichkeit. Für die Akzeptanz braucht es Vorteile für alle, auch den
179 bisherigen Anwohner*innen: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,
180 Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Ärzt*innenpraxen, Senior*innen-
181 und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche
182 Verkehrsmittel sollen von Anfang an mit eingeplant werden. Entscheidend für den
183 Erfolg sind die konsequente soziale Mischung und die Vernetzung mit dem
184 städtischen Umfeld. Neue Quartiere sollen nicht Profitinteressen dienen, sondern
185 an vorrangig durch gemeinnützige Träger, Genossenschaften, Baugruppen, das

186 Studierendenwerk oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften entwickelt werden.
187 Wagenplätze betrachten wir als eine gleichberechtigte Wohnform, für die genügend
188 Raum auch in innenstadtnahen Bereichen bereitgestellt werden muss.

189

190 Für Menschen mit Behinderung und für eine alternde Stadtgesellschaft brauchen
191 wir vermehrt barrierearme Quartiere. Nicht nur Wohnungen sondern auch Fußwege,
192 Parks und die sonstige Infrastruktur müssen für alle Menschen geeignet sein.
193 Aber auch Vereinsräume, Einkaufsmöglichkeiten und Praxen müssen gut zugänglich
194 sein. Bei der Planung von neuen Gebäuden und Anlagen soll dies immer mitgedacht
195 werden. Außerdem wollen wir den barrierearmen Umbau der Städte und Viertel
196 vorantreiben und finanziell fördern.

197 Unsere Städte werden attraktiv durch ihre Freiräume: Für uns ist es essentiell,
198 dass wir diese auch für die Generationen nach uns erhalten. Das bedeutet, dass
199 wir als Städte Flächen definieren, die wir nicht verkaufen, sondern die als
200 Innovationsorte erhalten bleiben, mit permanenten Zwischennutzungen für neue
201 kulturelle und unternehmerische und soziale Projekte, damit wir als Städte auch
202 in Zukunft die Früchte unserer Experimentierflächen und damit unserer
203 Innovationsfähigkeit schaffen können. Wir wollen durch konzeptgebundene
204 Finanzierungen gezielt Baugruppen, Kollektivhäuser und Kulturprojekte fördern,
205 die sich dafür entscheiden, dauerhaft in einem Quartier zu leben und sich zu
206 engagieren. Das stärkt den Zusammenhalt vor Ort. Angesichts zunehmend
207 schwindender Freiräume für Künstler und Kreative wollen wir eine Atelier- und
208 Ladenprojektförderung auflegen, mit der ein Beitrag für vielfältige Quartiere
209 geleistet werden kann.

210 Die lebenswerte Stadt braucht mehr Grün

211 Wir alle haben es in diesem Jahr erlebt: Wenn es in den Nächten heiß bleibt und
212 viele von uns schlechter schlafen, dann sorgt das nicht nur für unkonzentrierte
213 Kinder in der Schule und schlechtere Laune am nächsten Tag im Job. Vor allem für
214 viele ältere und kranke Menschen stellen derart hohe Temperaturen auch ein
215 erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Unser Energieverbrauch durch
216 Klimaanlage steigt und die Bäume verlieren teilweise schon im Sommer ihr Laub.

217 Unsere Städte heizen sich als Folge des Klimawandels und jahrzehntelanger
218 Betonpolitik immer stärker auf. Das Mikroklima in den Städten wird zu einem
219 erheblichen Problem für ein gutes Leben in der Großstadt. Diesem Effekt wollen
220 wir entgegenwirken, damit die Gesundheitsrisiken durch Wärme in der Stadt nicht
221 weiter stiegen: Alle zukünftigen Stadtentwicklungs- und Bauprojekte in der Stadt
222 müssen diesem Effekt berücksichtigen und entgegenwirken: Wir setzen uns für
223 klimaintelligenten Stadtbau ein, mit mehr Frischluftschneisen und mehr
224 Verdunstungsflächen in unseren Städten.

225 Wir wollen grüne Oasen in der Stadt erhalten, neue schaffen, und vor allem auch
226 ein gesundes Gleichgewicht herstellen zwischen dem notwendigen Schaffen von
227 neuem Wohnraum durch Nachverdichtung und einer lebenswerten, erholsamen
228 Stadtnatur. Uns ist es wichtig, die Balance zwischen zusätzlicher Bebauung und
229 städtischem Grün zu halten. Unser Ziel ist es, vor allem zusammenhängende
230 größere Grünflächen zu erhalten oder neu zu erschließen. Neue städtische Parks
231 und eine konsequente Begrünung, die mehr ist als ein paar kleine Bäume auf einer
232 Betonfläche sind notwendig um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Zur
233 Umsetzung wollen wir ein Förderprogramm für ökologischen Stadtumbau und

234 Freiflächenentwicklung auflegen, mit dem sowohl Konzepte als auch konkrete
235 Stadtentwicklungsmaßnahmen gefördert werden.

236 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Ausbau und die bessere Förderung von Fassaden-
237 und Dachbegrünungen in den Städten. Es braucht endlich wieder die Möglichkeit
238 für die Kommunen wirksame Baumschutzsatzungen zu erlassen, um zu verhindern,
239 dass privater Kahlschlag zur Verödung und Überhitzung unserer Städte beiträgt.

240 Eine grünere Stadt muss auch über ihre Ernährung nachdenken. Zahlreiche
241 Beispiele zeigen, dass Lebensmittel auch aus den Großstädten heraus möglich ist.
242 Projekte wie Urban Gardening und Urban Farming wollen wir als GRÜNE sowohl
243 hinsichtlich der Flächenbereitstellung als auch des persönlichen Engagements
244 besser unterstützen und fördern.

245 Die Stadt von morgen fährt besser ohne Auto nachhaltige Mobilität für eine
246 lebenswerte Stadt

247 Die immensen Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind schon heute im
248 alltäglichen Verkehr zu beobachten. Die steigende Einwohnerzahl führt auch zu
249 mehr Staus in den Stoßzeiten und erheblichen Parkplatzproblem in einzelnen
250 Stadtteilen. Bleibt der Anteil des Autoverkehrs konstant, droht das
251 Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren den Verteilungskampf um den nicht
252 erweiterbaren öffentlichen Raum anzuhetzen und das Verkehrsnetz zu überlasten.
253 Auch die verkehrliche Lärmbelastung und die Gefährdung unserer Gesundheit durch
254 Feinstaub drohen zu steigen. Wir müssen deshalb den Anteil des Autoverkehrs
255 deutlich senken, um nicht zukünftig im dauernden Verkehrsinfarkt zu leben.

256 Wollen wir die Lebensqualität unserer Großstädte erhalten und verbessern, müssen
257 wir bei der Mobilität konsequent umsteuern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen
258 konsequent auf die ökologische Mobilität mit Fuß und Rad, Bussen und Bahn. Wir
259 wollen ein friedliches Miteinander auf der Straße erreichen, mit echter
260 Gleichberechtigung von Fußgänger*innen, Rad, Auto und Logistikverkehr.
261 Insbesondere den Wirtschaftsverkehr wollen wir intelligenter und kleinteiliger
262 nach Amsterdamer Vorbild durch die Städte steuern, denn das veränderte
263 Konsumverhalten von uns allen führt auch dazu, dass wir intelligentere und
264 innovative Lösung für die tägliche Paketflut an alle Haushalte brauchen. Wir
265 wollen, dass der Verkehr in den Städten sicherer wird: Wir verfolgen als
266 Leitziel der Verkehrsplanung, dass es keine Unfälle mit Todesfolge mehr in der
267 Stadt gibt (Vision Zero). Dafür brauchen wir intelligente Verkehrskonzepte, die
268 Sicherheit und Gesundheit einen Vorrang vor Schnelligkeit einräumen. Wir wollen
269 gemeinsam mit den Arbeitgeber*innen neue Konzepte entwickeln, die das
270 Pendelaufkommen in den Großstädten reduziert – zum Beispiel durch mehr Home
271 Office, mehr Gleizeit und arbeitsnahe Wohnungen, Schulen und Kitas für
272 Beschäftigte. Neue städtische Quartiere sollen möglichst autofrei vorrangig an
273 ÖPNV-Knotenpunkten und in einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Handel
274 entstehen. Bei der Investitionsförderung in Verkehrsinfrastruktur soll die
275 Vernetzung von Rad und ÖPNV (Multimodalität) vorrangig gefördert werden.

276 Stehende Autos nehmen in der Stadt viel Platz in Anspruch. Wir GRÜNEN haben uns
277 deshalb viele Jahre dafür eingesetzt, dass die sächsische Bauordnung novelliert
278 wird und damit Gemeinden in die Lage versetzt werden zu regeln, wie, wo und in
279 welcher Anzahl Auto- oder Fahrradstellplätze zu schaffen sind. Damit waren wir
280 erfolgreich, diese kommunale Eigenständigkeit bei der Stellplatzordnung ist seit
281 diesem Jahr möglich. Wir wollen den nächsten Schritt gehen und die rechtssichere

282 Grundlage für die Ausweitung von CarSharing Möglichkeiten im öffentlichen Raum
283 schaffen, um den Anreiz für den Besitz eines eigenen Autos in der Großstadt zu
284 reduzieren.

285 Mit Bus und Bahn für bessere Mobilität für alle

286 Wer in Großstädten wirksam den Autoverkehr reduzieren will, muss konsequent den
287 ÖPNV stärken – nur dieser ist in der Lage ökologisch und soziale den Verkehr der
288 Zukunft zum größtmöglichen Nutzen aller abzuwickeln. Dazu muss der ÖPNV in den
289 Großstädten noch attraktiver werden, als er jetzt schon ist. Eine ausreichende
290 Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Taktfrequenz, Haltestellendichte,
291 Verkehrsknotenausbau, Umlandvernetzung und Tarifgestaltung müssen so organisiert
292 werden, dass das Umsteigen auf den ÖPNV ein Angebot ist, das man nicht ablehnen
293 kann. Dies gelingt nur, wenn die Staatsregierung die Regionalisierungsmittel des
294 Bundes konsequent an die Zweckverbände, die für die Bestellung von Bus und Bahn
295 zuständig sind, weiterleitet und mehr Geld für den Personennahverkehr zur
296 Verfügung stellt.

297 Fahrrad fahren aber sicher

298 Auch in Sachsen steigen immer mehr Menschen aufs Rad und bestimmen zunehmend das
299 Stadtbild. Allein der dafür nötige Platz, die dafür nötige sichere Infrastruktur
300 steht aktuell noch nicht ausreichend zur Verfügung – das wollen wir GRÜNE
301 ändern. Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes
302 anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und leistet
303 einen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und
304 Lebensqualität.

305 Eine sichere Radverkehrsinfrastruktur, die Entwicklung eines durchgängigen
306 Radverkehrsnetzes mit Hauptverbindungen und Nebenrouten, die flächenhafte
307 Öffnung von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, die Schaffung diebstahlsicherer
308 ebenerdiger Fahrradabstellmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet sowie eine
309 breite Imagekampagne zur Schaffung von Radkultur, gegenseitiger Rücksichtnahme
310 und Verständnis sind längst überfällige Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs.
311 Um nicht nur innerhalb der Städte zügig und sicher voranzukommen, müssen
312 zukünftig auch Fahrradschnellstraßen geplant werden, um für nachgefragte
313 Pendlerbeziehungen wie z.B. zwischen Leipzig und Halle auch Radfahrenden ein
314 attraktives Angebot zu bieten.

315 Wir wollen eine bessere Vernetzung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern.
316 Ein Schlüsselement sind Fahrradparkhäuser an wichtigen Umsteigepunkten wie
317 Bahnhöfen, die über das reine Abstellen hinaus weitere Dienstleistungen wie
318 Reparaturen und Fahrradverleih anbieten.

319 Der Freistaat muss die Städte bei der Planung des Radverkehrs besser
320 unterstützen. Dazu braucht es endlich ein eigenes Referat Radverkehr im
321 Verkehrsministerium, das die Kommunen bei der Beantragung und Planung von
322 Radwegen unbürokratisch unterstützt und berät. Über die bloße Förderung von
323 Radwegen hinaus soll die Umsetzung integrierter Konzepte in den Großstädten
324 finanziert werden, um z.B. den Ausbau von Radnetzen, Fahrradquartiere,
325 separierte Fahrradwege oder Vorrangschaltungen für Radfahrer zu realisieren.

326 Jeder Weg beginnt zu Fuß

327 Die meisten Wege in den Städten werden zu Fuß zurückgelegt. Daran muss sich auch
328 die Verkehrsplanung orientieren. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer
329 werden. Wir wollen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen
330 Wartezeiten und langen Grünphasen. Barrieren und Hindernisse, die
331 Fußgänger*innen zu Umwegen zwingen, sollen verschwinden oder durchlässig gemacht
332 werden. Mit gesicherten Überwegen in kurzen Abständen, mit Zebrastreifen,
333 Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen werden wir alle künftig leicht und sicher
334 über die Fahrbahnen kommen. Ein engmaschiges barrierefreies Gehwegenetz soll
335 Menschen zu Fuß und auch allen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,
336 zugutekommen.

337 Plätze und Gehwege sind soziale Räume für Begegnung und Aufenthalt. Radwege
338 wollen wir deshalb von den Bürgersteigen auf die Fahrbahn bzw. separierte
339 Radwege (protected bikelanes) verlagern und das Parken von Autos auf
340 Gehwegflächen Zug um Zug reduzieren. Stattdessen soll dort durch mehr
341 Sitzgelegenheiten und Grün die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Der marode
342 Zustand vieler Gehwege und eine oft unzureichende Beleuchtung führen zu
343 Unsicherheiten. Neben der notwendigen Gehwegsanierung soll die Umstellung der
344 Lampen auf LEDs dazu genutzt werden, die Straßenbeleuchtung besser auf die
345 Belange der Fußgänger*innen auszurichten.

346 Nur eine gesunde Stadt kann lebenswert sein

347 Wer in der Stadt wohnt, ist mitunter teilweise deutlich stärkeren
348 Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt als auf dem Land: Lärmbelastung und
349 Feinstaubspitzen an viel befahrenen Straßen, die hohe Unfallgefahr an
350 innerstädtischen Kreuzungen, höhere Stresslevel und Angst durch hohe
351 Mietbelastungen: Stadtleben ist der Gesundheit nicht immer zuträglich. Deswegen
352 wollen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass man als Mensch in der Stadt
353 in Zukunft deutlich gesünder alt werden kann.

354 Darüber hinaus braucht es aber auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung
355 in den Städten.

356 Die medizinische Versorgung in der Stadt ist teilweise sehr ungleich verteilt.
357 Viele ärztliche Praxen konzentrieren sich in bessergestellten Vierteln. Wir
358 wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung ausloten, wie wir die
359 Verteilung von Praxen in den verschiedenen Stadtvierteln deutlich gerechter
360 gestalten können und wir eine – auch vom Umland genutzte – optimale ärztliche
361 Versorgung in den Großstädten gewährleistet werden kann.

362

363 Aber Gesundheit ist keine rein ärztliche Aufgabe. Viele Akteur*innen sind hier
364 auf kommunaler Ebene aktiv. Uns ist es wichtig diese in Rahmen von kommunalen
365 Gesundheitsplänen zu unterstützen und miteinander zu vernetzen. Wir sehen die
366 Gesundheitsämter als Ansprechpartner*innen für das kommunale
367 Gesundheitsmanagement. Zusammen mit ihnen wollen wir an Plänen für gesunde
368 Kommunen arbeiten.

369 Wir bekennen uns klar zu den Krankenhäusern in kommunaler Hand als wichtiger
370 Baustein der örtlichen Gesundheitsversorgung. Wir werden uns auf Landesebene
371 dafür einsetzen, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die
372 kommunalen Krankenhäuser verbessert werden.

373 Eine kluge Stadt braucht alle Talente

374 Der Kinderanteil in allen drei Großstädten wächst, doch schon jetzt zeigen sich
375 deutliche Unterschiede im bedarfsgerechten Ausbau von Bildungsangeboten. GRÜNE
376 Ideen für Bildungsangebote gehen aber über die Quantität hinaus, schon jetzt
377 zeigt sich an den Bildungsübergängen, wie unterschiedlich die jeweiligen
378 Stadtteile aufgestellt sind. Darüber hinaus müssen wachsende Städte einen neuen
379 Fokus auf Angebote des lebenslangen Lernens und inklusive Bildung legen. Wir
380 wollen ein Kulturangebot, das auch finanziell den verschiedenen Erwartungen in
381 einer vielfältigen Stadtgesellschaft entspricht und ausgebaut wird.

382 Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule

383 Die steigenden Geburtenraten und der Zuzug von jungen Familien führen dazu, dass
384 viele Eltern es schwer haben, einen geeigneten Kita-Platz zu finden. Auch fünf
385 Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz fehlt
386 es an Einrichtungen und Erzieher*innen. Die wachsenden Städte wurden nicht nur
387 hier jahrelang von der sächsischen Staatsregierung nur unzureichend bei der
388 Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzten
389 sich für eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen ein und einer höheren
390 Entlohnung. Die wachsenden Kommunen müssen bei der Finanzierung von Kita-Plätzen
391 entlastet werden: ein flexibler, bedarfsgerechter und dynamisierter
392 Landeszuschuss unterstützt die Kommunen und entlastet die Eltern. Wir setzen uns
393 ferner für ein Kita-Qualitätsgesetz auf Bundesebene ein. Bei dem nach wie vor
394 erheblichen Investitionsbedarf bei Neubau und Sanierung von Kitas werden die
395 Kommunen immer noch zu wenig unterstützt, so dass sie z.T. auf langfristig
396 teurere Mietmodelle zurückgreifen. Um Kitas in kommunalem Eigentum realisieren
397 zu können, wollen wir die Kommunen mit einem bedarfsgerechten
398 Investitionsprogramm unterstützen. Die zunehmende Segregation in den Großstädten
399 ist bereits in den frühen Jahren spürbar. Kitas in sozial benachteiligten
400 Quartieren werden allein gelassen, wenn es darum geht, den Herausforderungen mit
401 individueller Förderung von Sprache und sozialen Kompetenzen zu begegnen. Wir
402 streiten für eine bessere Personalausstattung und zusätzliche Budgets für Kitas
403 in Stadtteilen, in denen besonders viele Einkommensschwache und wenig
404 bildungsnahe Eltern leben.

405 Um dem wachsenden Bedarf nach Schulen in den Großstädten nachzukommen streiten
406 wir für ein Sofort-Programm Schule, das die Kommunen finanziell und strukturell
407 bei der Umsetzung der Schulnetzplanung unterstützt. Wir wollen die Chance, die
408 sich aus der Notwendigkeit von Schulneubauten ergibt, nutzen und pädagogisch
409 innovative Bauten realisieren, die der Idee vom Raum als dritten Pädagogen
410 gerecht werden. Dafür braucht es eine moderne sächsische Schulbauempfehlung,
411 deren Leitlinien verbindlich bei der Vergabe von Schulbaufördermitteln sind.

412 Schon jetzt sind die Bildungschancen in den Großstädten höchst unterschiedlich
413 verteilt. Während in dem einen Viertel 80% der Grundschüler eine
414 Bildungsempfehlung für das Gymnasium bekommen, bekommt in anderen Stadtteilen
415 nicht einmal jeder zehnte die Chance. Welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt,
416 darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil seine Eltern wohnen. Dazu müssen
417 wir gezielt Schulen in benachteiligten Lagen unterstützen. Nicht nur der
418 ländliche Raum, sondern auch Schulen in sozialen Problemlagen der Großstädte
419 haben mit dem Lehrermangel zu kämpfen. Wir wollen, dass Schulen mit Kindern aus
420 benachteiligten Lebenslagen besonders gefördert werden, um die besten Lehrkräfte
421 zu bekommen und zusätzliche Förderung umzusetzen.

422 Die wachsende Zahl von Studierenden in Sachsen stellt die Großstädte auch vor
423 Herausforderungen. Wir wollen daher die Studentenwerke unterstützen und mehr
424 Geld für studentisches Wohnen bereitstellen. In Städten wo der Wohnraum knapp
425 wird, werden bezahlbare Wohnheime immer attraktiver, doch seit Jahren werden die
426 Studentenwerke nicht ausreichend finanziert. Wir wollen, dass bei den
427 Studierendenwohnheimen der bestehende Sanierungsstau aufgelöst und neue
428 Wohnheime mit innovativen Konzepten geschaffen werden. Damit kann der Freistaat
429 einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt
430 entgegenzuwirken. Damit Studierende und Absolvent*innen ihr Potential in der
431 Region entfalten wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen neue Wege finden,
432 damit ein Ankommen auch im sächsischen Arbeitsmarkt möglich ist: Ob innovative
433 Start-ups, Selbstständige oder Freiberufler, wir brauchen in Sachsen einen neuen
434 Gründergedanken, der dieses Innovationspotential fördert und unterstützt. Ob
435 Mikrokredite oder Beratungsangebote, wir wollen, dass diese Menschen sich in
436 Sachsen verwirklichen können. Auch Jobmessen und eine integrierte, regionale
437 Arbeitsmarktberatung an den Hochschulen kann dazu führen, dass die
438 Absolvent*innen in der Region bleiben.

439 Regionale Bildungslandschaften stärken

440 Kinder wachsen in ihrem Stadtteil auf. Im Laufe der Zeit wird ihr
441 Bewegungsradius immer größer. Dem Bedürfnis nach regionaler Verortung und
442 Vernetzung wollen wir durch die Gestaltung von kommunaler Bildungslandschaften
443 Rechnung tragen. Regionale Bildungslandschaft bestehen aus einem verzahnten
444 System von klassischen Bildungsangeboten, Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen,
445 kulturellen Einrichtungen, Gemeinden, Angeboten der Offenen Kinder- und
446 Jugendarbeit und der Jugendhilfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in den
447 Quartieren eine bessere Verzahnung der Bildungseinrichtungen, verantwortliche
448 Bildungsübergänge, Bildungsinstitutionen die in den Stadtteil wirken und sich
449 öffnen – nicht nur institutionell sondern auch architektonisch.

450 Kultur braucht Freiräume

451 Ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der sächsischen Großstädte ist die
452 reichhaltige Kulturszene. Doch die Freiräume, in denen sich insbesondere die
453 freie Szene entwickeln konnte, ist zunehmend bedroht. Zahlreiche Theater,
454 Galerien, Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen
455 mehr Profit bringen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur erhalten. Dazu gehört
456 für uns auch die Vielfalt der kulturellen Orte. Wir setzen uns dafür ein, solche
457 Flächen städtebaulich zu sichern, in öffentlicher Hand zu halten oder neu
458 anzukaufen, um sie für Kulturschaffende zu erhalten. Dabei sollte die Vergabe in
459 Erbbaupacht gestärkt und vermehrt Genossenschaftsmodelle ermöglicht
460 werden. Anders als die großen Theater erhalten Gruppen der Freien Szene bisher
461 keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume auszubauen oder zu sanieren. Statt
462 Leerstand zu verwalten, sollen öffentliche und private Flächen und Räume zur
463 Zwischennutzung für Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns
464 für eine Zwischennutzungsagentur oder andere geeignete Modelle einsetzen, die
465 Künstler*innen Räume zeitlich begrenzt vermittelt.

466 Soziokultur und migrantische Kultur unterstützen

467 Der Zuzug von jungen Menschen und steigende Geburtenraten bringen nicht nur
468 einen
469 steigenden Bedarf von Bildungsangeboten mit sich, sondern auch mehr Nachfrage

470 nach
471 soziokulturellen Angeboten. Diese wollen wir stärker unterstützen. Besser als
472 bisher muss es dabei gelingen, kultur- und bildungsferne Klientel anzusprechen.
473 Angesichts des stark wachsenden Anteils von Bürger*innen mit
474 Migrationsgeschichte wollen wir außerdem neue Ansätze für vielfaltsorientierte
475 Kulturarbeit fördern. Sachsen ist Einwanderungsland, aber im Vergleich zu
476 anderen Großstädten ist migrantische und postmigrantische Kultur bisher kaum im
477 Fokus der Kulturförderung.

478 Bewahrung von Kulturgut und Stadtgeschichte

479 Unsere Städte sind reich an historischen Kulturgütern: Diese reiche Geschichte
480 wollen wir nachhaltig bewahren für eine Zukunft, in der sich ein verschärfendes
481 Klima insbesondere mit Feuchtigkeitsschäden die geschützte Bausubstanz vor neue
482 Herausforderungen stellt. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für eine
483 bessere Förderung des Denkmalschutzes, auch für Privatpersonen ein.

484 Eine lebenswerte Stadt braucht gute Arbeit

485 Die Großstädte beherbergen eine umfassende Arbeitswelt mit vielen Betrieben und
486 Dienstleistungsunternehmen, mit Behörden, Wissenschaftsstandorten und sozialen
487 Einrichtungen. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten
488 gesunken und es waren immer wieder größere Neuansiedlungen zu verzeichnen.
489 Dennoch brauchen wir ein neues Herangehen an Wirtschaft und Arbeit in den
490 Großstädten. Wir müssen weg von der Fokussierung auf Großansiedlungen und müssen
491 die Innovationskraft von kleinen und mittelständischen Betrieben, von
492 Gründer*innen, von Menschen, die progressive Ideen haben, stärken. Durch eine
493 gezielte Vergabe von Geldern im Rahmen von öffentlichen Aufträgen sollen diese
494 in der Region bleiben und so auch das Umland und Mittelzentren stärken – die
495 entsprechenden Rahmenbedingungen wollen wir durch ein modernes Vergabegesetz
496 erreichen.

497 Wir wollen eine wachsende Stadt, in der gute Arbeitsplätze in den Quartieren
498 entstehen und so ökologische und soziale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden
499 und sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt und nicht umgekehrt anpasst, durch
500 kurze Wege, eine gute lokale Verankerung und eine stärkere Kooperation zwischen
501 Industrie und Wissenschaft. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die
502 Kooperation der Wirtschaft mit den örtlichen Wissenschaftseinrichtungen
503 verbessern, um unsere Städte zur wirklichen Innovationszentren zu machen.
504 Insbesondere die Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte,
505 Auszubildenden und Absolventen sollen stärker genutzt werden.

506 Gründungskultur ist eine wichtige Impulsgeberin für unsere Städte. Wir wollen
507 den Gründer*innen nicht reinreden, sondern gute Rahmenbedingungen schaffen,
508 damit diese sich mit ihren Ideen verwirklichen können. Dafür werden wir günstige
509 Räume vorhalten und Co-working-Spaces als Orte fürs Netzwerken unterstützen. Der
510 Kontakt zu etablierten Unternehmen, Business Angels und Wagniskapitalgeber*innen
511 ist stärker fördern. Um Gründungen zu erleichtern und eine Kultur der
512 Selbständigkeit und Risikobereitschaft zu unterstützen, werden wir den
513 bürokratischen Aufwand reduzieren und die vorhandenen Beratungsstellen auch für
514 die Konzeptphase ausbauen. Mit einem Mentoringprogramm wollen wir insbesondere
515 Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Teilzeitgründungen unterstützen.
516 Wir setzen uns dafür ein, dass Talente nicht aus Finanzierungsgründen abwandern
517 und wollen die Förderung der besten Ideen.

518 Die Stadt der Zukunft – digital und vernetzt

519 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte zu Smart Cities werden. Dazu müssen
520 wir die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung stärker nutzen als bisher, um
521 den vielfältigen Anforderungen an moderne Kommunikation und Infrastruktur
522 genügen. Schlüssel dafür ist der flächendeckende Ausbau mit Breitbandnetzen der
523 nächsten Generation. Auf dieser Grundlage wollen wir die Umsetzung intelligenter
524 Verkehrssteuerungssysteme für den Personen- aber vor allem für den Lieferverkehr
525 unterstützen, die mehr Menschen und Waren pünktlich und bezahlbar an ihr Ziel
526 bringen, ohne dabei die Luft in gesundheitsschädlichem Ausmaß zu verschmutzen
527 und ohrenbetäubende Lärmpegel in der Innenstadt zu erzeugen. Zugleich wollen wir
528 die Leistungen der Daseinsvorsorge in den Städten, von der Stromerzeugung bis
529 zur Müllentsorgung stärker miteinander vernetzen.

530 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine stärkere Digitalisierung von
531 Verwaltungsprozessen erreichen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig die
532 Kommunikation der Unternehmen und der Bürger*innen mit der Verwaltung in der
533 Regel digital abgewickelt werden kann.

534 Damit eine stärkere Digitalisierung und Vernetzung gelingen kann, müssen die
535 Städte in Sachsen Vorreiter beim Thema Datenschutz und Datensicherheit werden.
536 Es braucht stärkere Anstrengungen und Investitionen in diesen Bereichen, das
537 gilt auch und gerade für die kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, wie
538 Stromerzeuger.

539 Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung

540 Um das Gemeinwesen in unseren Städten lebenswert gestalten zu können, braucht es
541 eine starke Verwaltung. Sie ist der Garant dafür, dass Anträge zügig bearbeitet
542 werden, Verkehrsplanungen nicht ins Stocken geraten und die Bürger*innen ihre
543 Ansprüche auch durchsetzen können.

544 Die Verwaltung in den Großstädten ist aufgrund einer jahrelangen verfehlten
545 Personalplanung in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe
546 Krankenstand in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen die Verwaltungen wieder
547 mit dem Personal ausstatten, dass sie brauchen, um ihre Aufgaben reibungslos zu
548 erfüllen. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver, leistungsfähiger
549 machen, damit die Kommunen im Kampf um die besten Köpfe eine Chance haben. Den
550 öffentlichen Dienst machen wir zu einem Modellprojekt für ein gutes
551 betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende Personalführung und -
552 entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für konsequente Gleichstellung und
553 werden daher noch stärker Anstrengungen unternehmen, um den Frauenanteil in
554 Spitzenpositionen der Verwaltung zu erhöhen. Wir wollen unsere Verwaltungen
555 mehrsprachig machen, davon profitieren die Mitarbeiter*innen ebenso wie die
556 Bürger*innen der Städte.

557 Einstellungsverfahren in den öffentlichen Dienst sollen vereinfacht werden, um
558 die Einstellung neuen Personals zu beschleunigen. Wir setzen uns für
559 Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer
560 Musterzustimmung durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr
561 benötigen.

562 Selbstbestimmung in Freiheit und Sicherheit

563 Viele Menschen ziehen nicht nur wegen Arbeit oder Ausbildung in eine Stadt. Sie
564 kommen auch auf der Suche nach Selbstverwirklichung und Vielfalt, Freiheit und
565 dem Nebeneinander vieler verschiedener Lebensentwürfe. Wir möchten sichere
566 Städte. Dafür setzen wir auf eine ausreichende Personalausstattung der
567 öffentlichen Behörden. Was wir aber nicht brauchen, ist Geldverschwendung mit
568 reinen Symbolmaßnahmen wie Videokameras und hochgerüsteten Sicherheitsdiensten.
569 Wir wollen, dass der öffentliche Raum auch öffentlich bleibt. Polizist*innen
570 sollen im Stadtteil vor allem als Ansprechpartner*innen zu Fuß auftreten. Um
571 immer wieder auftretender Stigmatisierung entgegenzuwirken, setzen wir zudem auf
572 verpflichtende Fortbildungen der Bediensteten im Bereich Antirassismus und
573 Geschlechtersensibilität. Dem Streben nach der Privatisierung und nach der
574 stärkeren Überwachung des Öffentlichen Raums werden wir uns widersetzen. Deshalb
575 lehnen wir die Möglichkeiten zu verdachtsunabhängigen Personenkontrollen durch
576 die – im Übrigen für viele Kommunen stigmatisierende – Ausweisung sogenannte
577 gefährlicher Orte ebenso ab, wie die Ausweisung von Alkoholverbotzonen.

578 Die lebenswerte Stadt braucht Weltoffenheit und eine starke Stadtgesellschaft

579 Demokratie funktioniert nur dann richtig gut, wenn die Verwaltung verlässlich
580 und schnell arbeitet und der städtische Versorgungsauftrag erfüllt wird; sie
581 funktioniert, wenn es einen kritischen und starken Journalismus vor Ort gibt,
582 der Missstände aufdeckt und Bürger*innen eine starke Stimme gibt; sie
583 funktioniert besser, wenn Menschen ein gutes Einkommen haben und sich neben der
584 Arbeit auch gesellschaftlich engagieren und für ihre Stadt Verantwortung
585 übernehmen können. Wir wollen unsere Städte in all diesen Bereichen stabiler
586 aufstellen, hin zu einer selbstbewussten und gemeinwohlorientierten
587 Stadtgesellschaft, in der es selbstverständlich ist, sich für das Miteinander
588 und eine gute Zukunft einzusetzen. Wir fordern dementsprechend eine umfassende
589 Beteiligung der Bürger*innen an allen kommunalpolitischen Prozessen von
590 einzelnen Bauvorhaben bis zum Bürgerhaushalt.

591 Die Stadt der Zukunft ist eine noch internationalere Stadt als heute: Damit
592 Sachsens Großstädte zu Orten des Zusammentreffens, der Forschung und Bildung,
593 der internationalen Verständigung und Produktivität werden können, begreifen wir
594 Internationalität in all ihren Facetten als Selbstverständlichkeit und
595 Bereicherung. Wir brauchen eine Kultur der Weltoffenheit und eine gelebte
596 Willkommenskultur, nicht nur in den Behörden, sondern in der Stadtgesellschaft.
597 Nur so können unsere Städte sich den Herausforderungen der Zukunft stellen und
598 attraktiv für Menschen aus aller Welt sein, die hier leben und arbeiten wollen.
599 Für alle Neuankommenden bedeutet eine Stadt oft Orientierungslosigkeit. Mit dem
600 Willkommenszentrum im Leipzig haben wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine innovatives
601 Projekt realisiert. Das Nebeneinander von Behörden, Angeboten und Dienstleistung
602 kann hier gebündelt werden um das ankommen zu erleichtern. Ein Pilotprojekt
603 welches auch für andere Städte Vorbild sein kann.

KO3NEU Bedarfsorientierten Finanzausgleich für sächsische Kommunen und Landkreise auf den Weg bringen - Eigenverantwortung anerkennen und stärken

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1. Reformbedarf des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes

Das kommunale Finanzausgleichssystem stellt über seine Mittelverteilung eine entscheidende Finanzierungsquelle der sächsischen Kommunen dar. Daneben werden den Kommunen und Landkreisen finanzielle Mittel über eine Vielzahl von zweckgebundenen Förderprogrammen zur Verfügung gestellt. Diese entscheidenden Bausteine sind daran zu messen, ob so die Aufgabenerfüllung der sächsischen Kommunen gesichert und gleichzeitig ihre finanzielle Eigenverantwortung gewährleistet werden kann. Die Einschätzungen dazu gehen zwischen Landesregierung und kommunaler Familie auseinander. Dass Konflikte bei der Verteilung knapper, finanzieller Ressourcen aufkommen und Begehrlichkeiten auf beiden Seiten bestehen, ist im Grunde nicht verwunderlich. Die aktuelle Praxis des kommunalen Finanzausgleichs kombiniert mit Förderprogrammen ist allerdings nicht im Stande, solche Konflikte einigermaßen zu befrieden und das obwohl die Einnahmenseite konjunkturbedingt recht positiv aussieht.

Die aktuelle Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes weist deutliche Defizite auf:

- Intransparenz und veraltete Zahlen: Es wird auf veraltete Daten für die Ermittlung der Mittelverteilung zurückgegriffen, wodurch das System nur punktuell und sehr langsam auf veränderte Situationen reagiert. Dies wird durch den aktuellen FAG-Entwurf der Staatsregierung für die Jahre 2019 bis 2020 eindrucksvoll sichtbar. Die Datenbasis für die Berechnungen stellen die Jahre 2013 bis 2016 dar. Hinzu kommen der intransparente Umgang der Staatsregierung mit den verwendeten Daten sowie die intransparenten Absprachen unter Regierungsdominanz im FAG-Beirat.
- Eingriff in die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen: Jede Kommune hat klare Pflichtaufgaben und zusätzlich freiwillige, aber absolut sinnvolle Leistungen, welche sie erfüllen muss. Die zu diesen Aufgaben passende Mittelverwendung erfordert dezidierte, individuelle Entscheidungen der kommunalen Akteure vor Ort. Die aktuelle Kombination aus hohen zweckgebundenen Investitionsmitteln des FAG und den unzähligen Förderprogrammen lässt eine Entscheidung durch die Verantwortlichen vor Ort jedoch nur im marginalsten Maße zu. Prioritäten und investive Vorhaben werden nicht am individuellen Bedarf, sondern an den jeweils passenden Mitteln des FAG und bzw. oder den vorgeschriebenen Verwendungszwecken von Förderprogrammen ausgerichtet. Die aktuelle Konstruktion verschiebt die Bedarfsentscheidung hin zur Staatsregierung und verlagert sie damit weg von den regionalen, gewählten Volksvertretern.
- Keine Bedarfsorientierung, sondern starre Verteilungsregelungen: Seit Jahren beobachten wir nicht nur in Sachsen, dass immer noch Menschen aus dem ländlichen Raum abwandern. Auf der anderen Seite wachsen größere Städte und haben alle Folgeerscheinungen zu tragen. Aufgrund der im

42 Sächsischen Finanzausgleichsgesetz geregelten Mittelverteilung ist dies
43 besonders fatal für kleinere Gemeinden: Das Problem hierbei ist die
44 Ermittlung der Bedarfsmesszahlen und die hiermit verbundene
45 „Einwohnerveredelung“ nach Anlage 1 SächsFAG. Ob es gerechtfertigt ist,
46 dass für einen Bewohner einer kleinen Gemeinde (< 1500 Einwohner) nur fast
47 halb so viel Geld ausgeschüttet wird, wie für einen Bewohner einer Stadt
48 mit über 35.000 Einwohnern, kann bezweifelt werden. Eine sachgerechte
49 Datengrundlage für die Spreizung ist nicht festzustellen. Die
50 Einwohnerveredelung scheint willkürlich und anhand fiktiver Schätzungen
51 festgelegt zu sein.

52 Es ist deshalb unverständlich, dass der sächsische Finanzminister Dr. Matthias
53 Haß (CDU) Anfang April 2018 klargestellt hat, dass es keine Veränderungen am
54 bestehenden Finanzausgleichssystem geben wird.

55 Bestehende Ausgleichsregeln werden lediglich weitergeführt und im Rahmen dieser
56 bestehenden Regeln werden Anpassungen vorgenommen. Das Problem sieht er in einer
57 Diskrepanz zwischen der guten Finanzlage und der Stimmung in den Kommunen, die
58 mit vorgegriffenen Wunschlisten aufwarten würden. Auch 28 Jahre nach der
59 politischen Wende will die Regierung offenbar die Kommunen weiterhin „am
60 goldenen Zügel“ führen und verweigert ihnen ein „mehr“ an finanzieller
61 Eigenverantwortung. Darin zeigt sich indessen eine altbekannte Überheblichkeit,
62 denn nach Art. 82 Abs. 2 der Sächsischen Verfassung ist den Gemeinden das Recht
63 gewährleistet, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener
64 Verantwortung zu regeln. Mangelnde Transparenz und unzureichende Kommunikation
65 politischer Entscheidungen der Staatsregierung mit den Kommunen leisten ihren
66 übrigen Beitrag zur Unzufriedenheit im Land.

67 2. Unsere Lösungsansätze für ein zeitgemäßes Finanzausgleichssystem

68 Mit deutlichen Schritten zur großen Reform!

69 Eine Reform des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes ist notwendig. Einige
70 Verteilungsmechanismen müssen den aktuellen Herausforderungen und
71 Zielvorstellungen angepasst werden. Die grundlegenden Prinzipien der
72 gleichmäßigen Einnahmenentwicklung in vertikaler und horizontaler Perspektive
73 müssen um eine Kostenbetrachtung der Aufgaben ergänzt werden.

74 Eine Totalrevision des SächsFAG birgt aufgrund der Komplexität der verschiedenen
75 Mechanismen, ihrer Wechselwirkungen untereinander und der daraus resultierenden,
76 schwer kalkulierbaren Verteilungseffekte ein gewisses Risiko. Daher wollen wir
77 uns in klaren, überschaubaren Modernisierungsschritten dem eigentlichen Ziel
78 nähern: Die Selbstverwaltungshoheit und finanzielle Eigenverantwortung der
79 sächsischen Kommunen erhöhen und den Übergang zu einem bedarfsorientierten
80 Finanzausgleichsgesetz vollziehen.

81 Finanzielle Mittelverteilung klar an Bedarfen orientieren und mehr Verantwortung
82 vor Ort belassen!

83 Angesichts des politischen Ziels, den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten
84 und seiner weiteren Entvölkerung entgegen zu wirken, müssen die starre Spreizung
85 bei der Einwohnerveredelung verringert und sinnvolle Alternativen zu den
86 bisherigen Gemeindegößenklassen gefunden werden. Die Zuweisungspauschalen
87 unterschiedlich großer Gemeinden müssen sich am tatsächlichen Zuschussbedarf

88 orientieren. Die derzeitige Verteilungsregelung gehört dringend auf den
89 Prüfstand, um eine bedarfsorientierte Mittelverteilung zu gewährleisten, auch
90 wenn dies gegebenenfalls zu einer Erhöhung der Ausgleichsmasse führen muss. In
91 eine neue Regelung soll die Sicherstellung einer Mindestfinanzkraft der Kommunen
92 integriert werden. Damit wollen wir gewährleisten, dass neben der Erfüllung der
93 Pflichtaufgaben für alle Kommunen auch die Erbringung freiwilliger Aufgaben
94 möglich bleibt. Das SächsFAG kann imstande sein, auf veränderte Bedarfe durch
95 Wachstum und Schrumpfung gleichermaßen zu reagieren, aber nur wenn es
96 modernisiert und reformiert wird.

97 Zur Stärkung der lokalen und regionalen Entscheidungskompetenzen sollen die
98 Kommunen selbst entscheiden, worin sie investieren. Dazu sollten Mittel, die
99 bisher über spezielle Förderprogramme finanziert werden in das FAG überführt
100 werden. Zusätzlich sollte das FAG in der Lage sein, Mittel so einzusetzen, dass
101 Anreize zur Entwicklung von nachhaltigen, zukunftsorientierten Investitionen und
102 freiwillige kommunale Aufgaben ermöglicht werden, ohne dass kleinteilige
103 Vorschriften die Richtung kommunaler Innovationen vorschreiben. Die grundlegende
104 Prioritätensetzung, welche Maßnahmen vorrangig zu finanzieren sind, bleibt so
105 vor Ort bei den Stadt-, Gemeinde- und Kreisräten. Ein höherer Anteil
106 ungebundener Finanzmittel würde zudem Konflikte mit der doppelten
107 Haushaltsführung vermeiden und Haushaltsbuchungen sowie -abschlüsse
108 vereinfachen.

109 Sozialer Nebenansatz zum Ausgleich von sozialen und demografischen Disparitäten!

110 Die Sozialkosten, wie bspw. Nettokosten für Unterkunft und Asyl, ALG II sowie
111 Jugend- und Sozialhilfe, sind in den Kommunen sehr unterschiedlich verteilt. Ein
112 sozialer Nebenansatz kann diese ungleiche Lastenverteilung austarieren.
113 Besonders die kommunalen Ausgaben im Rahmen des SGB-II werden als geeigneter
114 Indikator für solch einen Verteilungsmechanismus erachtet. Dieser Ausgabenposten
115 ist nicht nur der größte Posten an Sozialausgaben in den Kommunen. Die Ausgaben
116 für Leistungen nach dem SGB-II geben zudem eine Tendenz über weiter anfallende
117 soziale Folgekosten an.

118 Ein sozialer Nebenansatz muss unterschiedliche demografische Bedingungen
119 berücksichtigen und den Bedarf sowohl schrumpfender als auch wachsender Städte
120 und Regionen abbilden. Dabei wollen wir auch Anreizkomponenten integrieren,
121 damit Kommunen proaktiv einer Verfestigung sozialer Hilfsbedürftigkeit
122 entgegenwirken bzw. Strukturen der Daseinsvorsorge einer schrumpfenden
123 Bevölkerung anpassen, also Gestalten statt Verwalten!

124 Nebenansatz für Kita-Betreuung schaffen!

125 Ein Kita-Betreuungsansatz inklusive eines Finanzierungsanteils für Investitionen
126 verteilt Gelder zum Zweck der frühkindlichen Bildung anhand der vorhandenen
127 Kinderbetreuungsplätze der öffentlichen und freien Träger und wäre eine
128 sinnvolle Ergänzung des aktuellen Schüleransatzes. Der jetzt noch außerhalb des
129 SächsFAG verteilte Landeszuschuss nach § 18 SächsKitaG von aktuell 600 Millionen
130 Euro im Jahr 2018 soll hier einfließen. Administrativ aufwendige Programme
131 können entfallen und unbürokratisch über diesen Nebenansatz ausgereicht werden.
132 Der Nebenansatz muss so gestaltet werden, dass die aufwendige
133 Fremdkinderabrechnung der Kommunen untereinander entfallen kann, welche aktuell
134 notwendig ist, wenn Wohnsitz und in Anspruch genommener Betreuungsplatz in
135 unterschiedlichen Gemeinden liegen. Desweiteren muss die Möglichkeit für

136 Sonderinvestitionszuschüsse, z.B. aufgrund stark steigender Geburten- oder
137 Zuzugszahlen erhalten bleiben. Hierdurch wird dem eigentlichen Zweck von
138 Förderprogrammen als temporäre finanzielle Maßnahme entsprochen.

139 Ökologischer Lastenausgleich und flächeninduzierte Anreizstrukturen!

140 Naturschutz ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Bisher gibt es keine
141 sinnvollen Anreizstrukturen für kommunale Naturschutzpolitik. Die Verwaltung von
142 Schutzflächen (bspw. Natur- und Landschaftsschutzflächen), die hiermit für eine
143 Gemeinde bzw. einen Landkreis verbundenen Kosten sowie die verminderte
144 wirtschaftliche Nutzungsfähigkeit solcher Flächen werden an keiner Stelle im FAG
145 berücksichtigt. Empfehlenswert ist z.B. ein Ausgleich für einen
146 überdurchschnittlich hohen Anteil an Schutzflächen im Gebiet einer Gemeinde oder
147 eines Landkreises. Den Lastenausgleich erhält dann der Träger der Aufgaben und
148 Lasten. Der überdurchschnittliche Flächenanteil wird mit einer Pauschale pro
149 Flächeneinheit vergütet, die nach der Art der Schutzfläche abgestuft
150 ausgestaltet ist. Als Effekt hätten Kommunen ein Interesse daran, Schutzflächen
151 auszuweisen. Zumindest jedoch würde dieser Lastenausgleich dem Naturschutz
152 entgegenstehende Interessen ein Stück weit befrieden. Denkbar wäre diesen
153 Ausgleich als Sonderlastenausgleich, ähnlich dem Ausgleich für Straßenbaulasten,
154 einzuführen.

155 Bedarfsfaktoren erkennen und evaluieren!

156 Eine Reform des Finanzausgleichssystems muss den sehr unterschiedlichen
157 Gegebenheiten und Entwicklungen der Kommunen im Land gerecht werden, ohne eine
158 zentralistische Über- oder Fehlsteuerung zu bewirken. Anhand geeigneter
159 Indikatoren sollen unterschiedliche Zuschussbedarfe der Kommunen benannt werden.
160 Auf Grundlage vergleichbarer Zahlen und transparenter Daten sind entsprechend
161 bedarfsorientierte Verteilungsmechanismen so zu konstruieren und regelmäßig zu
162 evaluieren, dass Extreme vermieden werden. Eine Reform muss sich an zentralen
163 Staats- und Verfassungszielen und an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts
164 orientieren. „Frieden“, „Gerechtigkeit“, die „Bewahrung der Schöpfung“, die
165 Stärkung des Selbstverwaltungsrechts und der finanziellen Eigenverantwortung der
166 sächsischen Kommunen werden maßgebende Projektionsflächen eines modernen
167 Finanzausgleichssystems sein.

168 Partizipativen Prozess beginnen!

169 Die Größe dieser Herausforderung darf uns nicht abschrecken, das SächsFAG zu
170 reformieren und die Verteilungsmechanismen insgesamt zu verbessern. Eine
171 bedarfsorientierte Reform ist keine einfache Angelegenheit und lässt sich nicht
172 allein technokratisch von außen lösen. Vielmehr braucht es einen im geeigneten
173 Rahmen stattfindenden diskursiven Erörterungsprozess, der den Kommunen die
174 Chance gewährt, ihre Bedarfsforderungen zu artikulieren, der auch die
175 Erwartungen an die Aufgabenerfüllung durch das Land und dessen finanzielle
176 Möglichkeiten berücksichtigt. Diese gemeinsame Erarbeitung wäre das Zeichen
177 eines respektvollen Umgangs der Staatsregierung mit der kommunalen Familie. Im
178 Ergebnis ist es durchaus möglich, dass sich die Finanzmasseaufteilung
179 verschiebt. Das SächsFAG muss den Entwicklungen unserer Zeit angepasst werden.
180 Diese Strategie von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen beendet das bisherige
181 Wegdiskutieren bekannter Probleme.

Begründung

Bedarfsorientierten Finanzausgleich für sächsische Kommunen und Landkreise auf den Weg bringen - Eigenverantwortung anerkennen und stärken

Politische Gestaltungsmöglichkeiten werden dort konkret erfahrbar, wo sie auf die Lebenswirklichkeit der Menschen treffen. Dem Handeln der Kommunen und Landkreise kommt daher eine hohe Bedeutung zu, sowohl was die Akzeptanz unseres politischen Systems betrifft als auch die Verbesserung der tatsächlichen Lebensumstände der Bürger*innen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen haben daher Hochachtung vor allen, die sich hier verantwortungsvoll einbringen und vor Ort unsere grundgesetzlichen Werte leben und damit einen Beitrag leisten, solidarisch, offen und sicher zusammenzuleben sowie unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Anstrengungen, gutes Leben für alle zu gestalten, finden unsere volle Unterstützung. Dazu gehört auch, die Städte, Gemeinden und Landkreise bedarfsorientiert finanziell auszustatten. Dieser Ausdruck der Wertschätzung der Leistungen der kommunalen Familie wird durch die derzeitigen Regelungen zum Finanzausgleich und der tatsächlichen Fördermittelpraxis durch die Landesregierung nur unzureichend umgesetzt. Es entsteht der Eindruck, dass zentrale politische Vorstellungen über die Steuerung der Finanzströme durchgesetzt werden sollen. Damit werden die kommunale Autonomie schleichend ausgehöhlt und den Verantwortlichen vor Ort Entscheidungsspielräume genommen. Dabei wissen diese am besten, an welchen Stellen Nachjustierungen und neue Schwerpunktsetzungen angezeigt sind. Die aktuellen Maßnahmen der Staatsregierung ändern dies grundsätzlich nicht, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und erzielen nur einen leicht durchschaubaren Placeboeffekt.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für die Anerkennung der Leistungen und Verantwortung unserer Städte, Gemeinden und Landkreise. Grundlage dafür ist eine finanzielle Ausstattung, die es erlaubt, pflichtige und freiwillige Aufgaben in Eigenverantwortung erfüllen zu können. Aufgrund der nur eingeschränkten kommunalen steuerlichen Erhebungskompetenz kommt dabei der Beteiligung der Gemeinden am allgemeinen Einnahmearkommen entscheidende Bedeutung zu. Dies ist eine originäre Aufgabe des Freistaates und geschieht über die Regelungen des kommunalen Finanzausgleiches, die Ausreichung von Fördermitteln und weitere Instrumente. Hier sind grundsätzliche Änderungen notwendig. Wenn Pflichtaufgaben, wie z.B. der Neubau bzw. die Sanierung von Schulgebäuden, nur mit Hilfe extra aufgelegter Fördermittelprogramme erfüllt werden können, ist dies ein Zeichen für eine ungenügende und nicht sachgerechte Finanzausstattung unserer Kommunen. Weiterhin sind die Anforderung und Probleme vor Ort inzwischen so vielschichtig und differenziert, dass ein kommunaler Finanzausgleich, der einen Schwerpunkt auf die reine Einwohnerzahl legt, nicht sachgerecht ist sowie Ungerechtigkeiten entstehen lässt und verstärkt.

Wir wollen daher mehr und mehr die tatsächlichen Bedarfe der kommunalen Familie in den Blick nehmen. Dabei wären wir keineswegs Vorreiter, sondern folgen nur den Schritten, die andere Bundesländer bereits mit Erfolg gegangen sind. Auch hier zeigt sich die nunmehr bereits Jahrzehnte andauernde Modernisierungsschwäche CDU-geführter sächsischer Regierungen. Wir wollen diesen Stillstand auch im Bereich der Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise endlich überwinden. Dabei gehören alle Instrumente, auch wenn sie in der Vergangenheit ihre Berechtigung hatten, auf den Prüfstand. Unser Ziel ist dabei klar: Die finanzielle Ausstattung der Kommunen und Landkreise muss die tatsächlichen Bedarfe widerspiegeln und so gestaltet sein, dass vor Ort über die konkrete Verwendung entschieden werden kann. Dazu ist es zum Einen notwendig, die ungebundenen Finanzzuweisungen zu erhöhen und kleinteilige, überspezialisierte Förderprogramme möglichst zurückzufahren. Nebenbei wird dabei noch Bürokratie abgebaut. Zum Anderen wollen wir uns endlich auf den Weg machen, den kommunalen Finanzausgleich an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten. Eine solche grundlegende Änderung ist nicht von heute auf morgen möglich. Sie muss alle Akteure mit einbeziehen. Beispiele insbesondere aus Hessen und Schleswig-Holstein (unter GRÜNER Regierungsbeteiligung) zeigen, dass eine Umstellung möglich ist, die den Bedürfnissen aller

Betroffenen - Groß-, Mittel- und Kleinstädte, Dörfer sowie Landkreise - Rechnung trägt. Jeder Weg beginnt jedoch mit den ersten Schritten. Und so wollen wir Umstände, die die Bedarfe der Städte, Gemeinden und Landkreise schon heute beeinflussen, bisher aber im kommunalen Finanzausgleich keine Rolle spielen, zunächst innerhalb des bestehenden Systems berücksichtigen.

Aktive Beiträge zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir durch die Einführung eines ökologischen Lastenausgleiches belohnen.

Den Herausforderungen des demographischen Wandels, der sich auch in Zu- und Wegzugsbewegungen ausdrückt, stellen wir uns mit einem sozialen Nebenansatz. Gleiches gilt für das Schultern der Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung.

Damit begeben wir uns auf den Weg, unsere Kommunen finanziell angemessen auszustatten, ihnen ihre verfassungsrechtlich garantierten Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugeben und damit die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie schon lange verdienen!

S1NEU Sachsen in Europa – eine Modellregion für Innovation und europäische Integration

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Sachsen in Europa

1 Vor 28 Jahren haben die Menschen in Sachsen ein neues, europäisches Kapitel
2 aufgeschlagen. Der Freistaat wurde im Zuge der deutschen Wiedervereinigung Teil
3 der Europäischen Gemeinschaften und späteren Europäischen Union. Seither
4 profitieren wir in besonderem Maße von der europäischen Solidarität. Mit
5 Strukturfonds und anderen Fördermitteln der Europäischen Union konnte viel in
6 Sachsen aufgebaut und entwickelt werden. In Mittel- und Osteuropa ist dieser
7 frühe Beitritt ein Privileg, das wir GRÜNE zu schätzen wissen.

8
9 Seit 2004 sind auch unsere direkten Nachbarländer Polen und Tschechien
10 Mitglieder der EU. Die Menschen in allen drei Ländern der Region haben seit dem
11 historischen Wegfall der Grenzkontrollen 2007 die Möglichkeit, ohne Schlagbäume
12 und mit der Sicherheit einheitlicher EU-Regeln grenzüberschreitend zu leben. Im
13 Nachbarland zu arbeiten, zu lernen oder einzukaufen ist für viele Menschen
14 Alltag geworden. Die Freiheit aller Unionsbürger*innen in einem Europa der
15 offenen Grenzen leben zu können, ist das Fundament für eine Zukunft in Frieden.
16 Gerade nach den für unsere Region und Nachbarländer so schmerzhaften Erfahrungen
17 des letzten Jahrhunderts, in durch Nationalismus und Rassismus entfachten
18 Kriegen mit Millionen Toten, brutalen Verbrechen und Vertreibungen möchten wir
19 eine Zukunft des europäischen Zusammenhalts gestalten.

20
21 Viele Menschen in Sachsen verbinden den europäischen Integrationsprozess heute
22 mit negativen Auswirkungen der Globalisierung, wie dem starken wirtschaftlichen
23 Wettbewerb in einer immer komplexeren und digital vernetzten Welt. Anstatt
24 Antworten auf die grenzüberschreitenden Herausforderungen unserer Zeit zu geben,
25 haben die Staatsregierungen in Sachsen unter Führung der sächsischen CDU
26 insbesondere mit falscher Sparpolitik viele Probleme verschärft. Bis heute
27 versucht die CDU, den Menschen mit einem selbstgefälligen Sachsenpatriotismus
28 eine heile Welt vorzugaukeln, mit dem man vor den globalen Herausforderungen
29 vermeintlich die Augen verschließen kann. Mit ihrem Rückzug ins Nationale treibt
30 die CDU in Sachsen viele Menschen in die Hände von Populist*innen, Rassist*innen
31 und Nationalist*innen, die "ihr heiles Sachsen" vor der vermeintlich bösen Welt
32 abschotten wollen.

33
34 Wir GRÜNE setzen auf einen offensiven pro-europäischen Weg. Wir lehnen nationale
35 Abschottung, in der Grenzkontrollen und sogenannte Auffangzentren als
36 vermeintliche Sicherheitsstrategie verkauft werden, ab. Wir stellen uns gegen
37 unsachliche Europakritik, bekennen uns zur Europäischen Union und wollen
38 Reformen anstoßen, um diese demokratischer, transparenter und sozial gerechter
39 zu machen. Anstatt Brüssel für bestehende Probleme verantwortlich zu machen,
40 setzen wir uns dafür ein, grenzüberschreitende Lösungen gemeinsam mit den
41 bestehenden europäischen Institutionen zu entwickeln.

42
43 Unsere Region soll im europäischen Integrationsprozess eine Schlüsselrolle
44 einnehmen. Mit weltoffenem, solidarischem und europäisch orientiertem
45 politischen Handeln vor Ort soll Sachsen eine europäische Modellregion werden.

46

47 Grenzübergreifende Zusammenarbeit für mehr Innovation, Umwelt- und Klimaschutz

48

49 Sachsen und seine direkten Nachbarregionen in Nordböhmen und Niederschlesien
50 sind noch immer stark geprägt vom Braunkohleabbau. Dieser zerstört die
51 Naturlandschaft und verschärft die Klimakatastrophe. Kein Staat allein kann den
52 Klimawandel aufhalten. Das darf aber auch nicht als Ausrede dafür herhalten,
53 dass wir in Polen, Sachsen und Tschechien unsere Politik nicht ändern.

54

55 Wir GRÜNE in Sachsen wollen klimafreundliche Perspektiven für die Region
56 entwickeln und Teil einer ambitionierten europäischen Klimaschutzpolitik sein,
57 die die Ziele des Pariser Klimaabkommens wirklich erreichen kann.

58

59 Dazu muss die Staatsregierung sofort mit dem Einstieg in den Kohleausstieg
60 beginnen und notwendige Strukturveränderungen vornehmen. Neben all den
61 Strukturwandelförderinstrumenten, die derzeit im Rahmen der "Kohlekommission"
62 diskutiert und in konkreten Programmen abgebildet werden, sollte sie die
63 Möglichkeiten des Clean Energy Package der EU nutzen. In Sachsen ist mit der
64 Strombörse in Leipzig bereits Infrastruktur vorhanden. Die Staatsregierung muss
65 die Chancen der Digitalisierung dazu nutzen, das Energiesystem so umzubauen,
66 dass viele kleine Stromerzeuger und innovative Unternehmen die Chancen eines
67 dezentralen und grenzüberschreitenden Energiemarktes nutzen können und den
68 aktiven Verbraucher*innen mehr Teilhabe ermöglicht wird. Wenn Sachsen endlich
69 seine längst nur noch politisch vorgeschobene Abhängigkeit von der
70 Kohleverstromung auflöst, entstehen neue Chancen für eine ökologische
71 Infrastruktur, für deren Unterstützung auch auf Mittel aus dem perspektivisch
72 vorgesehenen Investitionshaushalt in der Eurozone zurückgegriffen werden kann.
73 In Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn kann der Freistaat dazu beitragen, dem
74 strukturschwachen Grenzraum mit Kohleabbaugebieten neue Perspektiven mit grüner
75 Energie und grünem Wirtschaften zu ermöglichen.

76

77 Wir wollen eine EU, die eine weltweite Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt –
78 gerade in einer Zeit eines US-Präsidenten, der den Klimawandel leugnet. Deshalb
79 muss sich Sachsen dafür stark machen, dass die Bundesrepublik die ausgestreckte
80 Hand europäischer Partner zur Einführung einer wirksamen CO₂-Bepreisung auf
81 europäischer Ebene endlich ergreift. Zusammen mit einer entschlossenen
82 Fortführung der Reformen im europäischen Emissionshandel ist dies das wichtigste
83 Instrument für rasche Fortschritte beim Umsteuern in der Energieversorgung und
84 bei der Treibhausgasreduktion in allen Sektoren. Zudem muss die EU zukünftig für
85 eine Vielzahl von Klimaschutz-Sofortmaßnahmen mehr Mittel zur Verfügung stellen
86 , um das im Pariser Abkommen festgelegte 2- bzw. 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das
87 Ziel des Pariser Klimaabkommens. steht für uns unverrückbar, denn mit den
88 Naturgesetzen kann niemand verhandeln. Die bisherigen Selbstverpflichtungen der
89 EU passen noch nicht zu diesem Ziel. Wir treten dafür ein, dass sie konsequent
90 verschärft werden, um dann in nationale Reduktionsziele übersetzt zu werden, die
91 wiederum in verbindliche Zielvorgaben auch auf Ebene der Bundesländer münden
92 müssen.

93

94 Grenzübergreifende Investitionen Sachsens in Innovation und Forschung im Bereich
95 grüner Energie, zusammen mit einer ökologischen Sanierung der Abbaugelände,
96 können unserer Region neue Perspektiven eröffnen. Wenn die EU Vorreiterin im
97 Klimaschutz sein will, muss auch bei unseren Nachbarn der Kohleausstieg

98 beginnen. Die gerade in Sachsen im Zuge der Sanierung des DDR-Altbergbaus
99 gewachsenen, zum Teil weltweit einzigartigen Erfahrungen mit der Bewältigung von
100 Bergbaufolgen des Braunkohletagebaus und mit Ansätzen zur Wiedernutzbarmachung
101 sollen in die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Kohleregionen in Polen
102 und Tschechien eingebracht werden.

103

104 Für uns GRÜNE in Sachsen ist weiterhin auch der europa- und weltweite
105 Atomausstieg wichtig. So möchten wir im Euratom-Vertrag die Privilegien der
106 Atomkraft streichen. Uns liegt am Herzen, dass auch unser Nachbar Tschechien aus
107 der Atomkraft aussteigt. Denn ein Störfall in einem tschechischen Atomkraftwerk
108 hätte fatale Auswirkungen auf unsere gesamte Region.

109

110 Lebendige Städtepartnerschaften führen dazu, neue Lebensgewohnheiten
111 kennenzulernen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren und
112 letztendlich Vorurteile abzubauen. Die Förderung internationaler Kontakte
113 zwischen den Bürger*innen, Schulen, Unternehmen sowie Vereinen der Partnerstädte
114 trägt damit auch zum Zusammenhalt Europas bei. Ob in Verwaltung, Wirtschaft,
115 Kunst, Kultur, Wissenschaft, Jugend und Bildung – in vielen Bereichen können
116 sächsische Kommunen von ihren Partnerstädten lernen und selbst wertvolle
117 Erfahrungen weitergeben. Nicht zuletzt profitieren sächsische Kommunen auch vom
118 Erfahrungsaustausch über die Umsetzung europäischen Rechts, z. B. bei der
119 Einhaltung der EU-Feinstaubgrenzwerte und dem mit der drängenden Frage
120 nachhaltiger Verkehrskonzepte verknüpften Recht auf saubere Luft. Um
121 Städtepartnerschaften auch in Zukunft lebendig weiterzuführen und dort mit neuem
122 Leben zu füllen, wo sie zuletzt ruhten, müssen die sächsischen Kommunen
123 angemessen personelle Kapazitäten und finanzielle Mittel zur Kontaktpflege
124 bereitstellen.

125

126 EU-Kohäsionsmittel – aus weniger künftig mehr machen

127

128 Für die kommende Förderperiode ab 2021 ist bereits absehbar, dass Sachsen
129 infolge des Brexit und der inzwischen verbesserten wirtschaftlichen Lage
130 Anspruch auf weniger Fördermittel als bisher haben wird. Sachsen hat in den
131 letzten Jahren große finanzielle Solidarität durch die EU-Mitgliedstaaten
132 erfahren und befindet sich mit dem frühen EU-Beitritt Ostdeutschlands in einer
133 privilegierten Sonderrolle. Daher verstehen wir, dass EU-Fördermittel künftig
134 verstärkt in Regionen fließen, die mit stärkeren Strukturproblemen zu kämpfen
135 haben. Wir GRÜNE in Sachsen schreien daher nicht einfach nach mehr Geld aus
136 Europa. Wir wollen die künftig zur Verfügung stehenden Gelder gezielter in
137 Projekte europäischen Mehrwertes einsetzen, damit unsere Region
138 grenzübergreifend profitiert.

139

140 Wir wollen erreichen, dass die EU-Fördermittel so einfach wie möglich unter
141 Einbeziehung der betroffenen Bürger*innen vor Ort eingesetzt werden. Dazu setzen
142 wir uns für die Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten in der
143 Fördermittelvergabe ein. Etwa durch die Ausweitung von Vor-Ort-Entscheider*innen
144 , wie es in der laufenden Förderperiode mit lokalen Arbeitsgruppen der Fall ist.

145

146 Wir fordern einen grenzübergreifenden Transformationsdialog zwischen Polen,
147 Sachsen und Tschechien im Bereich Mobilität. Dieser soll sich nicht nur um die
148 notwendigen Transformationen in der Autoproduktion drehen, sondern auch den

149 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und Investitionen in den
150 transnationalen Güter- und Personenfernverkehr in den Fokus nehmen. Auch die
151 Förderung des grenzüberschreitenden Radverkehrs darf hierbei nicht vergessen
152 werden.

153

154 Wir lehnen einen Ausbau der Elbe für die Binnenschifffahrt und den geplanten Bau
155 einer weiteren Staustufe in Tschechien ab. Durch die Staustufe wären die
156 Lebensräume geschützter Tiere und Pflanzen bedroht. Der Elbe fehlt durch den
157 Klimawandel zunehmend das Wasser, eine Staustufe wäre daher eine teure
158 Fehlinvestition.

159 Solidarische Nachbarn in einem sozialen Europa

160

161 Die europäische Säule sozialer Rechte soll keine Ankündigung bleiben. Jetzt
162 müssen Taten folgen! - gegen den Widerstand der europäischen Konservativen, der
163 auch aus der sächsischen CDU kommt. Die Schwäche der sozialen Dimension in der
164 EU hat sich in den vergangenen Jahren auch in unserer Region offenbart. Ein
165 Problem stellt das Lohndumping im Binnenmarkt dar. Dabei haben Unternehmen die
166 Dienstleistungsfreiheit genutzt, die Arbeitnehmer*innen konnten aber nicht vom
167 örtlichen Tariflohn im Zielstaat profitieren. Mit der neuen EU-
168 Entsenderichtlinie wird hier ein wichtiger Zwischenschritt hin zu weniger Lohn-
169 und Sozialdumping vollzogen.

170

171 Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer*innen muss auch sozial abgesichert sein. Die
172 Stärkung des sozialen Europas ist eine Schlüsselaufgabe für den künftigen
173 Zusammenhalt der Europäischen Union. Wir wollen eine stärkere Koordinierung
174 sowie Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarkts.
175 Ein europäischer Mindestlohn, eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine
176 europäische Altersabsicherung müssen mit den wirtschaftlichen Freiheiten Schritt
177 halten.

178

179 Wir GRÜNE stehen zu einer demokratischeren und solidarischen Eurozone und laden
180 unsere Nachbarn Polen und Tschechien dazu ein, dem Euro beizutreten. Für uns
181 muss der Euro durch Solidität und Solidarität krisenfest werden. Dazu soll die
182 Bankenunion vollendet und der bisherige Europäische Rettungsmechanismus
183 demokratisiert und in einen Europäischen Währungsfonds, der durch das
184 Europäische Parlament kontrolliert wird, überführt werden.

185

186 Sachsens Beitrag zu mehr Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union

187

188 Ein Europa mit aktiven Bürger*innen können wir nur erreichen, wenn Menschen über
189 die Grenzen hinweg immer wieder in Kontakt kommen. Daher wollen wir EU-
190 Fördermittel, wie INTERREG viel stärker dazu nutzen, die grenzübergreifende
191 Zusammenarbeit der Hochschulen, ausbildender Betriebe und auf dem aktiven
192 Arbeitsmarkt zu fördern.

193

194 Sprachbarrieren müssen aktiver abgebaut und insbesondere in den Euroregionen
195 mehr nachbarsprachlicher Unterricht vom Kindergarten an gefördert werden. Im
196 Bereich der Wissenschaft können ähnliche geschichtliche, gesellschaftliche und
197 wirtschaftliche Ausgangslagen und Herausforderungen gemeinsam erforscht und
198 Gesamtansätze für Problemlösungen erarbeitet werden. Auch die Idee einer
199 gemeinsamen Europäischen Hochschule in unserer Region ist für uns GRÜNE ein

200 Ziel.

201

202 Perspektivisch wollen wir GRÜNE mit verstärkter Integration erreichen, dass eine
203 europäische politische Öffentlichkeit entsteht, die zu mehr Transparenz und
204 Demokratie in Europa führt. Wir wollen mehr gemeinsamen Dialog über europäische
205 Themen. Wir GRÜNE sind bereit, mit einer transnationalen Liste bei kommenden
206 Europawahlen anzutreten. Leider gab es hierfür noch keine Mehrheit im jetzigen
207 Europaparlament. Wir, die sächsischen GRÜNEN, begrüßen die Entscheidung der
208 European Green Party, europaweit mit zwei grünen Spitzenkandidierenden
209 anzutreten.

210

211 Bei der kommenden Europawahl haben alle EU-Bürger*innen, die in Sachsen leben,
212 die Möglichkeit, hier an der Europawahl teilzunehmen. Wir wollen für sie unter
213 gleichen Bedingungen, wie für deutsche Staatsangehörige ein Landtagswahlrecht
214 einführen. Dazu soll sich Sachsen den Initiativen zur Öffnung des Grundgesetzes
215 anschließen. Perspektivisch sollte die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen
216 Staatsbürgerschaft fortentwickelt werden, so dass Unionsbürger*innen in den
217 Mitgliedstaaten, in denen sie leben, grundsätzlich die vollen bürgerlichen
218 Rechte genießen.

219

220 Sachsen soll alle bereits bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, die EU
221 bürgernah mitzugestalten. Vertreter*innen, die Sachsens Staatsregierung bislang
222 als Mitglieder im Rahmen des deutschen Kontingents für den Europäischen
223 Ausschuss der Regionen hat bestimmen lassen, sollen künftig durch den Landtag
224 gewählt und damit auf regionaler Ebene stärker demokratisch legitimiert werden.

225

226 Die europapolitische Bildung in Sachsen muss deutlich gestärkt werden. Eine
227 bürgernahe EU, in der die Menschen Lust haben, sich einzumischen und
228 mitzubestimmen, kann nur gelingen, wenn die Bürger*innen ihre europäischen
229 Rechte und die Alltagsvorteile eines geeinten Europas kennen. Wir wollen daher,
230 dass der Freistaat mit potenziellen Projektträgern ein Gesamtkonzept für die
231 europapolitische Bildung im Land entwickelt. Die Förderbedingungen für
232 europapolitische Bildungsprojekte freier Träger wollen wir verbessern und damit
233 eine flächendeckende Europa-Informationsarbeit ermöglichen.

234

235 Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip parlamentarisch stärken. Mit dem Prinzip
236 wird sichergestellt, dass die EU nur gesetzgeberisch tätig wird, wenn die Ziele
237 einer Maßnahme besser auf EU-Ebene verwirklicht werden können. Das Europäische
238 Parlament sollte Anhörungen zu erfolgreichen Subsidiaritätsrügen der
239 Mitgliedstaaten durchführen und die Frage nicht mehr exekutiv durch die
240 Kommission beschieden werden. Bei Rügen gegen das Subsidiaritätsprinzip über den
241 Bundesrat halten wir GRÜNE uns an die rechtlichen Anforderungen des Instruments.
242 Eine politische Vereinnahmung des Subsidiaritätsmechanismus, wie sie von CDU,
243 LINKE und SPD in Sachsen betrieben wird, lehnen wir ab.

244

245 Global und vor Ort Verantwortung tragen - fairen Handel und Daseinsvorsorge
246 stärken

247

248 Für uns GRÜNE in Sachsen ist klar, dass die EU mit dem neuen Mehrjährigen
249 Finanzrahmen die Weichen im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, den
250 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, zu stellen hat. Zu diesen

251 haben sich im September 2015 die Mitgliedstaaten verpflichtet. Mit ihnen sollen
252 weltweit die Würde der Menschen gestärkt, Armut und Hunger überwunden, der
253 Planet geschützt, die Globalisierung gerecht gestaltet, Frieden gefördert und
254 globale Partnerschaften aufgebaut werden. Wenn alle Staaten und die EU sich an
255 den nachhaltigen Entwicklungszielen orientieren, profitieren davon nicht nur
256 alle Menschen in Europa, sondern in der ganzen Welt.

257
258 Wir GRÜNE in Sachsen setzen daher auch auf einen gerechten Multilateralismus,
259 der dem Weltmarkt offen und transparent Regeln gibt. Wir brauchen eine faire
260 Handelspolitik. Die Welthandelsorganisation muss so reformiert werden, dass
261 ökologische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte eine wichtige
262 Rolle im Welthandel spielen. Die abgeschlossenen Freihandelsabkommen der EU mit
263 Ländern in Afrika und die bisherige EU-Agrarpolitik sind für Menschen vor Ort
264 Teil der Fluchtursachen. Sie entziehen Vielen die Lebensgrundlage. Bestandteil
265 der künftigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit muss daher die Evaluierung
266 und Neuverhandlung von Freihandelsabkommen sowie eine entsprechende
267 Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik sein.

268
269 Auch aus den Fehlern bei den Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA muss die
270 EU lernen, indem sie Parlamente und Öffentlichkeit bei Verhandlungen zu
271 Handelsverträgen zukünftig besser einbindet. Privilegien für Großkonzerne müssen
272 dabei verhindert werden.

273
274 Im Bereich der Daseinsvorsorge muss die EU dafür sorgen, dass jedem Bürger und
275 jeder Bürgerin eine Grundsicherung zur menschenwürdigen Existenz gewährt wird,
276 die frei von Wettbewerbsdruck des Welthandels ist. Für uns ist klar, dass
277 beispielsweise sauberes Wasser niemals zu einer reinen Handelsware verkommen
278 darf, bei der Zugang und Qualität von Konzerninteressen abhängig sind. Wir
279 brauchen starke handlungsfähige Kommunen in Sachsen, die mit ihren Bürger*innen
280 selbstbestimmt über ihre kommunale Daseinsvorsorge entscheiden. Die EU hat dazu
281 bereits Richtlinien, die die Gesundheit der Bürger*innen schützen, wie etwa die
282 Wasserrahmen- oder die Feinstaubrichtlinie.

283
284 Fluchtursachen bekämpfen und Migration ermöglichen

285
286 Wir in Europa und in Sachsen tragen durch unseren Lebensstil zur Zerstörung der
287 Lebensgrundlage vieler Menschen bei. Der von uns mitverursachte Klimawandel wird
288 in Zukunft mehr Menschen zur Flucht zwingen. Wir GRÜNE wollen, dass Europa
289 endlich Verantwortung übernimmt und Fluchtursachen bekämpft - insbesondere jene,
290 die wir als Europäerinnen und Europäer mitverantworten.

291
292 Auch deshalb dürfen wir die Verantwortung nicht an nordafrikanische Staaten
293 abwälzen. Wir lehnen so genannte "Hotspots" in Nordafrika ab. Flüchtlinge sind
294 dort von Menschenhandel, Folter und Vergewaltigung bedroht. Sie sollen die
295 Chance erhalten, in Europa Asyl zu beantragen. Dazu bedarf es sicherer Wege in
296 die EU. Die Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen darf nicht länger
297 verhindert, sondern soll durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten unterstützt und
298 mit durchgeführt werden. Das Massensterben im Mittelmeer muss enden.

299
300 Solidarität ist gerade bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten nötiger
301 denn je. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union weigern sich, Geflüchtete

302 aufzunehmen. Die Mittelmeerstaaten werden regelrecht allein gelassen. Wir
303 fordern ein europäisches System zur Aufnahme von Geflüchteten. Dabei sollen die
304 Größe und die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten berücksichtigt
305 werden.

306
307 Wir möchten die Kommunen in Sachsen dabei stärken, allen Einwohnerinnen und
308 Einwohnern, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, gleichen Zugang zu Bildung,
309 medizinischer Versorgung, öffentlichen Einrichtungen und weiteren Bereichen
310 gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Der Freistaat Sachsen und die
311 sächsischen Kommunen sollen dazu auch auf Mittel aus dem Asyl- und
312 Migrationsfonds der EU, der auch in der kommenden Förderperiode fortgeführt
313 werden soll, zurückgreifen.

314

315

316 Europäisches Handeln statt europafeindliche Scheinlösungen

317

318 Der kulturelle Bruch der sächsischen CDU mit der Bundes-CDU ist eine Gefahr für
319 ein weltoffenes und europäisches Sachsen. Die sächsische CDU näherte sich in den
320 letzten Jahren sowohl europapolitischen, als auch grundrechtsmissachtenden
321 Positionen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien, wie Fidesz in
322 Ungarn, der PiS in Polen oder der ANO in Tschechien, an. Dies sehen wir mit
323 großer Sorge. Wer nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit nutzen, ansonsten aber
324 von gegenseitiger Solidarität und Integration wenig wissen und vermeintlich
325 „homogene Gesellschaften“ erhalten will, handelt gegen unsere europäischen
326 Grundwerte.

327

328 Statt, wie die Staatsregierung, rechtspopulistische Kräfte in Sachsen zu
329 hofieren und europafeindliche Haltungen gesellschaftsfähig zu machen, müssen
330 Grundrechtsverstöße und Angriffe auf die Demokratien in Mittel- und Osteuropa
331 auf Regierungsebene im partnerschaftlichen Austausch offen kritisiert werden.
332 Die von der sächsischen Staatsregierung gern betonten freundschaftlichen
333 Kontakte zu rechtspopulistischen und nationalistischen Regierungen in
334 Ostmitteleuropa sind ein Schlag gegen pro-europäische Stimmen in den Visegrád-
335 Ländern, die ein Ende des europäischen Freiheitsgedankens und der europäischen
336 Solidarität fürchten.

337

338 Wir setzen dagegen auf die europäische Integration und freuen uns, wenn sich
339 Menschen unterschiedlicher Kulturen kennenlernen und ihr Zusammenleben gemeinsam
340 im Rahmen der Möglichkeiten, die die EU bietet, rechtsstaatlich organisieren.
341 Wir wollen die Grenzen in der Realität und in den Köpfen der Menschen
342 überwinden, ohne die kulturelle Vielfalt zu mindern. Eine offene europäische
343 Gesellschaft darf sich nicht von der Welt abschotten und muss solidarisch mit
344 Menschen außerhalb Europas sein, wenn diese aus vielfältigen Gründen aus ihrer
345 Heimat fliehen. Menschen aus allen Teilen der Welt, die gezwungen waren, ihre
346 Heimat zu verlassen und ein Recht haben, in Europa zu leben, heißen wir in
347 unserer Region in Mitteleuropa ausdrücklich willkommen!

348

349 Wir, die sächsischen GRÜNEN, leben gern in unserer Region. Wir möchten nicht
350 länger dabei zusehen, dass sich Sachsen mit seiner Staatsregierung und
351 selbstgefälligen Identitätspolitik von Europa und der Welt abschottet und
352 Populist*innen hofiert. Wir möchten mit unseren europäischen Nachbarn, den

353 demokratischen rechtsstaatlichen Kräften und der Zivilgesellschaft die Region zu
354 einer Modellregion für Innovation und europäische Integration umgestalten!
355
356 Dazu braucht es starke GRÜNE in einem starken Europa. Daher wollen wir auf allen
357 politischen Ebenen 2019 dafür kämpfen, dass die im Mai stattfindende Europawahl
358 ein Erfolg für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen und GRÜNE in ganz Europa wird.
359 Außerdem ist unser Ziel, dass es im neuen Europaparlament und künftigen
360 Sächsischen Landtag eine pro-europäische und sozial-ökologische Mehrheit geben
361 wird!

T01 Vorschlag des Landesvorstandes zur Tagesordnung der 49. Landesversammlung am 31. August und 1. September 2018 in Leipzig

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia
Status: Zurückgezogen

- 1 Freitag, 31.08.2018, 18:00 Uhr
- 2 Begrüßung
- 3 TOP 1 Formalia
- 4 TOP 2 Politische Reden und Berichte
- 5 TOP 3 Leitantrag Sachsen in Europa
- 6 TOP 4 Votum für die Europaliste
- 7 Samstag, 01.09.2018, 10:00 Uhr
- 8 Begrüßung
- 9 TOP 5 Politische Reden und Berichte
- 10 TOP 6 Kommunalwahl 2019
- 11 • Leitantrag
- 12 • Antrag „Sachsen wächst grün – GRÜNE Perspektiven für wachsende Großstädte“
- 13 • Antrag Kommunaler Finanzausgleich
- 14 TOP 7 Wahl der Delegierten für den Bundesfrauenrat
- 15 TOP 8 Wahl der Delegierten für den Länderrat
- 16 TOP 9 Wahl der Mitglieder der Rechnungscommission
- 17 TOP 10 Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgerichts
- 18 TOP 11 Wahl der Delegierten zum Kongress der EGP
- 19 TOP 12 Verschiedenes

T01 NEU Vorschlag des Landesvorstandes für die Tagesordnung der 49. Landesversammlung in Leipzig

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.08.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

- 1 Freitag, 31.08.2018, 18:00 Uhr
- 2 Begrüßung
- 3 TOP 1 Formalia
- 4 TOP 2 Politische Reden und Berichte
- 5 TOP 3 Sachsen in Europa
- 6 • Leitantrag "Sachsen in Europa - eine Modellregion für Innoation und
- 7 europäische Integration"
- 8 TOP 4 Votum für die Europaliste
- 9 Samstag, 01.09.2018, 10:00 Uhr
- 10 Begrüßung
- 11 TOP 5 Politische Reden und Berichte
- 12 TOP 6 Kommunalwahl 2019
- 13 • Leitantrag "Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!"
- 14 • Antrag „Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte
- 15 Metropolen“
- 16 • Antrag "Bedarfsorientierten Finanzausgleich für sächsische Kommunen und
- 17 Landkreise auf den Weg bringen - Eigenverantwortung anerkennen und
- 18 stärken"
- 19 TOP 7 Freiheit und Sicherheit
- 20 • Antrag "Sicherheit gibt es nur in Freiheit - NEIN zu massenhafter
- 21 Überwachung - NEIN zum neuen Polizeigesetz!"
- 22 TOP 8 Landtagswahl 2019
- 23 • Antrag "Die Macht der CDU brechen - ein anderes Sachsen braucht BÜNDNIS
- 24 90/DIE GRÜNEN"
- 25 TOP 9 Wahl der Delegierten für den Bundesfrauenrat
- 26 TOP 10 Wahl der Delegierten für den Länderrat
- 27 TOP 11 Wahl der Mitglieder der Rechnungscommission
- 28 TOP 12 Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgerichts

- 29 TOP 13 Wahl der Delegierten zum Kongress der EGP
- 30 TOP 14 Verschiedenes

V1NEU Die Macht der CDU brechen – ein anderes Sachsen braucht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Landtagswahl 2019

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich den aktuellen gesellschaftlichen
2 Herausforderungen und der Entwicklung hin zu einer rechtskonservativen Regierung
3 entgegenstellen und für ein freiheitliches und fortschrittliches Sachsen
4 kämpfen. Sachsen braucht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

5 Das politische Erdbeben in Sachsen liegt nun fast ein Jahr zurück. Bei der
6 Bundestagswahl 2017 brach die CDU dramatisch ein und die rechtsnationale AfD
7 wurde stärkste Kraft im Freistaat. Allen wurde vor Augen geführt, dass eine
8 demokratische Regierungsbildung jenseits der AfD eine der Herausforderungen bei
9 der kommenden Landtagswahl werden wird. An der Stimmungslage im Freistaat hat
10 sich seit der Bundestagswahl nicht viel geändert, wie die jüngsten
11 Meinungsumfragen verdeutlicht haben.

12 Viele Menschen in Sachsen haben vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hohe
13 Erwartungen an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gerade in Zeiten, in denen sich die
14 gesellschaftliche Spaltung vertieft, gerade in Zeiten, in denen zunehmend
15 einfache Antworten auf komplexe politische Fragen als vermeintlich vernünftige
16 Politik verkauft werden, ist es GRÜNE Aufgabe diesen Menschen 2019 eine moderne,
17 glaubwürdige politische Alternative mit liberaler und humanitärer Haltung
18 anzubieten.

19 Mit Rechtspopulismus kann Sachsen keine lebenswerte Zukunft haben

20 Die CDU hat aus der Bundestagswahl nichts gelernt. In Sachsen hat sie die
21 schwersten Verluste im Bundesgebiet hinnehmen müssen. Und obwohl der Wahlkampf
22 im Freistaat unter Führung des damaligen CDU-Generalsekretärs und heutigen
23 Ministerpräsidenten Michael Kretschmer ein Anbieterwahlkampf nach
24 Rechtsaußen war, hat die CDU massiv an die AfD verloren. Statt daraus die
25 richtigen Schlüsse zu ziehen, führt die CDU mit ihrem verantwortungslosen
26 Rechtsaußen-Kurs den Freistaat Sachsen weiter in eine rechtskonservative,
27 rückwärtsgewandte Richtung. „Wir haben verstanden“, so der Ausspruch der CDU
28 nach der Bundestagswahl, doch der verhallte schneller, als erwartet. Ein
29 wirkliches Verstehen hätte von der sächsischen Union vor allem die Erkenntnis
30 erfordert, dass ihr Politikstil eine Kehrtwende braucht. Eine neue politische
31 Kultur in Sachsen, die klar Haltung zeigt und das Heft des Handelns in die Hand
32 nimmt, statt das rechtsnationale Geschäft der AfD zu imitieren. Sie hatte nie
33 wirklich eine Idee davon, wohin sie mit Sachsen gesellschaftlich und politisch
34 will. Die sächsische CDU-Politik soll einzig und allein zur Sicherung des
35 eigenen Machterhaltes dienen.

36 Die Arroganz der CDU gegenüber den drängenden Problemen in unserem Land hat
37 Sachsen auch in die aktuelle schwere gesellschaftliche Schiefelage gebracht:
38 Aufmärsche von Neonazis und Rechtspopulisten, eine Polizei und
39 Sicherheitsbehörden, die den Gegnern von Freiheit und Demokratie viel zu viel
40 Raum gelassen haben und eine Regierung, die lieber Scheindebatten führt, anstatt
41 endlich Haltung gegenüber Feinden unserer pluralistischen Gesellschaft zu
42 zeigen, haben die derzeitige Wahrnehmung Sachsens schon viel zu lange
43 geschädigt.

44 In einer Situation aber, in der wie selbstverständlich demokratische
45 Errungenschaften in Frage gestellt werden, gesellschaftliche Tabubrüche an der
46 Tagesordnung sind, in der wir sehen, wie groß und weit verbreitet die Skepsis
47 gegenüber unserer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zukunft
48 ist, braucht es eine Regierung mit Haltung und eine Besinnung auf die Werte, die
49 unsere Gesellschaft stark machen können: Freiheit, Solidarität und Engagement.

50 Die Sächsische Union war und ist dazu nicht in der Lage. Sie hat das
51 gemeinschaftliche Leben, den sozialen Zusammenhalt und die Vermittlung von
52 Werten unserer Demokratie verantwortungslos dem bloßen Machterhalt geopfert.
53 Eine starke Bürgerschaft wurde als Gefahr für die Macht der CDU diskreditiert
54 und funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen aktiv behindert. Jeder
55 gesellschaftliche Protest, jede Bürgerinitiative, die die Allmachtsphantasien
56 der Regierungspartei in Frage gestellt hat, sei es das entschlossene und
57 friedliche Engagement gegen Neonazis oder der Kampf gegen sinnlose
58 Verkehrsprojekte oder den Braunkohleabbau, wurde teilweise mit mehr Härte
59 bekämpft als die Gegner unserer freiheitlichen Grundordnung.

60 Auch derzeit übt sich die CDU mehr in einer Überbietungsrhetorik mit der AfD und
61 führt Scheindebatten über Grenzschiebungen und Abschiebungen anstatt die
62 drängendsten Zukunftsprobleme anzugehen. Die existentiellen Herausforderungen
63 durch den Klimawandel, der sich gerade wieder in einem Hitzesommer gezeigt hat,
64 die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den Großstädten, der Pflegenotstand
65 und die zunehmende bedrohte Daseinsfürsorge im ländlichen Raum sind Themen, die
66 viele Menschen weit mehr bewegen, und es sind dringende Probleme in unserem
67 Land, die gelöst werden müssen. Statt einseitig rechtspopulistische AfD-
68 Forderungen zur Regierungsmaxime zu erheben, verdienen die Menschen in unserem
69 Land, dass ihre Probleme gelöst werden.

70 Mit Blick auf die jüngste Umfrage, die ein weiteres Erstarken der AfD und
71 deutliche Verluste bei der CDU prognostiziert, dürfte eigentlich allen klar
72 sein, dass der Kurs der rechtsanbiedernden Haltungslosigkeit weder die AfD
73 schwach, noch die Union stark macht. Mit dieser Politik der Haltungslosigkeit
74 wird Sachsen faktisch in die Unregierbarkeit oder in die Hände der AfD geführt.

75 Diese Politik in Sachsen muss beendet werden!

76 Der CDU wird der eigene Machterhalt immer wichtiger sein, als eine klare
77 politische Haltung. Eine Regierungspartei, die weder die Zukunft Sachsens
78 gestalten will, noch die Anliegen der Menschen in Sachsen wirklich interessiert,
79 kann dieses Land nicht verantwortungsvoll weiterentwickeln. Daran ändert auch
80 eine neue Regierungsmannschaft nichts. Neue Köpfe allein bringen noch keine neue
81 Politik. Was wir seit dem Wechsel auf der Regierungsbank erleben, ist kein
82 besserer Regierungsstil. Die Borniertheit des Systems Tillich wurde durch den
83 Populismus von Michael Kretschmer ersetzt. Ein Ministerpräsident, der durchs
84 Land reist und fulminant allen Alles verspricht, sich aber nie wirklich auf
85 etwas Konkretes festlegt ist kein guter Regierungschef. Ein Ministerpräsident,
86 der das Land spaltet, die Pressefreiheit angreift, Engagement und Zivilcourage
87 diskreditiert, ist keiner der seine Kraft für das Wohl der Einwohner*innen des
88 Landes einsetzt. Eine Politik aus leeren Versprechungen und politischem
89 Opportunismus um des Machterhalts willen verstärkt die gesellschaftliche
90 Spaltung in unserem Land, indem zunehmend Bevölkerungsgruppen gegeneinander
91 ausgespielt werden.

92 Die Landtagswahl 2019 wird zur Abstimmung über unsere gesellschaftliche Zukunft

93 Am 01. September 2019 wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Viele Menschen
94 sorgen sich vor dem Wahlergebnis und davor, wie es im Freistaat und mit der
95 gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Bundesland weitergehen wird. Ein
96 „Weiter so“ darf es nicht geben, wenn Sachsen eine lebenswerte Zukunft haben
97 soll. Es wird im kommenden Jahr darum gehen, ob Optimismus und Zuversicht dieses
98 Land nach vorne bringen werden oder Rückwärtsgewandtheit und Angst Sachsen
99 regiert. Es wird darum gehen, den Wahlkampf als einen Kampf um die zentralen
100 Werte unserer Gesellschaft und für die Demokratie zu führen.

101 Sachsen braucht einen Befreiungsschlag, der die verkrusteten Strukturen, die
102 große Teile von Politik und Verwaltung in Sachsen prägen, beseitigt. Wir
103 brauchen eine gesellschaftliche Modernisierung in unserem Freistaat. BÜNDNIS
104 90/DIE GRÜNEN werden deshalb den Wahlkampf 2019 zu einem Kampf für
105 Menschlichkeit, Demokratie, Liberalität und für die Modernisierung unserer
106 Gesellschaft bestreiten.

107 Denn, es gibt ein anderes Sachsen als es derzeit von CDU, AfD und anderen
108 rückschrittlichen Kräften beschworen wird – ein optimistisches, weltoffenes und
109 engagiertes Sachsen. Dieses Sachsen sind all jene Menschen, die wollen, dass
110 endlich die drängenden Zukunftsprobleme in unserem Land gelöst werden. Es ist
111 das andere Sachsen, dass sich für bezahlbare Mieten einsetzt, Bürgerkraftwerke
112 gründet, Nachbarschaftskultur lebt, Integration selbst in die Hand nimmt und
113 nicht zuletzt aufsteht gegen nationalistische Bestrebungen und Rechtsextreme.

114 Die Landtagswahl 2019 wird darüber entscheiden, ob Intoleranz, Hetze und
115 Spaltung unser Land dominieren, oder ob Freiheit, Menschlichkeit und
116 Gerechtigkeit regieren. Wir GRÜNE kämpfen bei der Landtagswahl für ein anderes
117 Sachsen.

118 Ein anderes Sachsen ist möglich

119 Viele Menschen in diesem Land stehen für das andere Sachsen: für ein Sachsen das
120 Haltung zeigt gegen antidemokratische Tendenzen, für ein Sachsen in dem
121 Menschlichkeit und Gerechtigkeit mehr wert sind, für ein Sachsen, in dem die
122 drängenden Zukunftsprobleme angegangen statt Scheindebatten geführt werden. Wir
123 haben in den letzten Jahren erlebt, wie viele Menschen helfen, wenn es drauf
124 ankommt, wie viele Bürger*innen sich einbringen wollen, weil sie Ideen haben,
125 die Sachsen besser machen. Es sind diese Menschen, die wollen, dass der
126 gesellschaftliche Fortschritt weiter geht – für eine tatsächliche
127 Gleichstellung, mehr Beteiligungsrechte und soziale Gerechtigkeit.

128 Diesen Menschen müssen wir die politischen Rahmenbedingungen bieten, damit sie
129 sich einbringen und verwirklichen können. Dafür reicht es nicht, in Sachsen die
130 Politik nur in Nuancen besser zu machen. Es geht um eine grundsätzlich andere
131 politische Kultur für und mit den Menschen in unserem Land. Die Menschen, die
132 für ein anderes Sachsen stehen und dafür leben, sollen sich in Selbstbestimmung
133 und Eigenverantwortung einbringen und Verantwortung übernehmen können. Es ist
134 unsere Aufgabe als GRÜNE im kommenden Jahr den Menschen ein politisches Zuhause
135 zu geben, die optimistisch in die Zukunft blicken, die dieses Bundesland noch
136 nicht abgeschrieben haben, und die in Sachsen für eine gesellschaftliche
137 Modernisierung eintreten. Wir stehen deshalb als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen
138 Aufbruch in eine liberale Bürgergesellschaft als Gegenentwurf zur Arroganz der

139 Macht. Sachsen gehört den Menschen die hier leben und wirken, Sachsen gehört
140 keiner Partei. Es wird Zeit, dass wir mit den Menschen unser Land
141 voranbringen.und laden deshalb alle Menschen ein, die ein anderes Sachsen
142 wollen, dafür mit uns gemeinsam zu streiten.

143 Ein anderes Sachsen braucht neue Mehrheiten

144 BÜNDNIS 90/DIE in Sachsen wollen mit den Menschen dieses Land verändern. Doch
145 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allein wird dieses Land nicht zu einem besseren machen
146 können. Dazu braucht es nicht nur eine breite Unterstützung all jener Menschen,
147 die ein anderes Sachsen wollen, sondern auch andere politische Mehrheiten im
148 Freistaat.

149 Unser Ziel ist es daher, die Macht der CDU bei der nächsten Landtagswahl zu
150 brechen. Nur so kann die Ursache der derzeitigen Misere in Sachsen in Gestalt
151 einer Regierungspartei, der ihr eigener Machterhalt wichtiger ist als die
152 Verteidigung der zentralen Werte und Errungenschaften unseres demokratischen
153 Rechtsstaates, beseitigt werden. Uns ist bewusst, dass dies in Anbetracht der
154 aktuellen Umfragewerte und vieler offener Fragen eine Mammutaufgabe ist – aber
155 wir sind bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen – für Sachsen und die
156 Menschen in unserem Freistaat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bereit dazu, mit allen
157 demokratischen Kräften, die für ein weltoffenes, freiheitliches und gerechteres
158 Sachsen stehen, Gespräche zu führen, wie es gelingen kann, die Macht der CDU im
159 Freistaat zu überwinden.

160 Ein anderes Sachsen ist möglich – mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit all jenen
161 Menschen, die tagtäglich dafür eintreten. Wir nehmen diesen Kampf auf!

Begründung

Erfolgt mündlich.

V2NEU Nutzung ökologisch verantwortungsvoll hergestellter Arbeits- und Werbematerialien im Landesverband

Antragsteller*in: Ulrike Böhm (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

- 1 Ab sofort werden für die Geschäftsstellen der sächsischen Kreisverbände,
- 2 Fraktionen und Abgeordnetenbüros keine Arbeitsmaterialien (IT, Leuchtmittel,
- 3 Möbel, Küchengeräte ...), Verbrauchs- oder Werbematerialien mehr angeschafft,
- 4 deren Herstellung, Versand oder spätere Entsorgung nicht nachhaltig ist.
- 5 Vorhandene Materialien, die diese Kriterien nicht erfüllen, sollen verbraucht
- 6 und danach - soweit überhaupt erforderlich - durch ökologisch verantwortungsvoll
- 7 hergestellte Produkte ersetzt werden. Luftballons und Plastikspielzeug sollen ab
- 8 sofort überhaupt nicht mehr zu Werbezwecken eingesetzt werden, noch vorhandene
- 9 sind sofort dem Recycling zuzuführen.

Begründung

GRÜN heißt (auch), Natur zu erhalten, sie zu schützen und zu bewahren. Wir GRÜNE setzen uns daher dafür ein, Abfall zu vermeiden, Recycling zu stärken und Pfandsysteme einzuführen. Es darf aber nicht beim Fordern bleiben. Um unsere Glaubwürdigkeit zu stärken, ist es dringend erforderlich, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen und in einem ersten Schritt die Administration der Partei von nicht nachhaltigen Gebrauchsgegenständen, Verbrauchs- sowie insbesondere Werbematerialien zu befreien.

Dies nicht nur, weil aufgrund des hohen Bildaufkommens in den verschiedenen SocialMedia - Plattformen derartige "Sünden" sehr schnell weit verbreitet werden (Beispiele: Kaffee-to-go-Becher und Billigchips in Alufolie auf dem Tisch des Sitzungsraumes, Luftballons mit "Wir schützen das Klima" - Aufdrucken an Info- und Wahlkampfständen) und dem politischen Gegner in die Hand spielen, sondern auch und vor allem, weil es uns GRÜNEN ein Selbstverständnis sein sollte, unsere eigene Lebens- und Arbeitsweise vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe und der Vermüllung der Erde und der Ozeane einer strengen Prüfung zu unterziehen.

V4 Sicherheit gibt es nur in Freiheit – NEIN zu massenhafter Überwachung – NEIN zum neuen Polizeigesetz!

Antragsteller*in: Valentin Lippmann (KV Dresden), Juliane Hundert (KV Dresden), Anne Kämmerer (KV Meißen), Jürgen Kasek (KV Leipzig), Hannes Merz (KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Freiheit und Sicherheit

1 Die schwarz/rote Koalition in Sachsen plant eine so noch nie da gewesene
2 Verschärfung des sächsischen Polizeirechts. Mit umfassenden neuen Befugnissen
3 für die Polizei und immer größeren Eingriffsmöglichkeiten in die Grundrechte des
4 Einzelnen sucht Sachsen im Wettbewerb um das schärfste Polizeigesetz
5 Deutschlands den Anschluss zum bayrischen Polizeiaufgabengesetz.

6 Wird der Freistaat zum Polizeistaat?

7 Mit den Plänen für das neue Polizeirecht soll die Polizei umfassende neue
8 Befugnisse erhalten. Dazu gehört die Möglichkeit, künftig Telekommunikation, wie
9 Telefon und SMS, allein zu präventiven Zwecken zu überwachen. Das bedeutet, dass
10 dafür kein konkreter Verdacht einer Straftat vorliegen muss. Unter den gleichen
11 Voraussetzungen darf die Polizei auch Auskünfte über sog. Verkehrs- und
12 Nutzungsdaten einholen und damit auf elektronische Kommunikationsdienste, wie
13 Online-Banking, Facebook, Amazon usw. zugreifen. Die Bestandsdatenauskunft wird
14 auf Verträge mit Telemedienanbietern ausgeweitet. Zudem werden weitgehende
15 Befugnisse für die Polizei zur Erhebung von personenbezogenen Daten, ihrer
16 Speicherung und Weitergabe eröffnet. Dies schafft die Grundlagen für riesige
17 polizeiliche Datenbanken, in denen Informationen zu fast allen Bürger*innen
18 gesammelt werden können.

19 In einer Zone von 30 km um die sächsischen Außengrenzen darf zukünftig sog.
20 intelligente Videoüberwachung zur Anwendung kommen, also jene Form der
21 Videoüberwachung, die automatisiert Gesichter mit Datenbanken abgleichen kann
22 und die in der Lage ist, Bewegungsprofile von Personen zu erstellen. Diese
23 Möglichkeit gibt es für die Polizei daher künftig auf der Fläche von mehr als
24 einem Drittel des Freistaates. Sie kann somit beispielsweise in ganz Bautzen
25 oder auch großen Teilen Dresdens zum Einsatz kommen. Bei dieser sog.
26 intelligenten Videoüberwachung werden tausende von Personen ohne Anlass erfasst
27 und gerastert, so wie dies bei der automatisierten Kennzeichenerfassung bereits
28 seit Jahren der Fall ist. Auch diese soll nun ausgebaut und zum festen
29 Bestandteil sächsischer Polizeikontrolle werden, obwohl die bisherigen
30 Erfahrungen belegen, dass damit weder effektiv Straftaten verhindert noch in
31 einer vertretbaren Größenordnung gestohlene Fahrzeuge entdeckt werden. Dieser
32 geplante Ausbau der automatisierten und flächendeckenden Überwachung führt dazu,
33 dass zukünftig noch mehr Bürger*innen anlasslos gerastert werden.

34 Auch im Umgang mit sog. Gefährdern und deren Kontakt- und Begleitpersonen werden
35 der Polizei umfangreiche Befugnisse an die Hand gegeben. Dies ist vor allem
36 deshalb so problematisch, da die neuen Rechtsbegriffe sehr weit gefasst sind und
37 dadurch potenziell Jeder und Jede verdächtigt werden kann. Anders als die
38 Koalition und das Sächsische Innenministerium glauben machen wollen, geht es bei
39 den sog. Gefährdern nämlich nicht nur um Personen, die möglicherweise eine
40 terroristische Straftat vorbereiten könnten, sondern um alle Menschen, bei denen

41 gemutmaßt wird, dass sie in Zukunft Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen
42 könnten. Gegen Gefährder dürfen zukünftig weitreichende Aufenthalts- und
43 Kontaktverbote verhängt oder sogar das Tragen einer Fußfessel angeordnet werden.
44 Maßnahmen, wie zum Beispiel die Aufnahme in jene Datenbank, die durch die sog.
45 intelligente Videoüberwachung genutzt wird, sollen künftig nicht einmal dem
46 Richtervorbehalt unterliegen, obwohl hiervon auch Kontakt- und Begleitpersonen
47 der sog. Gefährder betroffen sein können.

48 Zu den großen Knackpunkten der Polizeirechtsnovelle gehört die massive
49 Verwässerung der Gefahrenbegriffe und Senkung der Eingriffsschwellen für bereits
50 bestehende Befugnisse. Damit kann die Polizei immer weiter im Vorfeld und
51 bereits dann mit teils massiven Grundrechtseingriffen tätig werden, wenn
52 überhaupt noch gar keine konkrete Gefährdungssituation vorliegt. So soll
53 zukünftig beispielsweise die „normale“ Videoüberwachung von Straßen und Plätzen
54 bereits beim Vorliegen einer abstrakten Gefahr – also faktisch immer –
55 eingesetzt werden können.

56 Nicht zuletzt geht mit dem neuen Polizeirecht eine weitere Militarisierung der
57 Polizei einher. Die Verwendung von Handgranaten und Maschinengewehren soll
58 künftig ebenso zulässig sein wie besondere Formen von Munition.

59 Während sich Staatsregierung und Koalition offenbar in der Einschränkung der
60 Grundrechte mehr als einig sind, hat man sich erneut bisher nicht zur dringend
61 notwendigen Einführung einer Kennzeichnung für Polizeibedienstete oder einer
62 unabhängigen Beschwerdestelle geeinigt, wie wir GRÜNE sie als zentrales Element
63 einer bürgernahen Polizei fordern. Diese Einseitigkeit zeigt einmal mehr, dass
64 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Sachsen gegen die drohende Erosion
65 verteidigt werden müssen.

66 Für einen Freistaat der diesen Namen verdient – NEIN zur Aushöhlung unserer
67 Grundrechte

68 Noch nie lebten die Menschen in Deutschland so sicher wie heute, gleichzeitig
69 waren die Bestrebungen, die Befugnisse der Sicherheitsbehörden auszubauen und
70 die damit verbundenen massiven Eingriffe in die Grundrechte, selten so
71 erfolgreich. Nach jeder Straftat werden unter dem Vorwand der
72 Terrorismusbekämpfung die Bürger*innenrechte weiter eingeschränkt, ohne dass ein
73 Nachweis erbracht werden muss, dass dies notwendig sei – vielmehr wird zunehmend
74 nach dem Prinzip vorgegangen, alles technisch Machbare auch gesetzlich zu
75 ermöglichen. Die größte Gefahr für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind jedoch
76 nicht gewaltbereite Fanatiker*innen, sondern jene Politiker*innen, die unsere
77 Grundrechte immer weiter zum angeblichen Schutz vor Bedrohungen aushöhlen und
78 damit an den Grundpfeilern unseres freiheitlichen Rechtsstaates rütteln.

79 Über 25 Jahre nach der friedlichen Revolution scheint es zudem, als würden auch
80 all jene Erkenntnisse schamlos über Bord geworfen, die nach Jahrzehnten der
81 Diktatur Eingang in unsere Verfassungsordnung gefunden hatten. Auch aufgrund der
82 Erfahrungen mit dem Staatssicherheitsdienst legten die Mütter und Väter der
83 Sächsischen Verfassung eine strikte Trennung von Polizei und Geheimdienst fest.
84 So heißt es in Art. 83 Abs. 3 der Sächsischen Verfassung: „Der Freistaat
85 unterhält keinen Geheimdienst mit polizeilichen Befugnissen.“ Mit der
86 Möglichkeit, die Telekommunikation bereits dann zu überwachen, wenn noch keine
87 konkrete polizeiliche Gefahr oder der Anfangsverdacht für eine Straftat
88 vorliegt, werden der Polizei nun aber nachrichtendienstliche Befugnisse

89 eingeräumt und so genau diese Trennung zunehmend aufgegeben. Aus der Tradition
90 der Bürger*innenrechtsbewegung und als die liberale Rechtsstaatspartei in
91 Sachsen ist es auch deshalb unsere Aufgabe, gegen den geplanten Frontalangriff
92 von CDU und SPD auf die Bürger*innenrechte zu kämpfen.

93 Statt unverhältnismäßiger Befugnisse für die Sicherheitsbehörden braucht es in
94 Sachsen mehr Polizei in der Fläche, eine bessere Revierstruktur und bessere
95 Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung. Wir GRÜNE haben hierzu
96 in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von konkreten Vorschlägen unterbreitet.

97 Wir wollen keine Polizei, die massenhaft Menschen überwacht. Wir wollen uns frei
98 und ohne die ständige Angst bewegen, dass der Staat unser Telefon abhört, unsere
99 Autokennzeichen und Gesichter scannt oder uns überall anhalten und durchsuchen
100 darf. Wir wollen frei demonstrieren können und nicht von Panzerwagen und
101 Polizeibediensteten mit Maschinengewehren begleitet werden. Wir kämpfen für ein
102 Land, in dem wir ohne Überwachung und in größtmöglicher Freiheit leben können.

103 Die Pläne der schwarz/roten Koalition zur Ausweitung der Überwachung der
104 Bürger*innen laufen diesem Anspruch an eine freie Gesellschaft zuwider. Sie
105 zeigen, dass es starke GRÜNE und eine wachsame Zivilgesellschaft braucht, um
106 unsere Freiheit und die Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates zu
107 verteidigen. Wir unterstützen sächsische und bundesweite Bündnisse, die sich
108 gegen die Aushöhlung unserer Grundrechte durch neue Polizei- und
109 Sicherheitsgesetze aussprechen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese
110 grundrechtsfeindlichen und Freiheit begrenzenden polizeilichen Befugnisse nicht
111 zur Anwendung kommen und bitten unsere Landtagsfraktion eine entsprechende
112 Normenkontrollklage gegen das Gesetz anzustreben.

V5NEU Nachhaltig und zukunftsfähig – GRÜNE Wirtschaft für Sachsen

Gremium: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 10.08.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Transformation in Richtung einer nachhaltigen Bioökonomie

2 In vielen Wirtschaftszweigen werden knappe natürliche Ressourcen verschwendet,
3 sie werden unwiederbringlich verbraucht. Schutz und Erhaltung unserer
4 natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Luft werden vernachlässigt. Dies
5 kann verändert werden: traditionsreiche Branchen in Sachsen (z.B. Baustoff-,
6 Textil- sowie Chemie- und Kunststoffindustrie) können den Wachstumskern einer
7 nachhaltigen Wirtschaft bilden.

8 Sachsen hat das Potenzial, gerade auch anstelle der vielerorts Naturraum
9 bedrohenden Großlandwirtschaft auf umweltschonende, zukunftsfähige Agrarkonzepte
10 umzuschwenken und dadurch nachhaltig gesicherte Arbeitsplätze zu erhalten und zu
11 schaffen. Das gleiche kann in der Forstwirtschaft durch eine Umstellung weg von
12 der Energieerzeugung hin zu höheren Wertschöpfungszyklen geschehen. Dadurch
13 können in ländlichen Räumen Existenzgrundlagen in nachhaltigen
14 Wirtschaftszweigen bewahrt werden. Keiner der primären Wirtschaftssektoren
15 Sachsens ist derzeit hinreichend auf den fortschreitenden Klimawandel
16 vorbereitet. Weiterhin werden in Sachsen unvermindert nicht-erneuerbare
17 Rohstoffe wie Braunkohle, Erze, Spate, Kies und Sand abgebaut, deren Förderung
18 bei erheblicher Umweltschädigung mit nur wenig langfristigem wirtschaftlichem
19 Potential einhergeht. Gleichzeitig erzeugt die Produktion der gewerblichen
20 Wirtschaft einen erheblichen Importbedarf an Rohmaterialien auf nicht
21 nachwachsender Basis für die Produktion von Fahrzeugen
22 und Fahrzeugteilen, Datenverarbeitungsgeräten sowie elektronischen und optischen
23 Geräten. Das bedeutet, dass Sachsens Wirtschaft heute stark von fossilen
24 Rohstoffen abhängig ist. Häufig dienen Sachsens Betriebe als verlängerte
25 Werkbank für derzeit stark im Umbruch befindliche Branchen, deren Produktion im
26 Freistaat betrieben wird, aber deren Zukunftsentscheidungen außerhalb Sachsens
27 gefällt werden, insbesondere in der Mikroelektronik und im Automobilbau. Mittel-
28 und langfristig ist die sächsische Wirtschaft derzeit weder nachhaltig noch
29 stabil.

30 Wir GRÜNE suchen einen Weg, der auf nachhaltig erzeugten und nachwachsenden
31 Rohstoffen basiert. Mit dieser Strategie verbindet sich ein klarer Vorrang für
32 hochwertige, langlebige Erzeugnisse aus Naturmaterialien. Besonders für
33 nachwachsende Rohstoffe bemühen wir uns um die Umsetzung des Prinzips der
34 „Verwendungskaskaden“. Diese sollen bei einer höherwertigen Nutzung beginnen und
35 erst am Ende der stofflichen Verwendungen in Kompostierung oder Verbrennung
36 münden. Fossile Rohstoffe könnten in weiten Teilen der gewerblichen Wirtschaft
37 Sachsens ersetzt und ansonsten deutlich stärker als bisher in Kreislaufsystemen
38 bewahrt werden, wo zahlreiche Recyclingschleifen möglich sind.

39 Teile der sächsischen Baustoff- und Textilindustrie arbeiten bereits in hohem
40 Maße mit nachwachsenden Rohstoffen. Vom modernen Holzbau bis hin zur Produktion
41 von Automobilteilen aus Faserverbundstoffen bieten sich überzeugende
42 Entwicklungspotentiale. Synergien können sich aus der Kombination mit bio-

43 basierten Kunststoffen der Chemieindustrie ergeben. Die Holz und Kunststoffe
44 verarbeitende Industrie in Sachsen ist bereits gut entwickelt. Die Möbel- und
45 Papierindustrie sind im Hinblick auf die Verwendungen von gesundheitsschädlichen
46 Zusätzen, Neben- und Reststoffen weiterzuentwickeln, um die gefahrlose
47 Weiterverwertung von Abfallprodukten im Verwertungskreislauf sicherzustellen.
48 Derzeit kleine Branchen wie die Pharma- und Kosmetikindustrie können bio-basiert
49 auch in ländlichen Regionen wachsen. Im Maschinenbau und in der Mikroelektronik
50 gibt es in Sachsen bereits die Kompetenzen, die erforderlichen neuen Konzepte
51 für eine ressourcenbewusste und zukunftsfähige Wirtschaftsweise durch digitale
52 Steuerungstechnik und robuste Anwendungen für Großanlagen einsatztauglich zu
53 machen.

54 Vertrauensvolle Kooperationen von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugern
55 einerseits und verarbeitender und recycelnder Wirtschaft andererseits sind eine
56 sinnvolle und notwendige Ergänzung zu marktbasierter Konkurrenz. Sie
57 ermöglichen, dass ehemalige Rest- und Abfallstoffe volkswirtschaftlich sinnvoll
58 und ökologisch nachhaltig genutzt werden können. Diesen Wandel werden wir GRÜNEN
59 durch eine Wende der gesamten Innovationspolitik, Gründungs-, Wachstums- und
60 Ansiedlungsförderung unterstützen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit allen
61 betroffenen Akteuren regionale und lokale Übergänge zu nachhaltigem Wirtschaften
62 entwickeln. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk dem sächsischen Handwerk, dem
63 Mittelstand und dem Dienstleistungssektor.

64 Wir wirtschaften für ein lebenswertes Sachsen, heute und in der Zukunft. Wir
65 GRÜNEN wollen aussteigen aus Umwelt- und Naturzerstörung, aus Verschwendung und
66 Abfallproduktion. Wir stehen für einen verantwortungsvollen Wandel gemeinsam mit
67 den Menschen und für die Menschen. Nur so erhalten wir die Entwicklungschancen
68 zukünftiger Generationen. Gesunde Nahrungsmittel, langlebige Konsumgüter,
69 attraktive Wohn(um)welten auf der Basis von produktiven und widerstandsfähigen
70 Naturräumen kennzeichnen den Wandel hin zu einer nachhaltigen Bioökonomie.

71 Wirtschaft mit allen und für alle gestalten

72 Auch 30 Jahre nach '89 benötigen wir weiterhin Anstrengungen, um unsere
73 Wirtschaftsstruktur breit und nachhaltig aufzustellen und damit gegen Krisen
74 abzusichern. Einige Großansiedlungen der letzten Jahre haben kurzfristig Impulse
75 für die betroffenen Regionen gebracht. Die Mittel zur Anwerbung solcher
76 Investitionen sind dann vernünftig ausgegeben, wenn sich Zuliefernetzwerke und
77 Synergien entwickeln lassen. Sie sind verloren, wenn Werke nach dem Auslaufen
78 von Förderung wieder schließen. Wir GRÜNEN setzen daher auf die Stärkung
79 regionaler Wirtschaftsnetze.

80 Innovationen kommen oft mit Neugründungen auf dem Markt. Viele gute Ideen werden
81 im Umfeld sächsischer Hochschulen und Universitäten entwickelt, durch
82 Experimente im Handwerksgewerbe und durch Kooperation mit Dienstleistern.
83 Kreativität und Design sind für einen Markterfolg teilweise ebenso wichtig wie
84 Material- oder Prozesskosten. Manchmal fehlt es nach Projekten der europäischen
85 und bundesdeutschen Forschungs- und Innovationsförderung am Erstkunden, der
86 einem marktreifen, innovativen Material, einem Prozess, einem Produkt oder einer
87 Dienstleistung Sichtbarkeit verleiht. Mit einer Reorientierung öffentlicher
88 Beschaffungspraxis auf Innovationen und Nachhaltigkeit wollen wir GRÜNEN hier
89 Hilfestellung leisten. Damit kann der Markteintritt insbesondere für biobasierte
90 oder rohstoff- und energiesparende Neuerungen beschleunigt werden. Zudem wollen

91 wir GRÜNEN Gründer*innen sowie ihre Netzwerke auch außerhalb der Großstädte
 92 stärker unterstützen. Geeignete Räume für Vernetzung sind an einigen Orten auch
 93 mit Zuschüssen etablierter Unternehmen entstanden, haben sich aus Initiativen
 94 für Co-Working oder Sharing Economy entwickelt. Unser Ziel ist, dass diese
 95 Netzwerke dichter werden. Sie sollen Gründer*innen dabei helfen, nützliche
 96 Kontakte aufzubauen und Ideen wirtschaftlich tragfähig umzusetzen.

97 In den kommenden Jahren wird sich nicht nur der Fachkräftemangel verschärfen,
 98 sondern viele Unternehmen werden aus Altersgründen von ihren bisherigen
 99 Inhaber*innen nicht weiter geführt werden. Diese demografische Entwicklung hat
 100 massive Auswirkungen auf Lebensqualität und Beschäftigungsstrukturen besonders
 101 im ländlichen Raum. Daher wollen wir GRÜNEN hier Anstrengungen intensivieren und
 102 u.a. in den Ausbau von Unternehmens- und Übernahmenetzwerken investieren.
 103 Nachfolgeinteressierte Menschen wollen wir effektiv qualifizieren und mit
 104 Coachings dabei unterstützen, die Unternehmer*innenlücke im Freistaat zu
 105 reduzieren. Dazu müssen bereits vorhandene Förderstrukturen entbürokratisiert
 106 und an die Bedarfe von Gründer*innen und Jungunternehmer*innen angepasst werden.

107 «Industrie 4.0» schafft mit der intelligenten Vernetzung von Maschinen und
 108 Abläufen in der Industrie mit Hilfe von Informations- und
 109 Kommunikationstechnologie ideale Voraussetzungen für eine flexible, an die
 110 Bedürfnisse der Kund*innen angepasste Produktion. Damit die sächsische
 111 Wirtschaft davon profitieren kann, sind große Investitions- und
 112 Qualifizierungsanstrengungen in der privaten Wirtschaft und bei der öffentlichen
 113 Hand notwendig. Digitalisierung kann darüber hinaus helfen, den Fachkräftemangel
 114 des kommenden Jahrzehnts mittels Automatisierung abzuschwächen. Sie kann
 115 außerdem auch Chancen für eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und
 116 familiären oder ehrenamtlichen Aufgaben für Frauen und Männer eröffnen. Drittens
 117 wird es im Wirtschafts- und Privatleben möglich, Wege zu sparen. Folglich
 118 braucht Sachsen mehr Qualifizierung von Arbeitssuchenden (mit oder
 119 Migrationshintergrund), Beschäftigten, Unternehmer*innen sowie eine modernisierte
 120 Bildungsinfrastruktur, um den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gerecht
 121 zu werden. Wir GRÜNEN stehen für mehr Glasfaser, weniger Beton; mehr vernetzte
 122 Mobilitätssysteme, weniger Straßenbau; mehr eGovernment, weniger
 123 Verwaltungsgebäude; mehr Achtsamkeit für Schnittstellen zwischen öffentlichen
 124 und privaten Investitionen.

125 Globalisierung als Chance für Sachsen – Transparenter Freihandel als Motor für
 126 wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz und soziale Sicherheit

127 Sachsen hat seit der Wiedervereinigung massiv von der Globalisierung profitiert
 128 und konnte u.a. eine exportstarke Zuliefer-Industrie des Automobilbaus und der
 129 Elektronikherstellung aufbauen. Fördergelder der EU haben zudem wichtige
 130 Bereiche allgemeiner und beruflicher Bildung und eine Infrastruktur finanziert,
 131 die Unternehmen und Forschungseinrichtungen in diesem Land in internationale
 132 Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Es sind europäische Freihandelsabkommen, die
 133 für sächsische Firmen Absatzhürden insbesondere bezüglich des europäischen
 134 Auslands beseitigt haben. Inzwischen sind Sachsens Handelsbeziehungen nicht mehr
 135 nur europäisch, sondern haben sich in den letzten Jahren vermehrt auf die ganze
 136 Welt ausgedehnt.

137 Die Europäische Union hat bereits zahlreiche Handelsabkommen mit Partnern
 138 weltweit geschlossen - auch zum Vorteil der sächsischen Wirtschaft. Dennoch

139 fehlt es gerade neueren Abkommen zu großen Teilen an dem, wofür wir GRÜNEN uns
140 seit jeher einsetzen: Transparenz und Umweltschutz. Die Öffentlichkeit hier und
141 in den Partnerländern muss Einblick in die Verhandlungen der EU mit
142 internationalen Handelspartnern haben und die Möglichkeit zur Mitsprache
143 bekommen. Die Bürger*innen müssen als interessierte Stimmberechtigte die
144 Möglichkeit haben, sich über den Inhalt der Verträge frühzeitig und umfassend zu
145 informieren. Manche Freihandelsabkommen wie das geplante TTIP schützen beinahe
146 ausschließlich die Interessen großer Firmen – doch Politik ist dazu da, die
147 Interessen aller wirtschaftlichen Akteure und damit aller Bürger*innen zu
148 vertreten. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass es keine privaten
149 Schiedsgerichte gibt, die entscheiden, ob Investoren vom Staat entschädigt
150 werden müssen. Dafür sind öffentliche Institutionen, also ordentliche Gerichte,
151 zuständig.

152 Auch kann Freihandel kein Freibrief für Unternehmen sein, Sicherheits-, Sozial-
153 und Umweltstandards zu untergraben. Wir haben keine zweite Erde. Daher müssen
154 sich internationale Handelsabkommen neben dem wirtschaftlichen Nutzen besonders
155 auch durch ökologische Nachhaltigkeit auszeichnen. Umweltzerstörungen und
156 soziale Ausbeutung sind nicht zu akzeptieren, nicht in Sachsen und nicht in
157 anderen Ländern, mit denen wir Handel treiben. Wir GRÜNEN sind Vorreiter dafür,
158 die Grundpfeiler des europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzes in
159 Handelsabkommen zu verankern und im internationalen Handel als Norm festzulegen.

160 Bei fairem Freihandel gewinnen alle. Freihandel bedeutet aber auch Wettbewerb.
161 Das heißt, dass sächsische Produkte und Leistungen mit denen aus anderen
162 Erdteilen konkurrieren und daher konkurrenzfähig bleiben müssen. Wir GRÜNE
163 wollen umsteuern auf eine innovationsorientierte, umweltverträgliche
164 Wirtschaftspolitik mit dem Ziel maximaler Wertschöpfung bei minimalem
165 Ressourcenverbrauch. Wir stehen für Kooperation auf Augenhöhe mit Sachsens
166 Handelspartnern weltweit. Indem wir den Strukturwandel konstruktiv angehen,
167 geben wir Impulse für Erneuerung und zukunftsfähige Wettbewerbskraft. Wir wollen
168 innovative sächsische Unternehmens- und Gründernetze mit dem Ziel stärken, in
169 städtischen und ländlichen Gebieten Arbeitsplätze und Lebensqualität zu sichern
170 und zu verbessern. Weltweit wollen wir den Einsatz intelligenter, nachhaltiger
171 und umweltschonender Verfahren durch Kooperation und Dialog fördern – zum Nutzen
172 dieser und folgender Generationen.

Begründung

Dieser Text wurde von der (unlängst wiedererwachten) LAG Wirtschaft erarbeitet, um einen inhaltlichen Beitrag zur Vorbereitung der Landtags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu leisten. Es wurden die Themen aufgegriffen (biobasierte Wirtschaft, Strukturwandel, Außenwirtschaftsbeziehungen), die wir derzeit für die wichtigsten halten. Es ergeben sich klare Bezüge zu den GRÜNEN Positionen insb. bei den Themen Energie, Ökologie, Landwirtschaft und Europa. Wir hoffen auf eine konstruktive Diskussion :)

V6NEU Für eine Neuorientierung in der Sucht- und Drogenpolitik in Sachsen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Zum Menschsein gehört die Suche nach Rausch und Betäubung. Um diesen Zustand zu
2 erreichen, werden häufig Substanzen genutzt – mit unterschiedlichen Wirkungen
3 und Risiken. Der Versuch der Regulierung des Drogenkonsums, indem zwischen
4 legalen und illegalen Drogen unterscheiden wird, stößt an klare Grenzen.
5 Legalisierte Drogen haben weder geringere Gesundheitsrisiken noch ein geringeres
6 Suchtpotential.

7 Die Entwicklungen in Bezug auf Einstiegsalter, Verbreitung, Verfügbarkeit und
8 Erkrankungen in Sachsen werden in den jährlichen Suchtberichten der Landesstelle
9 gegen die Suchtgefahren e.V. dargestellt.

10 Im bundesweiten Vergleich führt in Sachsen der Alkoholmissbrauch am häufigsten
11 zu Suchterkrankungen. Drei Viertel der Fälle suchtmedizinischer Versorgung in
12 sächsischen Krankenhäusern erfolgen wegen alkoholbezogener Störungen. Im
13 Freistaat sterben im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Menschen an den
14 Folgen alkoholbedingter Krankheiten. Dazu kommen Problemlagen durch
15 Abhängigkeitserkrankungen in Verbindung mit dem Konsum illegaler Drogen.
16 Drogenbedingte Todesfälle nehmen auch in Sachsen zu.

17 Wir GRÜNEN sind überzeugt: Eine Drogenpolitik der Abschreckung und Bestrafung
18 verfehlt ihre Ziele. Sie führt nicht zur Reduktion des Konsums, sondern schafft
19 zusätzliche Probleme und Belastungen für Einzelne und mehr Kosten für die
20 Allgemeinheit, als dass sie solche vermeidet.

21 Die sächsischen Suchthilfeangebote sind durch verschiedene und immer komplexer
22 werdende Problemlagen häufig überlastet. Die Polizeidirektionen verfügen oftmals
23 nicht über die notwendige personelle und technische Ausstattung, um Herstellung
24 und Handel von synthetischen Drogen zurückzudrängen. Aus der Kriminalisierung
25 von Drogenkonsument*innen folgt zudem eine hohe Arbeitsbelastung von Polizei,
26 Justiz und Justizvollzug – bei oftmals fragwürdigem Erfolg.

27 Dieser Entwicklung setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine humane und aufgeklärte
28 Drogen- und Suchtpolitik entgegen, die auf suchtmedizinischen Erkenntnissen
29 basiert. Eine solche Politik stärkt die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener
30 beim Drogenkonsum und hilft Suchtkranken, ohne sie zu stigmatisieren. Wir setzen
31 daher auf den Ausbau zielgruppenorientierter Prävention, konsequenten Kinder- und
32 Jugendschutz, Hilfe statt Strafe, Regulierung und Entkriminalisierung, eine
33 kompetente und ausreichend ausgestattet Polizei sowie auf Schadensminderung und
34 Überlebenshilfe.

35 Wir wollen die Zahl der Alkohol- und Drogentoten senken und ein bedarfsgerechtes
36 Hilfesystem für Suchtkranke und suchtblastete Familien in allen Regionen
37 Sachsens erreichen. Dieses soll darauf ausgerichtet sein, ein unabhängiges, von
38 Sucht freies Leben zu fördern, soziale Notlagen suchtkranker Menschen zu
39 vermeiden und Angebote zur Unterstützung bereitzustellen. Wir wollen zudem die
40 Voraussetzungen für die bestmögliche Diagnostik, Versorgung und Behandlung für
41 die steigende Zahl von Neugeborenen schaffen, die durch Alkohol und/oder andere
42 Suchtmittel geschädigt wurden.

43 Wir wollen, dass Konsument*innen von Drogen nicht länger verfolgt werden. Drogen
44 müssen entsprechend ihrer Risiken reguliert werden. Der weiteren Ausbreitung
45 gesundheitlich besonders gefährlicher Drogen, wie zum Beispiel Crystal Meth
46 wollen wir durch stärkere und zielgruppenspezifische Präventionsarbeit sowie
47 Verringerung der Verfügbarkeit durch mehr personelle Ressourcen und bessere
48 länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Polizei entgegenwirken.

49 1. Suchtprävention – zielgruppenorientiert, ganzheitlich und besser ausgestattet

50 Suchtprävention ist dann erfolgreich, wenn sie eine eindeutige Zielsetzung hat,
51 wenn die jeweilige Zielgruppe klar beschrieben ist und die dafür notwendigen
52 Mittel bereitgestellt werden. Suchtprävention darf kein Flickenteppich sein. Sie
53 muss alle geeigneten verhältnis- und verhaltensbezogenen Maßnahmen
54 zusammenführen, die riskanten und abhängigen Gebrauch von Suchtmitteln sowie
55 süchtige Verhaltensweisen verhindern, reduzieren oder risikoärmere
56 Verhaltensmuster fördern. Notwendig dafür ist allerdings die Anerkennung des in
57 der Gesellschaft fortdauernden Konsums von Rausch- und Suchtmitteln. Dies erst
58 ist Voraussetzung für einen niedrigschwelligen Zugang zu Konsument*innen und zu
59 den Abhängigen unter ihnen.

60 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen

- 61 • zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie
62 illegaler Drogen für alle Altersgruppen, beginnend bei Kindern, um sie in
63 ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken;
- 64 • wirksame und glaubwürdige Präventionsstrategien für alle Substanzen – auch
65 bei legalen wie Alkohol, Tabak oder Medikamenten;
- 66 • Beteiligung der verschiedenen Zielgruppen bei der Entwicklung spezifischer
67 suchtpräventiver Maßnahmen (z.B. Schüler*innen, Jugendliche,
68 Auszubildende, Studierende, Arbeitnehmer*rinnen, Senior*innen);
- 69 • mit Blick auf das junge Einstiegsalter die schulische Drogenprävention und
70 -aufklärung bereits in den Klassenstufen 5 und 6 beginnen und
71 suchtpräventive Projekte in der Jugendhilfe und Schulsozialarbeit
72 ausbauen;
- 73 • die Fortbildungen für Beratungslehrer*innen unter Anrechnung der dafür
74 benötigten Stunden verbindlich regeln, ebenso wie die Bereitstellung der
75 dafür benötigten Lehr- und Lernmaterialien;
- 76 • Aus- und Weiterbildungen für Fachkräfte, die in von Suchtproblemen
77 betroffenen Familien wirken (z.B. Ärzt*innen, Hebammen,
78 Sozialarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen der Jugend- und Gesundheitsämter);
- 79 • Leistungen der Suchtprävention verlässlich und langfristig finanzieren,
80 damit sie ihre Wirkung entfalten können;
- 81 • ein umfassendes Werbeverbot für Suchtmittel, insbesondere ein Verbot von
82 Außenwerbung für Alkohol und Nikotin sowie eine Initiative zur Aufnahme
83 von Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke im Rahmen des
84 Rundfunkstaatsvertrages.

85 2. Konsequenter Schutz von Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen

86 Kinder und Jugendliche müssen wirksam und unabhängig vom Legalitätsstatus vor
87 Drogen geschützt werden. Dennoch konsumieren auch Minderjährige Drogen mit zum
88 Teil problematischem Konsumverhalten. Aufgrund des illegalen Status im
89 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) ist Cannabis nur auf einem unregulierten
90 Schwarzmarkt verfügbar. Auf diesen auch in Sachsen umfänglich vorhandenen
91 Schwarzmarkt greifen auch Kinder und Jugendliche zu. Die rechtlichen
92 Möglichkeiten des Jugendschutzes können auf diesem Markt kaum Wirkung entfalten.

93 Zudem werden jährlich in Sachsen 150 bis 500 Kinder mit Schäden aufgrund von
94 Alkoholkonsum geboren. Besorgniserregend ist auch die deutliche Zunahme der
95 Fälle der durch Drogenmissbrauch geschädigten Neugeborenen.

96 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen

- 97 • die konsequente Durchsetzung von Altersbeschränkungen bei allen legalen
98 Drogen, umfassende Werbeverbote und wirksame Sanktionierung bei Abgabe an
99 Minderjährige;
- 100 • die Kommunen bei der personellen Absicherung von Jugendschutzkontrollen
101 unterstützen;
- 102 • eine gezielte Entkriminalisierung junger Menschen, die konsumieren, um
103 schädliche sekundäre Konsumfolgen zu reduzieren;
- 104 • jungen Menschen mit problematischem Konsumverhalten möglichst früh
105 effektive Hilfen und einen uneingeschränkten Zugang zu Beratung und
106 Behandlung ermöglichen;
- 107 • die Erlangung der Kontrolle des Staates über den Cannabismarkt durch ein
108 Bundesgesetz (Cannabiskontrollgesetz), um die Rahmenbedingungen für
109 Produktion und Handel so zu gestalten, dass der Kinder- und Jugendschutz
110 konsequent umgesetzt werden kann (Abgabeverbot, Werbeverbote, Abstand zu
111 Jugend- und Bildungseinrichtungen etc.);
- 112 • Kinder besser vor den schwerwiegenden Folgen des Alkohol- und
113 Drogenkonsums in Schwangerschaft und Stillzeit schützen;
- 114 • die Entwicklung eines wissenschaftlich abgesicherten Konzeptes zur
115 Erkennung und Behandlung insbesondere von durch Crystal geschädigter
116 Säuglinge und Kinder mit sozialpädiatrischer Versorgung und Nachsorge bis
117 mindestens zum Ende der Grundschulzeit;
- 118 • den Aufbau nach-stationärer Behandlungs- und Hilfsangebote für die Kinder,
119 die durch Kinderschutzgruppen an allen sächsischen Krankenhäusern
120 vermittelt werden.

121 3. Bedarfsgerechte Suchtberatung und -behandlung in allen Regionen Sachsens

122 Abhängigkeitskranke Menschen und Menschen mit riskantem Drogengebrauch brauchen
123 Akzeptanz für ihre Erkrankung und Hilfe. Die Landkreise und kreisfreien Städte
124 sind zum Teil stark mit den Folgen von legalem und illegalem Drogenkonsum
125 belastet. Sie benötigen Unterstützung durch die sächsische Staatsregierung. Eine

126 gute Gesundheitsversorgung von Abhängigen, aufeinander abgestimmte
127 Beratungsangebote sowie bedarfsgerechte ambulante und stationäre Hilfsangebote
128 müssen in allen Regionen entsprechend der Bedarfe und in hoher Qualität
129 vorhanden sein.

130 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen

- 131 • die Förderung des Freistaates im Bereich der Suchthilfe so gestalten und
132 ausstatten, dass eine leistungsfähige, differenzierte Versorgungsstruktur
133 in der Suchtkrankenhilfe kontinuierlich sichergestellt werden kann sowie
134 Versorgungsdichte, Versorgungsqualität und Qualifikation des Personals als
135 Förderkriterien festgelegt werden;
- 136 • mehr Therapieangebote für Eltern, in denen auch Kinder jeden Alters mit
137 aufgenommen werden können, um den Familienerhalt zu stärken;
- 138 • mehr Projekte über Landesmittel finanzieren, die sich mit dem Thema „Sucht
139 im Alter“ auseinandersetzen und neue niedrigschwellige Hilfen anbieten;
- 140 • die zeitlichen Lücken zwischen stationärer Entgiftung und Langzeittherapie
141 mit geeigneten Projekten schließen, um Rückfälle zu vermeiden;
- 142 • stationäre Suchtherapiestationen in weiteren Justizvollzugsanstalten,
143 insbesondere im Frauenvollzug der Justizvollzugsanstalt Chemnitz
144 einrichten;
- 145 • die Stellenausstattung der externen Suchtberatung in den
146 Justizvollzugsanstalten bedarfsgerecht erhöhen;
- 147 • Gemeinsam mit der Landesärztekammer auf eine bedarfsgerechte und
148 flächendeckende Ausweitung der Substitutionsgestützten Behandlung von
149 schwerstabhängigen Drogenkonsumenten hinzuwirken und diese auf geeignete
150 Weise zu fördern. Über die klassische Substitutionstherapie bei Heroin
151 hinaus ist eine Substitution anderer Substanzen, insbesondere von Crystal
152 Meth im Sinne einer ärztlich begleiteten Abgabe in kontrollierter Qualität
153 an Schwerstabhängige zu erproben;
154 die Förderung der Crystal-Suchthilfeprojekte, die seit 2015 mit
155 Landesmitteln unterstützt werden, im Landeshaushalt verstetigen.

156 4. Regulierung und Entkriminalisierung von Cannabiskonsum auf Bundes- und
157 Landesebene vorantreiben

158 Drogenkonsument*innen zu verfolgen, bindet Personal bei Polizei,
159 Staatsanwaltschaften, Gerichten und im Justizvollzug, welches nicht ausreichend
160 vorhanden ist. Erschwerend kommen die von Bundesland zu Bundesland
161 unterschiedlichen Obergrenzen für den straffreien Eigenbedarf von Cannabis
162 hinzu. Für viele Konsument*innen hat Strafverfolgung schlimme Folgen und bewirkt
163 oft wenig – im Gegenteil. Bei jungen Menschen kann dies den Einstieg in den
164 Teufelskreis einer kriminellen Karriere befördern. Viele mit dem illegalen
165 Drogengebrauch verbundene gesundheitliche Risiken sind Folgen der
166 Kriminalisierung und nicht der jeweiligen Substanzen: Verunreinigte, mehrfach
167 benutzte Spritzen übertragen Infektionen. Dealer*innen mischen unter die Drogen
168 alle möglichen schädlichen Substanzen, um mehr Geld zu verdienen.

169 Nicht zuletzt führt die Unterbringung von kriminalisierten, suchtkranken
170 Menschen im Justizvollzug häufig zur Verschlechterung der persönlichen
171 Lebenssituation und in Folge zu einer Verstärkung der Abhängigkeitserkrankung.

172 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen,

- 173 • dass psychoaktive Substanzen nach ihren gesundheitlichen Risiken reguliert
174 werden;
- 175 • dass die Entkriminalisierung des Besitzes zum Eigenkonsum und die
176 Schaffung von weiteren Alternativen zur Straftat bei anderen
177 Betäubungsmitteldelikten vorangebracht werden;
- 178 • dass auf Bundesebene die Voraussetzungen für einen umfassenden Kinder- und
179 Jugendschutzsowie für Verbraucherschutz (Produktsicherheit,
180 Produktqualität, Senkung zusätzlicher Gesundheitsrisiken) mit einem
181 Cannabis-Kontrollgesetz geschaffen werden;
- 182 • dass – solange die bundesgesetzlichen Voraussetzungen für eine
183 kontrollierte Regulierung der Abgabe von Cannabis nicht vorliegen – in
184 Sachsen der straffreie Eigengebrauch von Cannabis gemäß § 31a BtMG wie in
185 Berlin bei maximal 15 Gramm festgesetzt wird, um Konsument*innen, Polizei
186 und Justiz von Ermittlung und Strafverfolgung zu entlasten;
- 187 • dass Konsument*innen die Möglichkeiten erhalten, psychoaktive Substanzen
188 anonym auf gefährliche Inhaltsstoffe oder Beimengungen kontrollieren zu
189 lassen („Drug-Checking“), um die gesundheitlichen Risiken dieser
190 Substanzen einzuschränken sowie Vergiftungen oder Überdosierungen zu
191 reduzieren.

192 5. Unterstützung der Polizeidirektionen im Kampf gegen Herstellung und Handel
193 von synthetischen Drogen

194 Die Vielfalt und ständige Veränderung bei der Herstellung synthetischer Drogen,
195 der grenzüberschreitende Handel sowie neue Handelswege über das Internet stellen
196 die Ermittlungsbehörden vor große Herausforderungen. Durch den
197 verantwortungslosen Personalabbau der vergangenen Jahre stehen in den
198 sächsischen Polizeidirektionen aber zu wenig Beamt*innen zur Verfügung, um
199 insbesondere der Ausbreitung der organisierten Drogenkriminalität
200 entgegenzuwirken. Sporadische Komplexkontrollen auf öffentlichen Plätzen
201 bekämpfen die Drahtzieher im Hintergrund und die Drogenlabore kaum. Sie führen
202 lediglich zur Verdrängung der Drogenkriminalität in andere Bereiche. Notwendig
203 ist vielmehr eine kompetente, personell und technisch ausreichend ausgestattete
204 Polizei.

205 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen

- 206 • eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizei bei der Sucht- und
207 Drogenprävention unter Berücksichtigung der Ursachen und Grundlagen von
208 Abhängigkeitserkrankungen;
- 209 • den Einstellungskorridor bei der Polizei weiter erhöhen, so dass durch den
210 Einsatz von mehr, gut ausgebildeten und spezialisierten Beamt*innen die
211 Präventions-, Kontroll- und Ermittlungstätigkeit ausgebaut werden kann;
- 212 • die persönliche Präsenz von für Bürger*innen sicht- und ansprechbare
213 Beamt*innen im öffentlichen Raum erhöhen, um den Drogenhandel einzudämmen;
- 214 • die technische Ausstattung der Polizei verbessern, insbesondere durch die
215 Anschaffung weiterer mobiler Analysegeräte zum schnellen Drogenscreening;
- 216 • die Fortschreibung der polizeilichen „Bekämpfungskonzeption Crystal“ und
217 die Erstellung eines umfassenden Lagebildes mindestens aller zwei Jahre;
- 218 • die bessere Zusammenarbeit der Polizei- mit den Zollbehörden sowie mit den
219 benachbarten Ländern bzw. Bundesländern bei der Kriminalitätsbekämpfung.

220 6. Schadensminderung und Überlebenshilfe

221 In Sachsen leben in, aber auch außerhalb der großstädtischen Ballungszentren
222 suchtmittelmissbrauchende und -abhängige Menschen, die sich in komplexen
223 sozialen oder gesundheitlichen Problemlagen (z.B. andauernde Wohnungslosigkeit,
224 psychische Erkrankungen, Existenzkrisen etc.) befinden. Es sind Menschen, die
225 keine eindeutige Motivation zur Änderung des Konsumverhaltens haben und/oder von
226 Hilfesystemen kaum noch erreicht werden. Eine humane Drogen- und Suchtpolitik
227 darf diese Menschen und ihre Probleme nicht ignorieren. Sie brauchen
228 niederschwellige, vorurteilsfreie und akzeptierende Angebote der
229 Schadensminderung und Überlebenshilfe.

230 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen

- 231 • Akuthilfen und konkrete lebenspraktische Hilfen (Ernährungs- und
232 Hygieneangebote, Notschlafstellen, Kontaktläden, Straßensozialarbeit,
233 medizinische/ärztlichen Hilfen etc.) ohne unbedingtem Beharren auf
234 Konsumfreiheit gewährleisten mit dem Ziel, die psychischen, körperlichen
235 oder sozialen Schäden zu mindern, eine Stabilisierung zu erreichen,
236 Überleben zu sichern und die Mortalität senken;
- 237 • auch für diese Menschen einen leichten Zugang zu weiterführenden
238 Hilfeangeboten und eine Anbindung an das Suchthilfesystem durch

- 239 ausgebildetes Personal aufrecht und damit einen Ausstieg aus dem
240 Substanzkonsum offen halten;
- 241 • bestmögliche Beratung zu den Risiken der konsumierten Substanz für
242 Abhängige, die ihren Konsum nicht dauerhaft beenden können;
- 243 • Infektionsprophylaxe durch Möglichkeiten des Zugangs zu sauberen
244 Spritzen/Spritzentausch in Verbindung mit Beratung, um
245 Infektionskrankheiten wie HIV oder Hepatitis zu reduzieren;
- 246 • die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume durch eine entsprechende
247 Rechtsverordnung auf Landesebene ermöglichen. Die entsprechenden Kommunen
248 sollen durch den Freistaat bei der Konzeption und Einrichtung von
249 Drogenkonsumräumen einschließlich ergänzender Suchthilfe- und
250 Substitutionsangebote begleitet und finanziell unterstützt werden.

V7NEU Transparenz schaffen - Modernisierung des Parlamentsinformationssystems (EDAS) durch offene Standards

Antragsteller*in: Daniel Gerber

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Um den großen Papierverbrauch der Kommunalräte und Landesparlamente zu
2 minimieren und Datenaustausch zu erleichtern, wurde in den 2000er Jahren ein
3 großer Teil der Rats- und Parlamentsverwaltung digitalisiert. Die so
4 entstandenen Ratsinformationssysteme (RIS) sind oft für normale Bürger*innen die
5 einzige Möglichkeit, an wichtige Dokumente zu gelangen. Innerhalb dieser Systeme
6 befinden sich z.B. Informationen Ausschuss- und Plenarsitzungen sowie andere
7 interessante Dokumente für eine Vielzahl von Bürger*innen, Vereinen und
8 Initiativen. Leider ist die sächsische Parlamentsinformationssystems-Website
9 (auch EDAS genannt) als Informationsquelle für Bürger*innen nur schlecht zu
10 gebrauchen: Die Oberfläche ist veraltet, voll mit bürokratischen Fachbegriffen,
11 mobil so gut wie nicht benutzbar und die Suchfunktion liefert nur unzureichende
12 Ergebnisse und Filter. Dadurch werden viele wichtige Dokumente für die
13 Öffentlichkeit faktisch unzugänglich.

14 Die Digitalisierung bietet dem sächsischen Landtag und der öffentlichen
15 Verwaltung vielfältige Möglichkeiten, Innovation und Veränderung für eine
16 transparente Parlamentsarbeit und besseres Regierungshandeln aktiv
17 mitzugestalten. So wurde zum Beispiel der von der Open Knowledge Foundation
18 entwickelte und betreute Industriestandard für Gremiendaten OParl konzipiert.
19 Der Standard wurde entwickelt, um Politikverdrossenheit zu bekämpfen und
20 ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

21 Mit der Freigabe der Informationen von EDAS über die OParl Schnittstelle
22 erhalten Entwickler*innen die Möglichkeit, Informationen neu darzustellen und so
23 Bürger*innen besser zu informieren und einzubinden. Die Transparenz kommt so
24 nicht nur interessierten Bürger*innen zu Gute, auch Journalist*innen ,
25 Blogger*innen, Wissenschaftler*innen u.v.m. profitieren davon. Nicht zuletzt ist
26 OParl auch eine Form der digitalen Wirtschaftsförderung.

27 Wir von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen fordern, dass der Freistaat Sachsen eine
28 Vorreiterrolle in Sachen Regierungstransparenz im Osten übernimmt. Auf dem Weg
29 hin zu einem echten Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetzes nach
30 Hamburger bzw. Rheinland-Pfälzischem Vorbild oder dem bereits vorliegenden
31 Gesetzentwurf „Gesetz über die Transparenz von Informationen im Freistaat
32 Sachsen“, fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen, dass die Verwaltung des
33 sächsischen Landtags mit der Entwicklung einer OParl Schnittstelle beauftragt.
34 Die Entwicklung soll dabei die aktuelle Version 1.1 der OParl-Spezifikation
35 verwenden und alle dort gebotenen und vom aktuellen EDAS System unterstützten
36 Merkmale enthalten.

37 Des Weiteren wird die sächsische Staatsregierung aufgefordert Kommunen bei der
38 Einführung von OParl Schnittstellen in den kommunalen Ratsinformationssystemen
39 zu fördern und zu unterstützen.

V8 Klimakrise entgegenwirken – Aktionsplan aufstellen

Antragsteller*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig), Jan Winterhalter (KV Leipzig), Tobias Möller (KV Leipzig), Ulrike Böhm (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Seit Wochen erleben wir in Europa und auch in Sachsen eine Rekordhitze,
2 einhergehend mit einer Dürreperiode. Ausweislich der Messdaten sind die Werte im
3 Durchschnitt der Jahre 1981 bis 2010 seit April im Temperaturbereich um mehr als
4 2,5 Grad zu hoch, während stellenweise nicht einmal 50 Prozent der
5 durchschnittlichen Niederschlagsmenge erreicht werden. Die derzeitige Wetterlage
6 ist dabei mit Klimavariationen nicht mehr zu erklären. Von den letzten 10 Jahren
7 waren 9 jeweils als Rekordjahre im Bereich Temperatur gekennzeichnet.

8 Die Folgen davon sind gravierend. Flüsse, Seen und Teiche sind stark überhitzt
9 oder sogar aufgrund der meteorologischen Dürre trocken gefallen mit dramatischen
10 Auswirkungen auf wassernahe Ökosysteme. Die Wahrscheinlichkeit von
11 Extremwetterereignissen, wie Starkregen und damit temporären
12 Hochwasserereignissen hat weiter zugenommen. Die extreme Trockenheit hat die
13 Anzahl an Wald- und Feldbränden deutlich steigen lassen, während mit deutlichen
14 Ernteausfällen zu rechnen ist. Ausweislich der Daten des Landesamt für Umwelt,
15 Landwirtschaft und Geologie (LfULG) zeigen die vergangenen Jahre den Trend für
16 die klimatischen Veränderungen in Sachsen, die mit der Abnahme von
17 Niederschlägen und steigenden Temperaturen einhergehen. Dies hat umfassende
18 Auswirkung auf unser komplettes Leben.

19 Es braucht daher schnellstmöglich Klimaanpassungsmaßnahmen als auch Maßnahmen um
20 eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern.

21 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen fordern daher:

22 1. Im Bereich Naturschutz

23 a. Zur Verhinderung von Waldbränden die Aufstellung von
24 bundesländerübergreifenden Aktionsplänen, eine Beschleunigung des Waldumbaus weg
25 von Monokulturen zu resistenteren Mischwäldern, sowie Schutzstreifen und
26 Waldbrandriegeln.

27 b. Als wirksame Klimaschutzmaßnahme die verstärkte Wiedervernässung und
28 Renaturierung von Mooren, da Moore nicht nur Treibhausgase binden, sondern auch
29 den Wasserhaushalt des Bodens regulieren. Gerade in Sachsen benötigen wir ein
30 entsprechendes Landesprogramm um trockenengefallene Moore dauerhaft wieder zu
31 vernässen.

32 c. Der Widerruf von Ausnahmegenehmigungen von Kraftwerken und Industrieanlagen
33 um warmes Kühlwasser in bereits überhitzte Flüssen einzuleiten. Bereits ab 28
34 Grad Wassertemperatur muss der Zufluss zwingend gedrosselt werden, um das
35 Überleben von empfindlichen Fischarten zu sichern.

36 d. Die Überdüngung aus der industriellen Landwirtschaft, die zu einer
37 Eutrophierung von Flüssen und Gewässern führt muss stärker beschränkt werden.

38 e. Trotz sinkender Bevölkerungszahl nimmt der Flächenverbrauch zu. Gerade in den
39 urbanen Ballungsgebieten braucht es aber umso stärker den Schutz von

40 Grünstreifen und Bäumen. Wir benötigen ein wirksames Baumschutzgesetz in
41 Sachsen.

42 f. Eine Beschleunigung der Maßnahmen des ökologischen Hochwasserschutzes und
43 Überprüfung der Hochwasserschutzkonzepte der Städte, um temporäre
44 Starkregenereignisse abfedern zu können.

45 2. Verkehr/ Energie

46 a. Sofort umsetzbar und dringend notwendig ist ein bundesweites Moratorium für
47 neue Kohlekraftwerke und Tagebaue oder deren Erweiterungen. Es kann nicht sein,
48 dass in Zeiten der sich verschärfenden Klimakrise Energiekonzerne wie die MIBRAG
49 Wälder und die Umwelt zerstören, obwohl die Tage der Braunkohle längst gezählt
50 sind.

51 b. Ausbau des Programms zur Ausweitung von Vorhaben für die Förderung von
52 „Innovativen Komplexvorhaben zur CO₂-Minderung in den Kommunen“ durch das
53 Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL), zur
54 deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs.

55 c. Deutliche Reduktion des motorisierten Individualverkehrs durch verstärkte
56 Förderung des Radverkehrs sowie des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) bzw. des
57 öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

58 3. Gesundheitsschutz/ Betroffene

59 a. Aufstellung eines landesweiten Aktionsplanes für wirksamen Gesundheitsschutz
60 bei Extremwetterereignissen, um eine koordinierte Kommunikation über Tipps und
61 Verhaltensweisen sicherzustellen und dadurch insbesondere Säuglinge, Kleinkinder
62 und ältere Menschen, die von Extremwetterereignissen stärker beeinträchtigt
63 sind, wirksamer zu schützen.

64 b. Einrichtung eines Versicherungsfonds, um geschädigte von
65 Extremwetterereignissen, deren Existenz bedroht ist zu unterstützen.

66 4. Haushalt/ Finanzierung

67 a. Einrichtung eines Fonds für Klimaschutz- und zu
68 Klimafolgeanpassungsmaßnahmen, um die Finanzierung o.g. Maßnahmen zu sichern.

V8GNEU GLOBALALTERNATIVE Klimaschutz in Sachsen – wir wollen endlich handeln!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Beim Klimaschutz ist es 5 nach 12. Wo gefährliche Kipppunkte für lawinenartige
2 Beschleunigung der Katastrophe liegen, lernt die Wissenschaft gerade erst in
3 fiebrhafter Forschungsarbeit. Sehr klar ist hingegen bereits, dass deren
4 Überschreiten um jeden Preis vermieden werden muss. Deshalb gibt es keine
5 Treibhausgasemission mehr, die bis zu einer gewissen Schwelle unbedenklich wäre.
6 Jede vermeidbare Tonne ist eine Tonne zu viel. Auch Sachsen muss jetzt
7 unverzüglich handeln, um wirksame Beiträge zum Klimaschutz zu leisten. Denn das
8 gebietet die Verantwortung gegenüber denen, die nach uns kommen und gegenüber
9 dem gesamten Ökosystem unseres gemeinsamen Planeten.

10 Zugleich gilt es, die heutige Gesellschaft in all ihren Bereichen auf die
11 rasante Erderhitzung vorzubereiten, die durch bisheriges Versagen beim
12 Klimaschutz bereits losgetreten wurde und sie vor katastrophalen Folgen so gut
13 wie möglich und so gerecht wie möglich zu schützen. Das gebietet die
14 Verantwortung politischer Entscheidungsträger gegenüber der heutigen
15 Gesellschaft.

16 Gerechtes Handeln heißt in diesem Zusammenhang, dafür Sorge zu tragen, dass die
17 größten Verursacher dieser Gefahren und die größten Nutznießer bisherigen
18 Nichthandelns auch den größten Beitrag zu ihrer Eindämmung leisten.

19 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt: wir von
20 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen versprechen, dass wir überall, wo wir uns in
21 Legislative und Exekutive Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten erarbeiten,
22 vorbeugenden Klimaschutz und verantwortungsvolle Klimaanpassung zu bedeutenden
23 Zielen unseres Handels machen.

24 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen versprechen: Vorbeugender Klimaschutz und
25 verantwortungsvolle Klimaanpassung sind und bleiben zentrale Handlungsmaximen vor
26 Ort und im Land, von denen wir uns nicht abbringen lassen.

27 Es geht dabei um nichts weniger als um die zivilisatorischen Existenzgrundlagen
28 und um ein Ökosystem, das diese ermöglicht.

29 Wir beschließen im Kapitel B ein Bündel von Maßnahmen in allen Bereichen, die
30 wir dazu anpacken, konkretisieren und umsetzen wollen.

31 Daraus benennen wir im Kapitel A die Maßnahmen, die in einem grünen Aktionsplan
32 sofort auf den Tisch gehören, denn hier sind die größten Verbesserungen zu
33 erreichen und damit muss unverzüglich begonnen werden.

34 A) Maßnahmen des Aktionsplans

35 1. Klimaschutz gesetzlich verankern: Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz.

36 Klimaschutz muss so schnell wie möglich Verfassungsziel werden! Als Etappenziel
37 wollen wir wie in anderen Bundesländern, wo Grün mitregiert, ein
38 Klimaschutzgesetz für Sachsen durchsetzen. Die grüne Landtagsfraktion hat einen
39 Gesetzentwurf vorgelegt. Auch in Sachsen soll es den Klimaschutz zum Grundsatz
40 der Raumordnung machen. An einem entschlossenen Ausbau Erneuerbarer Energien

41 geht kein Weg vorbei. Das Gesetz steuert den Freistaat auf einen verbindlichen
42 Treibhausgas-Reduktionspfad ein, der mindestens die nationalen Ziele anvisiert.
43 Die öffentliche Verwaltung soll als Vorbild dienen und bis 2030 klimaneutral
44 organisiert werden.

45 2. Sachsen muss als Bundesland seine Blockadehaltung bei Klimaschutz und
46 Energiewende aufgeben

47 Sachsen gehört als Bundesland endlich an die Seite derer, die im Bund und in der
48 EU Klimaschutz vorantreiben und eine wirksame CO₂-Bepreisung als zentrales
49 Instrument durchsetzen wollen! Ein rechtsverbindlicher, nationaler
50 Kohleausstiegspfad liegt auch im sächsischen Interesse. Die bisherige
51 Blockadestrategie hat nur dazu geführt, dass Sachsen nun unvorbereitet in den
52 Kohleausstieg stolpert. Wir wollen, dass Sachsen hier mit einem
53 selbstbestimmten, klimaschutzgerechten Ausstiegsfahrplan eigene Vorschläge
54 bringt. Nur so kann Strukturwandelförderung rasch und zielgenau wirksam werden!

55 3. Klimaschutz und Klimawandelanpassung gehören umgehend in die Landes- und
56 Regionalplanungsprozesse

57 Die Fortschreibung von Landes- und Regionalplanung darf nicht länger auf
58 überholten Grundlagen aus dem Jahr 2012 aufbauen! Neue Tagebaue, Abbaufelder und
59 Kohlekraftwerke dürfen keine landesplanerischen Optionen mehr sein. Es versteht
60 sich von selbst, dass kein weiteres Dorf mehr der Kohle geopfert wird! Die
61 Perspektiven der Braunkohlenutzung in Sachsen sind auf den Auslauf- und
62 Abschlussbetrieb beschränken. Das sächsische Energie- und Klimaprogramm muss
63 sofort kompatibel mit nationalen Zielen weiterentwickelt und auf die Ziele des
64 Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden!

65 4. Mit einem Landesprogramm für energetische Sanierungen soll der Einsatz
66 energiesparender Technologie beschleunigt werden.

67 Alte Ölheizungen müssen raus aus den sächsischen Kellern. Der Freistaat muss mit
68 einem Förderprogramm die Wärmewende voranbringen, Emissionen mindern und durch
69 Energieeinsparungen den Geldbeutel der Menschen schonen. Dabei setzen wir, wo
70 immer möglich, auf intelligente Fernwärmekonzepte, auf Wärme aus erneuerbaren
71 Quellen und Lösungen zur Sektorenkopplung. Es versteht sich von selbst – der
72 Kohleausstieg muss auch und zuerst überall dort stattfinden, wo heute noch
73 kommunale Wärmeversorgung an der Braunkohle hängt. Wir wollen die Kommunen bei
74 der Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen unterstützen.

75 5. Wir wollen die Maut ausweiten und Schienengüterverkehr sowie Bus, Bahn und
76 Radverkehr stärken.

77 Die Stagnation der CO₂-Emissionen seit 1990 machen den Verkehrssektor zum
78 klimapolitischen Sorgenkind. Nur mit einer entschlossenen Verkehrswende wird
79 sich hier eine Verbesserung erreichen lassen. Es braucht effektive Maßnahmen, um
80 mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dazu muss auch die LKW-
81 Maut auf alle öffentlichen Straßen ausgeweitet werden. Hierzu muss ein
82 datenschutzfreundliches Mautsystem aufgebaut werden. Damit auch Bürgerinnen und
83 Bürger ihr Auto stehen lassen können, muss das Bus- und Bahn-Angebot sowie die
84 Radwege-Infrastruktur in allen Regionen Sachsens ausgebaut werden. Damit auch in
85 Sachsen die wünschenswerte öffentliche Förderung einer E-Mobilitäts-
86 Infrastruktur wirklich klimapolitisch sinnvoll wird, braucht der Freistaat einen
87 verbindlichen Ausstiegsfahrplan aus dem schmutzigen Kohlestrom!

88 6. Wir wollen den Waldumbau zu standortgerechten artenreichen Mischwäldern
89 konsequent vorantreiben.

90 Lange Hitzeperioden lassen die Gefahr von Waldbränden schnell steigen -
91 besonders in großflächigen Nadelholzmonokulturen. Die sächsischen Wälder
92 brauchen mehr Mischwaldbestand und Schutzstreifen, um größere Katastrophen durch
93 Waldbrände zu verhindern.

94 7. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte helfen, ihre Anbaustrategie
95 anzupassen. Kurzfristige Hilfen in Jahren mit Extremwetterlagen für in
96 Existenznot geratene Betriebe allein lösen keine Probleme der Strukturanpassung.
97 Gemeinsam mit den Landwirten sind Strategien zur Anpassung an die sich ändernden
98 klimatischen Herausforderungen zu entwickeln. Dazu gehört Beratung zum Anbau von
99 widerstandsfähigen Sorten, Mischfruchtanbau und Zwischenfruchtanbau. Außerdem
100 brauchen wir dringend mehr Struktur in der Landschaft durch die Anpflanzung von
101 Hecken und Bäumen. Dies kann die Abtragung von Böden (Bodenerosion) durch Wind
102 und Starkregenereignissen wirkungsvoll eindämmen.

103 8. Wir wollen mehr ökologischen Hochwasserschutz. Die Staatsregierung setzt fast
104 ausschließlich auf technischen Hochwasserschutz. Statt weiterer Deiche und
105 Polder braucht es mehr natürliche Überflutungsflächen. Mit der Reaktivierung von
106 Auen entlang der Flüsse, der Renaturierung begradigter Fließgewässer, der
107 Ausdehnung der Flächennutzung und Aufforstungen im Einzugsgebiet der Flüsse im
108 Freistaat kann auf ökologische und effektive Art vor Hochwasser geschützt
109 werden. So wollen wir es angehen, Ursachen von Hochwasser zu beseitigen, statt
110 nur Katastrophenbewältigung.

111 9. Ein Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“ soll helfen, Maßnahmen zur
112 Abkühlung von Städten, für bessere Luft und Gesundheitsschutz umzusetzen. Durch
113 die Begrünung von Fassaden, Dächern und auf großen Betonflächen sollen bei
114 Stadtklima und Feinstaubbelastung Verbesserungen erreicht werden. Das
115 Förderprogramm kann dazu Anreize schaffen. Wir brauchen zudem dringend mehr
116 Bäume in der Nähe unserer Straßen, um eine bessere Sauerstoffproduktion zu
117 ermöglichen. Alte Bäume müssen wieder per Gesetz geschützt werden: weg mit dem
118 „Baum-ab“ – Gesetz! Wir wollen die Flächenversiegelung eindämmen. Wir wollen die
119 Einrichtung von Trinkbrunnen unterstützen. Das hilft den Menschen bei
120 Extremhitze und unterstützt die Vermeidung von Plastikmüll.

121 10. Wir wollen eine bessere Vorbereitung auf Extremwetterlagen. Insbesondere für
122 ältere Menschen und kleine Kinder brauchen wir im Freistaat Sachsen
123 Notfallpläne. Wir müssen schnell handlungsfähig sein, um ihnen zum Beispiel bei
124 starker Hitze helfen zu können. Weiterhin braucht es eine regelmäßige
125 Fortschreibung der Vorsorgeplanung zur Bewältigung von Extremwetterereignissen
126 und Großschadenslagen unter Berücksichtigung der veränderten
127 Wahrscheinlichkeiten und Bedingungen.

128 11. Wir wollen Wirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung an
129 Klimaschutzkriterien und volkswirtschaftlichen Gesamtkosten ausrichten

130 Die Steuerungswirkung von öffentlichen Fördermitteln muss verstärkt genutzt
131 werden, um Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der Wirtschaft
132 voranzubringen. Entsprechende Kriterien gehören in die Förderrichtlinien. Das
133 gilt auch für Vergaben durch die öffentliche Hand. Wir wollen ein modernes
134 Vergaberecht und haben dazu einen grünen Vergabegesetzentwurf vorgelegt.

135 B) Erweitertes Maßnahmenpaket in allen Bereichen

136 Energie/Wirtschaft/Klima

137 • Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz, das verbindlich und längerfristig
138 den Zielpfad definiert und den Klimaschutz zum Grundsatz der Raumordnung
139 macht. Wir sehen das Klimaschutzgesetz als Etappe auf dem Weg zum
140 Klimaschutz als Verfassungsziel.

141 • Vorbildrolle zur Klimaneutralität im Bereich der öffentlichen
142 Verwaltungen!

143 • Mehr erneuerbare Energie in Sachsen - weg mit der Ausbaublockade!

144 Sachsen braucht jetzt die Fortschreibung des Energie- und Klimaprogramms mit
145 neuen Zielen für Treibhausgasreduzierung und für den Ausbau Erneuerbarer Energien,
146 die an Bundesziele anknüpfen und die Ziele von Paris ansteuern sowie die
147 umgehende Fortschreibung entsprechender Teilpläne im Regionalplanungsprozess.

148 • Wir wollen die planerischen Perspektiven der Braunkohlenutzung in Sachsen
149 in der Fortschreibung von Landes- und Regionalplanung auf den Auslauf- und
150 Abschlussbetrieb beschränken. Neue Tagebaue, Abbaufelder und
151 Kohlekraftwerke sind landesplanerisch nicht mehr vorzusehen. Kein weiteres
152 Dorf darf mehr der Braunkohle zum Opfer fallen.

153 • Klimaschutzgerechte und damit nachhaltige Förderung des regionalen
154 Strukturwandels – kein Geld für neue fossile Emissionspfade und für
155 weiteren Klimaschutzboykott!

156 • Unterstützung für Kommunen und Stadtwerke bei der Aufstellung von
157 kommunalen Wärmenutzungsplänen als Grundlage für den Ausbau von
158 effizienter Fernwärmenetze mit Nutzung von Abwärmequellen und Einbindung
159 erneuerbarer Wärmeerzeuger!

160 • Unterstützung für Kommunen und Stadtwerke beim Übergang zu einer
161 braunkohleunabhängigen kommunalen Wärmeversorgung!

162 • Unterstützung für Kommunen und Stadtwerke bei der Umsetzung von Projekten
163 zur Sektorkopplung auf dem Weg zur konsequenten Dekarbonisierung!

164 • Wir sehen die Bedeutung der Elektromobilität für Sachsen. Entschlossene
165 Innovation sichert dabei viele, zukunftsfähige Arbeitsplätze und
166 unterstützt die Sektorkopplung in der globalen Energiewende. Die
167 öffentliche Förderung einer Infrastruktur für die E-Mobilität in Sachsen
168 macht klimapolitisch aber nur Sinn, wenn der Ausstieg aus dem schmutzigen

- 169 Kohlestrom und ein weiterer Dekarbonisierungspfad verbindlich gemacht
170 werden.
- 171 • Wir wollen ein Landesprogramm für die Beschleunigung der energetischen
172 Sanierung im Freistaat. Alte Ölheizungen müssen aus den Kellern, die
173 energetische Sanierungsquote muss deutlich steigen.
- 174 • Sachsen braucht ein öffentliches Vergaberecht, das auch Ökologie,
175 Ressourceneffizienz und Klimaschutz als Kriterien berücksichtigt. Nur so
176 können Preise die volkswirtschaftliche und ökologische Wahrheit sagen.
- 177 • Sachsen muss in allen Richtlinien für Förderprogramme Klimaschutz und
178 Nachhaltigkeit als Bewertungskriterien einführen.
- 179 • Der Freistaat muss sich auf Bundesebene für Sofortmaßnahmen zur Schließung
180 der Umsetzungslücke bei den Klimazielen 2020 einsetzen. Die ältesten und
181 schmutzigsten Kohlekraftwerke müssen noch vor 2020 vom Netz. Die
182 angekündigten Sonderausschreibungsrunden für Erneuerbare Energien müssen
183 endlich beschlossen werden.
- 184 • Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine konsequente Verankerung Paris-
185 kompatibler Langfristziele in einem nationalen Klimaschutzgesetz
186 einsetzen.
- 187 • Der Freistaat muss sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine wirksame CO2-
188 Bepreisung als wichtigstes Instrument zur Emissionsminderung in allen
189 Sektoren einsetzen.
- 190 • Sachsen muss sich auf Bundesebene für die Novellierung von Bergrecht und
191 Immissionsrecht mit dem Ziel einsetzen, die Genehmigungsfähigkeit von
192 Rahmenbetriebspläne für neue Tagebaue und Abbaufelder sowie für neue
193 Kohlekraftwerke auszuschließen, Grundabtretungsverfahren für die
194 Braunkohle abzuschaffen und eine Beweislastumkehr bei Bergschäden durch
195 Tagebaue einzuführen.
- 196 • Der Freistaat muss sich auf Bundesebene für einen rechtsverbindlichen
197 nationalen Kohleausstiegsfahrplan einsetzen, der den CO2-Budgetansatz
198 konsequent umsetzt. Zur konkreten Umsetzung an den sächsischen Standorten
199 braucht Sachsen ein eigenes Konzept, das endlich langfristige Sicherheit
200 für die Umsetzung der Strukturwandelförderung in den Revieren schafft.

201 Umwelt, Natur und Landwirtschaft:

202 • Systematisches Anlegen von Hecken und Baumstreifen zum Schutz der Böden
203 vor Erosion durch Wind und Starkregen

204 • Industrielle Tierhaltung eindämmen! Nur so viel, wie der Boden ernähren
205 kann - auch bei Trockenheit

206 • Waldumbau beschleunigen weg von Nadelholzmonokulturen hin zu
207 Mischwaldbeständen als Brandschutz und Baumartenanpassung an steigende
208 Temperaturen, Einrichtung von Schutzstreifen

209 • Verbesserung und Ausweitung der Beratung und Forschung zum Einsatz
210 trockentoleranter Sorten in der Landwirtschaft

211 • Großflächige Reaktivierung von Auen entlang der Flüsse, Renaturierung
212 begradigter Fließgewässer, Extensivierung der Flächennutzung und
213 Aufforstungen im Einzugsgebiet der Flüsse

214 • Endlich umsetzen: Maßnahmen des ökologischen Hochwasserschutzes!

215 • Renaturierung von Mooren

216 Anpassung in urbanen Bereichen: Grünere Städte

217 • Mehr statt weniger Bäume! Das „Baum-ab-Gesetz“ muss endlich fallen.

218 • Stadtbegrünung an Fassaden, auf Dächern, Straßen und Plätzen

219 • Schaffung und Wahrung von Frischluftschneisen in den Städten

220 • Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“

221 • Flächenneuversiegelung konsequent eindämmen und Brachflächen renaturieren

222 • Überprüfung und Anpassung von kommunalen und regionalen
223 Hochwasserschutzkonzepten

224 • Unterstützung für den Umbau von Stadtentwässerungssystemen für zunehmende
225 Extreme

226 Verkehr

227 • Ausweitung der LKW-Maut auch auf Landes- und Kommunalen Straßen

228 • Güter von der Straße auf die Schiene! Um Güterverkehr auf der Schiene und
229 der Straßen besser miteinander zu verknüpfen, müssen ausreichend
230 Zugangsstellen wie KV-Terminals, Güterverkehrszentren sowie private

- 231 Gleisanschlüsse geschaffen und eine Rollende Landstraße eingerichtet
232 werden.
- 233 • konsequente Förderung und Ausbau des Bus- und Bahnangebots mit
234 garantierten Anschlüssen in allen Regionen Sachsens
- 235 • Vorrang für Rad- und Fußverkehr: Nach Jahrzehnten der Maxime der
236 autogerechten Stadt muss der Straßenraum anhand der Bedürfnisse aller
237 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verteilt werden. Jede Fahrt mit
238 dem Fahrrad und jeder Weg zu Fuß verringert die Beeinträchtigungen, die
239 der Autoverkehr in den Innenstädten durch Parkraumbedarf, Parkplatzsuche,
240 Fahrzeuflärm, Abgase und Unfallpotenzial mit sich bringt.
- 241 • Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses von Tempo 50/30 hin zu Tempo 30
242 als Regelgeschwindigkeit und Tempo 50 als Ausnahme auf
243 Hauptverkehrsstraßen in geschlossenen Ortschaften
- 244 • Förderung intelligenter Ladeinfrastruktur (öffentlich und privat) sowie
245 Vorbildrolle der öffentlichen Verwaltung beim Abschied vom
246 Verbrennungsmotor. Wir sehen jedoch bei allen Maßnahmen zur Förderung der
247 Elektromobilität in Sachsen eine wichtige Voraussetzung: ein verbindlicher
248 Ausstiegsplan aus der Kohleverstromung und eine klarer Pfad zur
249 Dekarbonisierung der Stromerzeugung. Eine Elektromobilität, die die
250 Emissionen lediglich vom Auspuff auf die Kraftwerkschlote in Lippendorf
251 und Boxberg verlagert, ist klimapolitisch sinnlos.

252 Gesundheits- und Bevölkerungsschutz

- 253 • Mehr Vorsorge bei hitzebedingten Gesundheitsbelastungen insbesondere für
254 Risikogruppen
- 255 • Notfallpläne insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Kranke
- 256 • Trinkbrunnen-Förderprogramm für Kommunen
- 257 • Förderung von Klimatisierung und Verschattung in Schulen und
258 Kindertagesstätten, im Gesundheitswesen sowie Einrichtung von
259 Hitzeentlastungsräumen in besonders belasteten öffentlichen Bereichen
- 260 • Fortbildung im Gesundheitsdienst
- 261 • Hilfs- und Beratungsangebote in Stadtteilbüros, Seniorentagesstätten,
262 sozialen Diensten
- 263 • Anpassung von Arbeitszeiten bei Extrembedingungen
- 264 • Unterstützung von Aufklärung, arbeitsmedizinischer Vorsorge und
265 Schutzmaßnahmen für Beschäftigte in Außenbereichen
- 266 • Vorsorge und Gegenmaßnahmen gegen Erreger und Erkrankungen, die bislang in
267 unseren Breiten nicht verbreitet waren
- 268 • medizinische Kompetenzbildung
- 269 • Verbesserung der Ausstattung der Lebensmittelkontrollbehörden

270 Vorsorgemaßnahmen gegen Schäden von zunehmenden Extremwetterereignissen

- 271 • Aktualisierung regionaler Notfall- und Einsatzpläne nach aktuellen
272 Ereignissen
- 273 • Einrichtung einer Landeszentralstelle zur Verbesserung der psychosozialen
274 Notfallversorgung bei Großschadenslagen
- 275 • vollständige juristische Gleichstellung der ehrenamtlichen Helferinnen und
276 Helfer der Hilfsorganisationen gegenüber den Kameradinnen und Kameraden
277 der Feuerwehr
- 278 • Förderprogramm für Investitionen zur Schaffung baulicher Infrastruktur zur
279 Unterbringung von Katastrophenschutztechnik und Mannschaften
- 280 • regelmäßige Fortschreibung der Vorsorgeplanung zur Bewältigung von
281 Extremwetterereignissen und Großschadenslagen unter Berücksichtigung der
282 veränderten Wahrscheinlichkeiten und Bedingungen

283 Finanzierung

- 284 • Divestment aus allen Finanzanlagen, die noch immer von Gewinnen aus der
285 fossilen Wirtschaft und –Energiewirtschaft abhängen
- 286 • Konsequente Nutzung der Gestaltungsmacht in Gremien und Organen zur
287 Umsteuerung in nachhaltige Investitionen und Beteiligungen
- 288 • ab sofort Berücksichtigung von Klimaschutz- und Klimabildungs- und
289 Klimawandelanpassungsmaßnahmen in allen relevanten Einzelhaushalten
- 290 • Einsatz des Freistaates auf Bundesebene für eine wirksame CO₂-Bepreisung
291 zur verursachergerechten Finanzierung von Klimaschutz- und
292 Klimawandelanpassungsmaßnahmen
- 293 • Einsatz des Freistaates auf Bundesebene für aufkommensneutrales,
294 klimaschutzgerechtes Umsteuern im Bereich der Energie- und
295 Emissionsbesteuerung

Begründung

Begründung:

Wo Sachsen heute steht und warum gerade wir das dringend ändern müssen:

Sachsen verweigert sich unter CDU-geführten Regierungen seit zwei Jahrzehnten beharrlich nationalen und internationalen Klimaschutzbestrebungen. Die SPD-Beteiligung an der derzeitigen Regierung hat zu neuen Absichtserklärungen geführt. Gehandelt hat auch diese Regierung nicht. Vier weitere Jahre wurden verloren.

Sachsen steht beim Klimaschutz mit leeren Händen da. Der Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß ist etwa ein Drittel höher als im Bundesdurchschnitt. Die Emissionen sind seit Ende der 1990iger Jahre sogar deutlich angestiegen. Für etwa zwei Drittel der gesamten sächsischen CO₂-Emissionen ist die Braunkohleverstromung in den Großkraftwerken Boxberg und Lippendorf verantwortlich. Die wohlfeile Ausrede, Sachsen hätte mit dem Zusammenbruch der DDR bereits alle notwendigen Beiträge zum nationalen Klimaschutz geleistet, geht ins Leere. Auch vor der Wiedervereinigung war die CO₂-Intensität der alten Bundesländer bereits viel niedriger als in der DDR. Diese Länder leisteten jahrzehntelang Solidarität bei der Abfederung des Strukturwandels und beim Aufbau einer modernen Infrastruktur in Sachsen. Jetzt ist es an uns, endlich auch eigene Anstrengungen zur Erreichung nationaler Klimaziele zu unternehmen.

In diesem Jahr beträgt der Schaden in der Landwirtschaft durch extreme Trockenheit nach jüngsten Aussagen des zuständigen Staatsministers etwa 300 Mio. Euro. Sachsen ist auf Hilfe angewiesen.

Ganz ähnliche, stationäre Wetterlagen können wochenlang schier unglaubliche Wassermassen bei uns abladen. 2002 und 2013 haben gleich zwei solche „500-Jahre-Hochwasser“ innerhalb von nur 11 Jahren in Sachsen noch weit größere Schäden angerichtet, 2002 über 6 Milliarden Euro und 2013 etwa 2 Milliarden Euro. Sachsen brauchte und bekam auch dabei Hilfe.

Wir lange wird die nationale Hilfsbereitschaft anhalten, wenn sich der Freistaat zugleich hartnäckig jeder eigenen Mithilfe bei der nationalen Großaufgabe Klimaschutz verweigert? Wenn er sich nicht nur verweigert, sondern etwa durch Festklammern an der Braunkohle und Blockade der Energiewende sogar die gemeinsamen Anstrengungen der Anderen konterkariert? Sachsen sendet damit auch ein

verhängnisvolles Signal der Entsolidarisierung, der Absage an Multilateralismus bei der Bewältigung der großen globalen Probleme nach außen und nach innen. Das ist Gift in einer Zeit, in der nationale Egoismen und Abschottung, in der Lüge und Konfrontation alles zu zerstören drohen, was die Weltgemeinschaft nach der furchtbaren Erfahrung grausamer Kriege an Strategien für ein Zusammenleben auf diesem einen Planeten über Jahrzehnte entwickelt hatte.

Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen geht deshalb das Thema Klimaschutz in seiner Bedeutung weit über eine Summe von Einzelmaßnahmen im Freistaat hinaus. Für uns geht es beim Thema Klima auch um ein Klima globaler Gerechtigkeit, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, um das Klima des Umgangs miteinander und mit Menschen, die zu uns kommen. Deshalb ist das ein so zentrales, ja geradezu identitätsprägendes Thema für uns.

Sachsen in der Klimakatastrophe: mittendrin und nicht nur dabei

Die galoppierenden Klimaveränderungen kennen keine Landesgrenzen. Sie kommen unübersehbar auch in Sachsen an und werden von vielen Menschen als bedrohlich empfunden. Es wachsen Fragen in diesen Tagen: Was machen wir, wenn die extreme Trockenheit, wenn die langanhaltende Hitze wirklich erst der Anfang ist? Wie können wir das stoppen? Bekomme ich Unterstützung, wenn ich von Extremwetterereignissen betroffen bin und an wen kann ich mich um Rat und Hilfe wenden?

Die Extremwetter der letzten Monate und Jahre brauchen nicht als Beleg für Existenz der rasanten Erderhitzung herzuhalten, denn diese ist längst wissenschaftlich belegt. Abschmelzende Polargebiete und Gletscher sowie ein ansteigender Meeresspiegel sprechen eine klare Sprache. Die Extremwetterereignisse sind vielmehr die Folge dieser sich anbahnenden Klimakatastrophe. Sie sind eine mess- und zunehmend fühlbare Konsequenz aus Veränderungen im globalen Klimasystem, die rasch Fahrt aufnehmen. Polargebiete heizen sich auf. Geringere Temperaturdifferenzen nehmen Strömungssystemen ihren Antrieb. Langzeitstabile Wetterlagen, die sowohl extreme Dürre als auch extreme Niederschläge bringen können, sind die Folge.

In Sachsen werden seit Jahren umfangreiche Klimadaten erhoben. Es existieren weit entwickelte Prognosen, wie sich bereits in diesem Jahrhundert das Klima hier bei uns deutlich verschiebt. Es gibt in Sachsen kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit.

Wir wollen endlich handeln:

Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: aus dem Wissen um die potenziell katastrophalen Folgen und aus dem Wissen um die Ursachen erwächst unmittelbar Verantwortung zum Handeln. Dieses Handeln hat auf heute und auf morgen zu zielen.

Verantwortung für das Hier und Heute verlangt, die heutige Gesellschaft in all ihren Bereichen auf die Veränderungen bestmöglich vorzubereiten und sie vor deren katastrophalen Folgen so gut wie möglich und so gerecht wie möglich zu schützen. Gerechtes Handeln heißt in diesem Zusammenhang, dafür Sorge zu tragen, dass die größten Verursacher dieser Gefahren auch den größten Beitrag zu ihrer Eindämmung leisten.

Verantwortung für das Schicksal der nächsten Generationen verlangt von uns, alles in unserer Kraft stehende zu tun, die Ursachen dieser Bedrohung zu beseitigen. Hier gilt es heute für morgen zu handeln, und das sofort. Wo gefährliche Kippunkte für selbstverstärkende Beschleunigung der Katastrophe liegen, ist nur ungenau bekannt. Klar ist aber, dass deren Überschreiten um jeden Preis vermieden werden muss. Deshalb gibt es keine sichere Treibhausgasemission, die bis zu einer gewissen Schwelle unbedenklich wäre. Jede vermeidbare Tonne ist eine Tonne zu viel.

Wir stehen nicht nur an Kippunkten des Klimasystems. Wir haben damit auch die Zivilisation und die Ökosysteme unseres Planeten an Kippunkte gebracht. Nie vor uns hatte eine Generation eine so entscheidende und so unaufschiebbare Verantwortung gegenüber allen, die nach uns kommen.

Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Zweifel mehr, dass die menschengemachte Klimaerhitzung Extremwetterereignisse von Jahr zu Jahr wahrscheinlicher und vor allem gefährlicher macht.

Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Zweifel, dass sofort gehandelt werden muss, um diese Entwicklung wenigstens zu bremsen und den Generationen nach uns wenigstens eine realistische Chance für ein Leben in einer stabilen Welt zu lassen.

Wir haben deshalb in diesem Antrag zusammengefasst, welche Einzelmaßnahmen wir in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft voranbringen werden, wo immer wir dazu Wege finden, Möglichkeiten haben und uns politische Gestaltungskraft erkämpfen. So schnell wie möglich und so konsequent wie möglich.

V9 Sperrstunde aufheben – sächsisches Gaststättengesetz novellieren

Antragsteller*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig), Jan Winterhalter (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für eine Novellierung des
- 2 sächsischen Gaststättengesetzes ein mit der Zielsetzung der Änderung von § 9 des
- 3 sächsischen Gaststättengesetzes dahingehend, dass generell keine Sperrstunde
- 4 mehr vorhanden ist und die Gemeinden beim Vorliegen von besonderen öffentlichen
- 5 Bedürfnissen oder Verhältnissen im Rahmen eigener Zuständigkeit durch
- 6 Rechtsverordnung eine Sperrstunde einrichten können.

Begründung

Die Sperrstunde ist in § 9 des sächsischen Gaststättengesetzes geregelt, in dergestalt das gastronomische Einrichtungen und Vergnügungsstätten zwischen 5-6 Uhr geschlossen haben müssen.

Ursprünglich sollte damit die Nachtruhe gesichert werden, inzwischen handelt es sich um eine sogenannte Putzstunde. Die Sperrstundenregelung ist nicht dafür da Lärmbeschwerden zu regulieren. Diese werden ggf. über das Bundesimmissionsschutzgesetz in Verbindung mit der TA Lärm und dem OWLG sanktioniert, so dass ein Rückgriff auf § 9 SächsGastG nicht nur systemwidrig sondern willkürlich und unsinnig ist.

Die Sperrstunde ist eine veraltete Regelung, die nicht mehr den Gegebenheiten städtischer Kultur, insbesondere dem Nachtleben und zeitgemäßen Lebensentwürfen entspricht. Deswegen haben eine Reihe von Bundesländern gar keine Sperrstunde mehr, die dadurch besonders attraktiv für Subkultur, Kreative und Kulturschaffende sind.

Die konsequente Durchsetzung der Sperrstunde würde vielen Kulturstätten insbesondere in den urbanen Ballungsgebieten in Sachsen die Existenzgrundlage nehmen, was nicht nur die Gefährdung von Arbeitsplätzen sondern vielmehr ein unwiederbringlicher kultureller Verlust für die für die Städte und ihr Lebensgefühl bedeuten würde.

Nach der in der Wissenschaft und Lehre vertretenen „Situational Crime Prevention Theory“, sinkt zudem die Kriminalität wenn weniger Situationen vorhanden sind, die diese begünstigen. Sperrzeiten können solche kriminalitätsbegünstigenden Verhältnisse erzeugen, indem sie dafür sorgen, dass eine große Anzahl alkoholierter Personen im Ausgehviertel gleichzeitig aus verschiedenen Bars auf die Straße strömt und es zu »Overcrowding«-Situationen (Überfüllung) kommt, die Konfliktpotential erzeugen. Verglichen mit einem stetigen Abfluss der Clubgäste ohne Sperrzeit, entstehen in Städten mit konzentrierten Ausgehvierteln durch Sperrzeiten zusätzlich Situationen für unerwünschte soziale Phänomene wie Ruhestörung oder Körperverletzung.

V10 Konzept zur Verbesserung der Innerparteiliche Diskussion erarbeiten und umsetzen

Antragsteller*in: Daniel Gerber (Leipzig KV)

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

Status: Zurückgezogen

1 Innerparteiliche Diskussion ist Grundvoraussetzung für das ordentliche und
2 strategische Funktionieren einer Partei. Dies hat auch der Bundesvorstand
3 erkannt und mit <https://diskussion.gruene.de> eine Plattform für alle
4 Parteimitglieder*innen von Bündnis 90/Die Grünen geschaffen. Auf dieser
5 Plattform können sich alle in einem geschützten und sicheren Raum vom Kreis- bis
6 zum Bundesverband unterhalten. Allein diese Möglichkeit hebt uns
7 demokratiethoretisch deutlich von den meisten anderen Parteien in Deutschland
8 ab. Aktuell beschränkt sich die innerparteiliche Kommunikation bei uns im
9 Landesverband allerdings auf wenige Emailverteiler, eine persönliche Facebook-
10 Gruppe eines Mitglieds des Landesverbandes (165 Mitglieder, Stand 10.08.2018)
11 und die 2 mal im Jahr stattfindenden Landesdelegiertenkonferenzen. Wir müssen
12 das Potential und die Begeisterung, das in unseren Mitgliedern steckt, wecken
13 und nutzen. Erfreulicherweise werden wir vermutlich bald über 1700 Mitglieder im
14 Landesverband haben. Allerdings gibt es für die vielen Neumitglieder keine
15 wirkliche Chance sich untereinander landesweit zu vernetzen, an einer Diskussion
16 teilzunehmen oder gar eine Diskussion zu starten, da viele von uns aus
17 Datenschutzgründen z.B.: auf Facebook verzichten oder schlichtweg nichts von der
18 Gruppe erfahren. Im Hinblick auf die vielen bevorstehenden Aufgaben zur
19 Kommunal-, Europa- und nicht zuletzt der Landtagswahl nächstes Jahr, sollten wir
20 jetzt damit anfangen ein funktionierendes innerparteiliches Kommunikationssystem
21 aufzubauen. Dieses Kommunikationssystem könnte wie folgt aussehen:

- 22 • Der Landesvorstand erarbeitet und formuliert eine Botschaft an alle
23 Mitglieder*innen des Landesverbandes. Diese Botschaft wird dann postalisch
24 an alle Mitglieder*innen gesendet. Ab diesem Zeitpunkt können
25 Neumitglieder*innen diese Aufforderung direkt mit dem ersten
26 Willkommenspaket erhalten. Somit bleibt dies ein einmaliger Aufwand.
- 27 • Der Landesvorstand bestimmt ein drei-köpfiges und öffentlich bekanntes
28 „Kommunikations-Gremium/Team“.
- 29 • Dieses Gremium sucht ein Thema pro Woche aus. Aktuelle Themen können
30 Tagesordnungspunkte aus Plenarsitzungen oder Ausschüssen sein, ein
31 Zeitungsinterview oder bundespolitischer Besuch, aber auch Fragen aus dem
32 Grundsatzprogramm sein.
- 33 • Des weiteren sollten Gastbeiträge aus den Kreisverbänden, von Mitgliedern
34 des Land- und Bundestags oder des Europaparlaments ebenfalls eingearbeitet
35 werden.
- 36 • Besonders wichtig ist die Dokumentation der Ergebnisse. Dafür sollte das
37 Gremium am Ende einer Diskussion (z.B.: kein neuer Beitrag nach 3 Tagen,

38 oder fest definierter Diskussionszeitraum) die Diskussionsbeiträge
39 zusammenfassen und abschließen.

- 40 • Bisherige Erfahrung haben gezeigt, dass die Erarbeitung eines Regelwerks
41 (Netiquette) und dessen explizite Umsetzung von größter Bedeutung sind.
42 Konstruktive Diskussion können nur in entspannter und freundlicher
43 Atmosphäre stattfinden. Deshalb muss das gewählte Gremium das Regelwerk
44 mit einfacher Mehrheit strikt umsetzen.

45 Also lasst uns alle gemeinsam, gemeinschaftlich und konstruktiv diskutieren,
46 denn schon Johann-Wolfgang von Goethe wusste: „Das Gleiche läßt uns in Ruhe,
47 aber der Widerspruch ist es, der uns produktiv macht.“